

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis für den Abonnenten des Monatsblattes 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntagsblätter mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Bezahlt für die sechsgeheiligten Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Vernehmlichungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: Gebühr für 20 Pf. (jeweils 2-fache Gebühr) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Gebühr über 15 Stunden zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Leuchtölmonopol und Zentrum.

Seit über Jahresfrist ziehen sich die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Leuchtöl-Gesetzentwurf hin. Bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages fanden die Vorschläge der Regierung nirgends Zustimmung. Wollten sie doch nichts anderes, als an Stelle des amerikanischen Welttrist Rodefellers, der insbesondere den deutschen Markt fast völlig beherrscht und die Preise diktiert, die Petroleumunternehmungen der Deutschen Bank setzen, wobei der deutsche Leuchtölverbraucher genau so gerupft worden wäre wie vom amerikanischen Trist. In der Kommission wurden die Vorschläge der Regierung allseitig abgelehnt, und nun entstand die Frage, soll überhaupt nichts geschehen, also alles so bleiben, wie es ist, oder soll der schlechte Entwurf der Regierung durch einen besseren ersetzt werden.

Die großen Fraktionen des Reichstages stellen abwechselnd die Vorsitzenden der Kommissionen. Beim Leuchtölgesetz war die Reihe an der sozialdemokratischen Fraktion; deren Kommissionsmitglieder bestimmten den Genossen Wurm, der die Fraktion als erster Redner im Plenum vertreten sollte, zum Vorsitzenden. Nun liegt es nach altem Brauch dem Vorsitzenden ob, so wie das der Präsident des Reichstages für die Plenarberatungen tut, die notwendigen Besprechungen mit der Regierung über den Gang der Verhandlungen in der Kommission zu führen. Bei der Leuchtölkommission waren solche Besprechungen um so notwendiger, als nach Ablehnung der Regierungsvorlage neue Unterlagen für die weiteren Verhandlungen erst geschaffen werden mußten, und zwar durch Anträge aus der Mitte der Kommission, da die Regierung in den Kommissionsberatungen Anträge nicht stellen darf. Die Beratungen hatten ergeben, daß in der Kommission zwei Richtungen sich gegenüberstanden: Die eine war vertreten durch das Zentrum, das weder von irgend-einer Art Monopol unter staatlicher Aufsicht, noch von einem Staatsmonopol etwas wissen wollte — ihm schlossen sich zum Teil die Konservativen an —, die andere Richtung bestand aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittler, die es für erforderlich hielten, Mittel und Wege zu suchen, um zu verhindern, daß der amerikanische Trist Rodefellers die Herrschaft über den deutschen Petroleummarkt behält und noch verstärkt. Die von den Freunden einer Weiterarbeit geplanten Änderungen des Gesetzeswurfs führten — wie unbedingt erforderlich — zu Besprechungen der Regierung in den dabei beteiligten Parteien. Nun aber, wo ein sozialdemokratischer Vorsitzender der Kommission mit Regierungsvor-trätern in Rücksprache über neue Grundlagen zur Weiterberatung des Entwurfs nehmen mußte, geriet die Zentrums-presse in heiligen patriotischen Born. Die „Köln. Volkszeitung“ vom Donnerstagabend bringt einen Artikel aus Berlin, der voll Kammer über der Zeiten Verderbnis ist, weil die Regierung mit Genossen Wurm in Rücksprache über den weiteren Gang der Kommissionsberatungen genommen hat. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt:

„Nun jemals hat sich die Sozialdemokratie für die Erledigung einer parlamentarischen Aufgabe so sehr ins Zeug gelegt, wie jetzt für das Petroleummonopol. Der sozialdemokratische Führer Wurm ist Tag und Nacht beschäftigt, um das Gesetz zustande zu bringen. Regierungsrat Kestner vom Reichsschatzamt, der Vater des Petroleummonopol-Entwurfs, konferiert mit den Führern der Sozialdemokratie in den Bundesrats-gemächern des Reichstages und im Reichsschatzamt selber, und Abg. Wurm eifert sich dabei, als ob es sich um die wichtigste Parteianglegenheit der Sozialdemokratie handelte. Mit Recht konnte die „Kreuzzeitung“ dieser Tage feststellen, daß in der Petroleummonopolfrage und bei den Debatten darüber die Sozialdemokratie führend sei. Der Reichsschatzamtler hat allerdings erst vor wenigen Wochen erklärt: „Mit der Sozialdemokratie gibt es kein Postieren, sondern nur Kampf.“ Die Väter des Petroleummonopols im Reichsschatzamt denken offenbar anders, denn es dürfte noch nie das Zusammenarbeiten eines Amtes mit der Sozialdemokratie intimer und eifriger gewesen sein, als jetzt beim Petroleummonopol.“

Das Zentrumsblatt schweigt so spöttelnd in der Sache gegen das Reichsschatzamt, verschweigt aber geflissentlich, daß Genosse Wurm Vorsitzender der Kommission ist und daß Zentrumsabgeordnete als Vorsitzende der Kommission stets in dieser Weise mit der Regierung Rücksprache nehmen, wenn es der Gang der Verhandlungen erforderlich macht. Aber das Zentrum ist eben nicht sehr erbaunt davon, daß es diesmal nicht selber die führende Rolle hat und seinem Herzenswunsche gemäß das Zustandekommen eines Monopol-gesetzes von vornherein vereiteln kann. Unsere Genossen dagegen haben, wie auch Genosse Wurm bereits in seiner Rede bei der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum erklärt hat, das lebhafteste Interesse daran, das bestehende Privat-monopol des amerikanischen Trist zu stürzen und an dessen Stelle eine Organisation der Leuchtölversorgung zu schaffen, die den deutschen Konsumenten davor schützt, daß der amerikanische Trist die unumschränkte Herrschaft erlangt und das Leuchtöl so hoch wie nur möglich im Preise steigert. Das die Sozialdemokraten sich dazu hergeben könnten, ein Monopol

zu schaffen, das das Leuchtöl in Deutschland verteuert — dieser Vorwurf, den die Zentrums- und Presse erhebt, ist so lächerlich, daß er einer Widerlegung gar nicht wert ist.

Die Abwehr der Verteuerung des Leuchtöls — das ist die Aufgabe, die unseren Genossen in der Leuchtölkommission gestellt ist. Daher ist die Befürchtung der Zentrums- und Presse geradezu blödsinnig, die Sozialdemokratie habe nur verlangt, daß der Preis des Leuchtöls gleich auf zwei Jahre festgelegt werde, gleichzeitig aber der Regierung die Vollmacht gegeben, das Gesetz erst nach Ablauf dieser zwei Jahre in Kraft treten zu lassen, „so daß die Festsetzung des Höchstpreises nur noch eine vorübergehende Dekoration zur Bekundigung der Verbraucher bilden würde.“

Nun — die Sozialdemokratie wird für kein irgendwie gestaltetes Monopol stimmen, das den Preis des Leuchtöls höher festlegt, als er nach Lage des Weltmarktes sein darf. Dieser Schutz der Konsumenten ist es, den die Sozialdemokraten erstreben, und wenn ihnen die Regierung dabei behilflich ist — nun, wir handeln stets nach dem Grundsatz, daß wir das Gute nehmen, wo wir es finden, auch im Bundesratszimmer.

Charakteristisch aber ist die Perfidie, mit der diese Zentrumsheke gegen das Reichsschatzamt betrieben wird. Verlangt ja das Zentrum nichts weniger, als daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht als gleichberechtigt von der Bureaokratie angesehen werden darf. Die Regierung darf die Existenz einer sozialdemokratischen Fraktion überhaupt nicht kennen. Und das sind dieselben Leute, die dann ihren Wählern vorlegen, die Sozialdemokratie wolle überhaupt keine „positive Arbeit“ leisten.

Und zu der Perfidie die Heuchelei! Mit Sozialdemokraten darf nicht verhandelt werden, dekretieren diese Leute, die bei so vielen Wahlen so eifrig mit uns verhandelt haben. Oder darf nur im Dom zu Speyer mit Bischöfen und nicht im Reichstag mit Geheimräten gesprochen werden?

## Dallwitz, Jagow und Keiling.

Der Fall Keiling hat wieder einmal in geradezu klassischer Weise bewiesen, was auf amtliche Erklärungen zu geben ist. Am 10. Februar hatte Genosse Adolf Hoffmann im Abgeordnetenhaus an dem Fall des Streifbrecheragenten, Gewohnheitsverbrechers, Zuchthäuslers und preussischen Polizeigenten Keiling gezeigt, welche verkommenen Subjekte sich die Berliner Polizei zur Verfolgung anständiger Bürger bedient.

Zehn Tage später endlich, am 20. Februar, antwortete der Polizeiminister v. Dallwitz auf diese schwere Beschuldigung. So lange Zeit der Herr Minister aber auch gebraucht hatte, Informationen einzuholen, so unrichtig waren die ihm gewordenen Auskünfte. Die Gegenüberstellung der Erklärung des Ministers nach dem amtlichen Stenogramm und der Aussage Keilings vor dem Schwurgericht in Leitmeritz zeigt am deutlichsten, welchen Wert polizeiliche Informationen besitzen, die der preussische Polizeiminister erhält und leichtgläubig weiterverbreitet:

v. Dallwitz am 20. Februar:

„Die unzuverlässige derartige auf unkontrollierbare Nachrichten hin hier vorgebrachte Fülle vielfach zu sein pflegen, das ergibt sich daraus, daß er heute wieder von einem Mann namens Keiling, der in Oesterreich verhaftet ist, gesprochen hat und behauptete, daß er ein Polizeispiegel gewesen sei. Ich habe inzwischen, weil, wie ich glaube, der andere Herr Hoffmann kürzlich schon einmal den Namen genannt hat, den Sachverhalt feststellen lassen und erfahren, daß die Polizei mit dem Mann in seiner Weise etwas zu tun gehabt hat. Der Mann, der hier bestraft worden ist und die Strafe verbüßt hat — damit hat die Polizei nichts zu tun —, vermittelte Arbeitswillige und ist mit einem Transport Arbeitswilliger nach Oesterreich gegangen. Dort ist er von Streikenden überfallen, er hat sich zur Wehr gelegt und mit seinem Revolver einen Streikenden verletzt oder erschossen. Jedenfalls ist er dann wegen dieser Straftat in Oesterreich verhaftet worden. Etwas Weiteres ist der Polizei über Keiling nicht bekannt.“

Keiling am 23. Februar:

„A. A. Knöpfmader: Wie sind Sie in den Besitz des Waffenscheins gekommen? Nach meinen Gehegen dürfen nur einwandfreie Personen einen Waffenschein erhalten. Ich vermute, daß Sie Ihre Vorstrafen verschwiegen haben? — Angell.: Nein. Ich besitze ja auch einen Waffenschein in Berlin, wo man mich ganz genau kennt. — A. A. Knöpfmader: Dort werden Sie gewiß auch Ihre Vorstrafen verschwiegen haben! — Angell.: Nein. Ich wohne ja im Hause meines Polizeireviere und siehe ständig im Dienste der Polizei, die mir bei jedem Streik die Aufgabe zuweist, die Karussellisten zu ermitteln.“

Allerdings bedurfte es gar nicht erst des Geständnisses Keilings in Leitmeritz, um die Unwahrheit der Auskunft festzustellen, die man dem Polizeiminister zu geben gewagt hatte. Nach den Gerichtsakten stand die Tatsache unanfechtbar fest, daß die Polizei des Herrn v. Jagow den Keiling als Agenten benutzte. Das wurde denn auch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Februar durch den Genossen Adolf Hoffmann nachdrücklich festgestellt. Unser Genosse gab nach dem amtlichen Stenogramm Herrn v. Dallwitz folgende Antwort:

„Ich habe am 10. Februar gesagt, dieser Mann wäre nicht zum Mörder geworden, wenn die Berliner Polizei und die Staatsanwaltschaft ihre Schuldigkeit getan hätten. Er ist von der Staatsanwaltschaft hier angeblich gesucht worden, und die Berliner Staatsanwaltschaft hat geschrieben, das Strafverfahren müßte eingestellt werden, weil der Mann unauffindbar wäre, und der Mann, der unauffindbar war und gegen den aus diesem Grunde das Strafverfahren eingestellt werden mußte, wohnte Hochstr. 28, im Hause des Polizeireviere Nr. 82! Er ging als Streifbrecherlieferant in diesem Revier ein und aus, und in seiner Wohnung hielten sich, angeblich zu seinem Schutze, fast dauernd Kriminalbeamte auf. Diesen Mann konnte die Staatsanwaltschaft nicht finden, um ein Strafverfahren gegen ihn durchzuführen. Da mußte erst in Böhmen der Nord passieren, und dann hat ihn die österreichische Polizei gefaßt. Die preussische Polizei konnte ihn nicht finden, weil er ihr zu nahe kam; sie sah wahrcheinlich immer über ihn weg.“

Nun sagt der Herr Minister, dieser Mann wäre kein Polizeispiegel. Ich bitte den Herrn Minister, sich von seinen Vätern besser informieren zu lassen und die Akten herbeizuziehen. Die letzte Strafe, die der Mann in Deutschland erhalten hat, und zwar wegen Rötigung und Freiheitsberaubung 1 Monat Gefängnis, diese Strafe hat er als Polizeigent erhalten, weil er einen unschuldigen Mann verhaftete und ihn fesselte. In den Termin- und Gerichtsakten ist festgesetzt, Herr Minister, daß der Mann Polizeigent gewesen ist. Das ist unter Eid vor Gericht festgestellt. Und nun tritt der Herr Minister hier auf und sagt: der Mann ist nicht Polizeigent. Ja wohl, er ist Polizeigent! Der Mann hat sich damit gerühmt; er hat sogar gesagt, er habe schon wiederholt Leute niedergeschossen, ihm passiere nichts. Er hat den Leuten mit allerlei Redensarten, die ich schon das letzte Mal wiedergegeben habe, gedroht. Der Mann hat im ganzen als Vorstrafen 6 Jahre 5 Monate Gefängnis, 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 14 Jahre Ehrverlust, 3 Jahre Polizeiaufsicht erhalten. Die Ehrverluststrafe läuft noch bis 1915. Und dann kann die Berliner Polizeibehörde ihn nicht finden, obwohl sie täglich mit ihm zu tun hat. Ein solcher Zuchthäusler, ein solcher Dieb, Betrüger, Kuppler, Mörder, der gehört zu Ihren Hilfsmitteln, mit denen Sie anständige Menschen, anständige Arbeiter belämpfen!“

## Die Wahlen in Bulgarien.

Von Janko Salasoff-Sofia.

Unter allen Umständen die Majorität in der Kammer zu erlangen, das ist das Ziel der Regierung des Königs Ferdinand. Deshalb hat sie den neu eroberten Gebieten das Wahlrecht gegeben, bevor noch die Vorbedingungen zu einer wirklichen Befragung der Wähler vorhanden sind. Denn sie rechnet, von den 41 neuen Mandaten mindestens 30 für sich zu erhalten. Und im Mutterland selbst geht sie in der gewalttätigsten Weise vor, um die Wähler zu beeinflussen oder sie wenigstens von der Stimmabgabe abzusprechen.

Die erste Probe dieser Gewaltthätigkeit mußten die Sozialisten aushalten. Die öffentlichen Versammlungen, die unsere Partei in verschiedenen Städten Bulgariens veranstaltet hatte, wurden fast alle von der Polizei und den Regierungsagenten angegriffen, um sie zu sprengen, aber überall haben unsere Genossen standgehalten. In einigen Orten haben blutige Zusammenstöße stattgefunden, in anderen haben sich alle oppositionellen Elemente vereinigt, um gemeinsam Widerstand zu leisten.

Schwieriger aber ist es, unseren Agitatoren die Sicherheit ihres Lebens und ihrer Freiheit zu verbürgen. Der Minister des Innern, Dr. Radostasoff, hat ein Rundschreiben an alle Präfekten, Kreishauptleute und ländlichen Ortsältesten gerichtet, keine Versammlungen in den Städten und Dörfern zu erlauben, die nicht 24 Stunden vorher angemeldet sind, und jeden Agitator festzunehmen, der den König beleidigt oder der behauptet, daß die Handlungen der Regierung zu einem neuen Kriege führen würden.

Dieses Rundschreiben des Ministers des Innern, das in seinen Hauptpunkten verfassungswidrig ist, wie auch das banditenartige Benehmen seiner Polizeigenten in den Versammlungen der Opposition, haben einen Entrüstungsturm in allen Schichten der Bevölkerung entfacht, die sich auf einen gewaltigen Widerstand vorbereitet. Auf die Initiative der radikalen Partei hin hat in Sofia eine Zusammenkunft der Vertreter der Oppositionsparteien stattgefunden, in der beschlossen wurde, einen gemeinsamen Protest gegen die Regierungsmaßnahmen zu erlassen und die Bevölkerung aufzufordern, sich den ungesetzlichen Anordnungen der Regierung nicht zu fügen, gegen jeden Regierungsagenten oder Bürger, der auf Grund dieser ungesetzlichen Anordnungen die Freiheit der Agitatoren und der Versammlungen zu verletzen sich anschickt, sogleich die Anzeige zu erstatten und drittens sich zu verständigen, um gemeinsam eine Schutzwehr gegen die Anschläge der Regierungsagenten und gegen die ungesetzlichen Forderungen der Polizei zu organisieren. Diese Schritte der Opposition haben die Regierung ein wenig zum Einlenken veranlaßt. Aber die Verfolgung der einzelnen oppositionellen Agitatoren dauert fort. Jeden Tag bekommen wir Nachrichten von arretierten Genossen, die man nach ihren Wohnorten abschleibt und dann freiläßt. In Sofia selbst wurden Versuche gemacht, einige Versammlungen zu sprengen.

Aber da unsere Genossen ihr Versammlungsrecht tapfer verteidigt hatten und große Protestdemonstrationen vorbereitet wurden, so entschied sich die Regierung, einseitig die Hauptstadt in Ruhe zu lassen. Und so konnten letzten Sonntag drei große Massenversammlungen an drei Punkten der Stadt stattfinden, die ruhig und ohne jede Störung verliefen.

Die Oppositionsbewegung im Lande ist sehr stark, die Bauern und die städtische Bevölkerung sind sehr rührig, aber die Gewalt Herrschaft der Regierung und der Mangel einer energischen und fortschrittlichen regierungsfähigen Partei im Lande lähmt die freiheitliche Bewegung und nimmt ihr ein festes und bestimmtes Ziel. Die Sozialisten sind entzweit, die Bauernbündler wirken isoliert, die Radikalen haben keinen nennenswerten Einfluß und die einzige regierungsfähige Partei, die Demokraten, haben seit ihrer Herrschaft in den Jahren 1907—1911 ihr ganzes Prestige verloren. So steht der unorganisierte Teil der Bevölkerung ratlos und unentschieden vor der Frage, wenn sie ihr Vertrauen geben soll. Das Scheitern des Versuchs, in der aufgelösten Sobranje eine regierungsfähige Koalition der Linksparteien zu bilden, wirkt lähmend auf die Entschlüsse der Bevölkerung und wenn die Gewaltmaßnahmen der Regierung sie nicht bewegen, für die Sozialisten und die Bauernbündler zu stimmen, so wird die zukünftige Sobranje sich nicht viel von der aufgelösten unterscheiden. Zwar ist es noch zu früh, um bestimmte über die Wahlresultate voraussagen zu können — der Wahltag ist der 23. Februar (8. März) —, aber wenn keine Müdigkeit sich in die Bevölkerung einschleicht, so wird die Regierung kaum ihre frühere Stärke behalten können. Dann werden die neu hinzukommenden Mandate der neuen Länder zu entscheiden haben.

## Politische Uebersicht.

### Die Reichseisenbahnen.

In der Freitagssitzung des Reichstags wurde die Eisenbahndebatte fortgesetzt und vor allem Personalfragen erörtert. Verschiedene bürgerliche Abgeordnete brachten eine Reihe von Wünschen vor, freilich in so deboter Tonart, daß sie auf den strammten Eisenbahnminister kaum Eindruck gemacht haben dürften. Herr v. Breitenbach hob denn auch mit seinem üblichen Selbstbewußtsein hervor, wieviel er schon für die Arbeiter getan hat.

Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Veitotes, der die Rechte der Eisenbahnarbeiter mit der Entschiedenheit vertrat, die allein Erfolg bei der Zentralbehörde bewirken kann. Und es war — trotz aller Einwendungen des dienstfertigen notionalliberalen Vorarbeiters Jäder — durchaus berechtigt, daß unter Redner das Verdienst an den bisherigen Verbesserungen für die sozialdemokratische Kritik in Anspruch nahm. Genosse Veitotes zeigte auch Herrn v. Breitenbach an einer Reihe gutgewählter Beispiele, daß in seiner Verwaltung durchaus nicht alles so tadellos und wunderbar sei, wie der Eisenbahnminister gern glauben machen möchte. Im Laufe seiner Rede kam Veitotes noch einmal auf die bekannte Grafenstadener Affäre zu sprechen, die vor zwei Jahren im Reichstag jodeln Ansehen erregt hatte. Er bewies an der Hand der Tatsachen, wie zurecht damals die sozialdemokratischen Angriffe gemeint waren, und er konnte namentlich auf die Feststellung hinweisen, daß der Buchdruckereibesitzer in Grafenstadt, der damals die Lokomotivfabrik denunziert hatte, nur aus Nachsicht gehandelt wurde, weil ihm keine Druckschuld gegeben worden waren. Das war der inoffizielle Vertrauensmann des Herrn v. Breitenbach! Gegenüber den Verhärterungen staatsstreuer Meinung, die die Herren Jäder und Konsorten im Ueberflusse abgeben hatten, wirkte die Forderung nach dem uneingeschränkten Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu erfrischend.

In der morgigen Debatte wird die Frage der Mosel- und Saarkanalisierung zur Erörterung gelangen.

## Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die zweite Beratung des Etats der Baubewirtschaftung fortgesetzt. Die Debatte erstreckte sich meist auf Einzelheiten lokaler Natur, doch wurden auch eine Reihe Fragen von allgemeiner Bedeutung angeschnitten. Der abgeordnete Reuter des konservativen Abg. Herrn v. Malgahn, daß Arbeiterkontrollreue aus dem Baugewerbe nur sozialdemokratische Agitatoren wären, trat mit Genosse Hue entgegen, der schlagend nachwies, daß es den Konservativen und ihren Freunden weniger auf Arbeiterschutz als auf Parteipolitik ankommt. In der Tat ist ja der Mehrheit des Landtages an einem wirklichen Baubarbeiterchutz noch weniger gelegen als der Regierung. Aus Furcht, es könnten sich unter den Arbeiterkontrollreuen auch Sozialdemokraten befinden, weisen sie das ganze System von der Hand, obwohl sie in andern Ländern die Arbeiterkontrollreue durchaus bewährt haben.

Der Forderung des Abg. v. Salkow (natl.) auf Erlass von gesetzlichen Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen von Mietkasernen auch in kleineren Ortschaften trat der Unterstaatssekretär mit dem Vemerken entgegen, daß es Sache der Gemeinden sei, auf dem Wege von Polizeiverordnungen das Mietkasernenwesen zu bekämpfen. Es ist praxisch!

Weiter war es unserm Genossen Hue, nachdem ihm in der Generaldebatte das Wort abgefallen war, nicht möglich, sich zu der Tarifpolitik im allgemeinen zu äußern. So mußte er sich denn darauf beschränken, Verleumdungen zu fordern, die aber nicht einzelnen Interessenten, sondern der Gesamtheit der Bevölkerung zugute kommen müßten. Mit Recht beklagte er es, daß bisher die Verleumdungen keine Verbilligung der Produkte gezeitigt haben, sondern daß die Konsumenten nach wie vor gezwungen sind, Bücherpreise zu zahlen. Beherzigungswert ist auch seine Anregung, zu den Wassertröbenträgern, den Bezirks- und Landesbahnbahn- und Arbeiter hinzuzugreifen, einer Anregung, die in diesem Hause natürlich auf unfruchtbaren Boden fällt.

Die Beratung wird am Sonnabend fortgesetzt.

### Fortschritte nach Herrenhausbegriffen.

Unsere Vermutung, daß die vor einer Woche vom Herrenhaus beschlossene Rückverweisung des Landesverwaltungsgegesetzes an die Kommission nur den Oberbürgermeistern eine Freude machen, sonst aber den Völkern nur weh tun, aber ihm nicht nachmachen sollte, hat sich bestätigt. Am gestrigen Freitag wurde das Gesetz unter dem höchst interessierten Zuhören eines Wächterpensionats von der Tribüne genau so verabschiedet, wie es schon vor acht Tagen vorgelegen hatte. Selbst die reichsweitesten Änderungsanträge des Königsberger Oberbürgermeisters Körte, dessen meiste Kollegen in dem schwach besuchten Hause schloßen, und des Professors Löhring wurden auf Wunsch des Polizeiministers v. Dalwig abgelehnt. Dabei beehrte sich Herr Löhring, der eine kleine Garantie gegen landjunkeraliche Homogenität der Beschlüsse in das Gesetz hatte hineinschleusen wollen, dem Berichterstatter v. Sadow-Solgenfelde zu versichern, daß ihm nichts fernere liege als ein Mißtrauen gegen die Provinzialparlamente und die Absicht, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu behaupten. Und schließlich stimmte auch die Linke samt dem fortschrittlich-volksparteilichen Herrn Dernburg für das nach ihrer Meinung doch schlechte und die Rechtschaffenheit schmälernde Gesetz.

Die natürlich auch angenommene Vorlage über die Auflösung der Generalkommission in Königsberg und die Uebertragung der ihr obliegenden Grundverwaltungsangelegenheiten zeigte ein Herrenhausmitglied als Fürsprecher eines gewissen Agrarsozialismus! Es war der feudale Kontrat a. D. mit dem urdeutschen Namen Lortikowicz von Satozi, Fische, der die völlige Ansteilung des Gemeinlandes in Ostpreußen als die schwerste Schädigung der kleinen Leute auf dem Lande erklärte und zum Ausgleich dafür Almosen und Weiland für die Häusler forderte. In Wirklichkeit liegt den Herren natürlich nur daran, diese armen Teufel durch „Grundbesitz“ als billige Arbeiter zu erhalten!

Debatteles wurde ein Gesetz über Zuständigkeiten in Schulangelegenheiten angenommen. Es bringt den herrlichen Fortschritt, daß man sich gegen die Verlegung von Genehmigungen für Privat-

schulen und Privatunterricht beim — Oberpräsidenten beschweren und gegen dessen Befehl die Revision (nicht etwa die Klage, sondern nur die auf Mängel des Verfahrens oder irrige Befehlsanwendung zu stützende Revision) beim Oberverwaltungsgericht ergreifen kann. Ach, zu bitter sind die Erfahrungen, die die verfassungsmäßig gleichberechtigten Arbeiter bisher gemacht haben, als daß sie da nicht an die Kraken denken sollten, die einander schon nicht die Augen ausbaden! ...

Nächste Sitzung — wenn die Kommission das Fideikommissgesetz genügend her- und hingehandelt haben wird.

### Aus dem Seniorenkongress.

Der Seniorenkongress befand am Freitag in seiner Sitzung über die Einteilung der Geschäfte in der nächsten Zeit. Die Regierung will eine Besoldungsabelle einbringen, auf die bei der Etatsberatung Bezug genommen werden muß. Wenn demnachst der Postetat auf die Tagesordnung kommt, so werden die Resolutionen, die mit der Besoldungsabelle in Beziehung stehen, bei der zweiten Beratung ausgeschaltet. Am Montag soll die Besoldungsabelle die erste Lesung passieren und dann an die Budgetkommission verwiesen werden. Es soll eine Beschleunigung der Beratung stattfinden, damit die Besoldungsabelle mit den zurückgestellten Positionen der einzelnen Etats in zweiter Lesung genommen werden kann. Sollte inzwischen vom Etat in der Budgetkommission noch nicht genügend Beratungsstoff vorliegen, so wird der Postetatgesetzentwurf mit auf die Tagesordnung gesetzt, dann das Gesetz über den Luftverkehr, eventuell der Entwurf über die Konkurrenzkaufel. Zwischen zweiter und dritter Lesung des Etats soll dann die Besoldungsabelle auch die zweite Lesung in dem Plenum passieren.

### Zentrumsheuchelei.

Am Schluß eines längeren Artikels, der die Haltung des Zentrums in der Zäberu-Kommission verteidigen soll, schreibt, wie uns ein Telegramm aus Köln meldet, die „Kölnische Volkszeitung“:

„Damit ist einstweilen im Reichstage mit Zäberu Schluß gemacht worden. Nachdem die Freisinnigen und Sozialdemokraten das Zentrum gezwungen hatten, alles abzulehnen, war auch eine zweite Lesung nicht mehr möglich, an die sich nur die Linke Kammer wollte. Die Kommission hat ihre Aufgabe nun erfüllt und ist damit erledigt. Ein großes Nichts ist der Erfolg ihrer Tagung. Das bedauert man auch im Zentrum, wo man allen Ernstes etwas zustande bringen wollte.“

Weiter läßt sich die Heuchelei wirklich nicht treiben! Hat doch gerade das Zentrum seine partikularistischen Prinzipien nur deshalb entdeckt, um die reichsgerichtliche Regelung, wie sie die Fortschrittler und Sozialdemokraten wollten, tot zu machen — der Regierung und den Konservativen zuliebe. Uebrigens wird ja das Zentrum Gelegenheit haben, zu zeigen, wie weit es ihm mit seinem Bedauern Ernst ist. Die Zäberu-Kommission wird demnachst noch eine Sitzung abhalten, in der ein schriftlicher Bericht festgestellt wird. Dieser Bericht geht also nun auf das Plenum, das sich ebenfalls nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen wird, um auch zu den Anträgen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, die nicht zurückgezogen sind, Stellung zu nehmen. Dann kann also das Zentrum sich an der Arbeit beteiligen und helfen, daß etwas Brauchbares doch noch zustande kommt.

### Sind Sozialdemokraten vogelfrei?

Das Vorgehen gegen den Genossen Stocker, dem das Recht zum einjährigen Militärdienst entzogen worden ist, weil er sich in der sozialdemokratischen Agitation betätigt, zeigt von einer so empörenden Verletzung des höchsten Rechts der Bürger, daß die reaktionären Blätter verzweifelt nach Rechtfertigungsgründen dieses unerhörten Willküraktes suchen. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht sich, um den Gewalttätigen rechtfertigen zu können, eine eigene Theorie zurecht. Nicht um ein Massenprivileg handele es sich beim einjährigen Dienst, sondern um eine Einrichtung, die ausschließlich die Pflege des militärischen Geistes in

nicht erhalten habe, kann glaubhaft sein; ein Gegenbeweis ist jedenfalls nicht vorhanden.

Von Hanau ging Peulert nach Oesterreich zurück — aber nicht nach Wien, sondern auf angebliches Anraten der Linzer Genossen nach der Schweiz. Auch hier gehen wir zu, daß die Darstellung Peulerts richtig sein kann — Peulert braucht wirklich nicht im Dienst der Polizei gearbeitet zu haben. Er kam nach Winterthur, wo ich ihn in einer Versammlung stellte. Peulert schildert das so (S. 102):

„Auf eine direkte Interpellation Fischers über meine Stellung zu den Raub- und Mordverbrechen in Stuttgart, Wien usw., erklärte ich aus physischen Gründen nicht in der Lage zu sein, den Abend zu sprechen, sei aber nächsten Abend bereit, meinen Standpunkt darzulegen. Fischer aber donnerte in einer anderthalbstündigen, von Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen strotzenden Rede gegen mich und die radikale Bewegung los, wobei er die bezeichnende Aeußerung tat, „er habe sofort, als man ihm die Photographie des in Wien verhafteten Attentäters gezeigt habe, dieselbe als die Stellmachers erkannt.“ — Wohl gemerkt, bis dahin war der Gefangene in Wien noch nicht erkannt worden!“

Am nächsten Tage fand Peulert in Bern im Depeschentele der „Frankfurter Zeitung“ eine Notiz, wonach er in Winterthur beigegeben haben soll, an dem Verfallinger Attentat beteiligt gewesen zu sein. Dazu fügt er in seinen „Erinnerungen“ das kleine, niedliche Denunziationen:

„Wie ich erfuhr, hatte Fischer diese Depesche an die „Frankfurter Zeitung“ gesandt.“

Was hatte nun Peulert in Winterthur wirklich gesagt? Darüber gibt die Züricher „Arbeiterstimme“ folgende Darstellung, für deren sachlichen Inhalt ich heute noch jedes Wort verantworten. Der „Sozialdemokrat“ hatte in Nr. 7 des Jahrganges 1884 die Notiz abgedruckt.

Nach einer polemischen Einleitung heißt es gegen Peulert:

„Sein erstes Debüt in Winterthur verunglückte indes. Genosse R. Fischer verfaßte ihm seine fünfzehntägige Anarchisterei und seinen Heldenmuthus so unangenehm, daß er auf eine Entgegnung zuerst zu verzichten erklärte, um eine Viertelstunde später, da ihm das Allzumögliche eines solchen Rückzuges wahrscheinlich aufzubämmern begann, doch noch einen mitleidigen Versuch zu machen. ... In Winterthur erklärte Peulert mit zynischer Offenheit: „Die Verfallinger ist zu dumm, als daß man sie verteidigen kann.“ und gerade so sprach er sich über die bekannte Wiener Demonstration aus, von der er als von einer „Dummheit“ immer abgeraten habe, weil die Opfer nicht im Verhältnis zum Erfolg seien.“

In einem Punkt dagegen unterließ er sich vortheilhaft von seinen Freunden (die damals alle Beziehungen zu den Attentätern und Attentäterinnen leugneten. A.) in bezug auf seine Meinungäußerung über Verfallinger Raubattentate und die Verletzung von Volksgesetzen usw. ... Der „Frankfurter Zeitung“ wird sogar von ihrem ... Korrespondenten aus Zürich telegraphiert, Peulert habe zugestanden, daß er von dem Verfallinger-Attentat vor seiner Ingegnierung Kenntnis gehabt, es aber nicht

## Peulerts Memoiren.

III.

### Die „Propaganda der Tat“.

Die ganze Doppeltgängerigkeit und innerliche Verlogenheit Peulerts zeigt sich in seinen „Erinnerungen“ bei Besprechung des Verfallingerischen Raubüberfalls und der Stellmacher-Kammererischen Raubmorde in Stuttgart und Wien.

Peulert war der Prediger dieser Propaganda in Wien und nachher in der „Autonomie“. Wenn er später — sagen wir nur — den Wahnwitz dieser Taktik eingesehen hätte, gut; aber daß er in seinen „Erinnerungen“ sich hinstellt, als habe er damals schon das Verderbliche seiner Taktik für die Arbeiterbewegung eingesehen und sei deshalb damit nicht einverstanden gewesen — das erregt geradezu physischen Ekel. Die ganze Schamlosigkeit der Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten entspringt der Wut darüber, daß die „Zürcher“ diesem Lumpentum in der Arbeiterbewegung von Anfang an entgegengetreten und auf zeitliche Scheidung drangen. Die Stellmacher, Kaufmann, Kunitz — sie mußten alle aus den sozialdemokratischen Organisationen, in die sie sich einschleichen hatten, hinausgeworfen werden und sie wehrten sich dagegen mit allen Waffen der Lüge und Heuchelei.

Die erste Tat der „Propaganda der Tat“ wurde im Jahre 1882 in Wien in Szene gesetzt. Ein Schuhmachermeister Werthallinger wurde in seinem Laden niedergebunden, chloroformiert und beraubt. Wiener „Anarchisten“, Berni, Engel und Pfleger, waren die Täter, der Redaktionskollege Peulert in der „Zukunft“, Höhe, war Mitwisser, wenn nicht Mithäter. Eine Seite von 20 000 bis 30 000 Gulden war erbeutet, aber nur ein paar hundert Gulden und etwas Schmuckstücke waren erbeutet worden. Mit dem Bargeld von 96 Gulden ist dann Höhe nach Amerika entflohen. Peulert sagt, er habe erst später davon erfahren. „Ich war auf's peinlichste davon berührt.“ Ich befürchtete einen großen Schlag gegen unsere Bewegung, und bestand darauf, daß sofort alle Wertpapiere und Schmuckgegenstände vernichtet werden sollten, um nicht zum Verrat zu führen.“ Im übrigen wollte ich weiter nichts mit der Geschichte zu tun haben.“ — Das war zweifellos das bequemste, nachdem die Sache schief gegangen war. Eine Seite vorher (Seite 108), wo Peulert von dem Aufschwung der „radikalen“ Bewegung, ihrer wachsenden Propaganda spricht, hat er den lapidaren Satz geprägt: „Aber auch allerhand andere Pläne tauchen auf.“

Ran kann danach erkennen, was es zu bedeuten hat, wenn er fünf Seiten später schreibt: die Partei hatte mit diesem vollständig individuellen Akt nicht das mindeste zu tun.“ Mein Anteil an der Verfallinger Affäre war also schon von Anfang an rein negativ.“ — Gewiß — die ganze „Propaganda der Tat“ sollte ja — „rein individuell“ sein. Damit sie von der — Partei abgelehnt werden konnte. Denn Peulert will schon damals seinen Augenblick im Zweifel gewesen sein, daß, sobald die Täter als Parteigehörige festgestellt würden, die Affäre gegen die ganze Partei zu einem niederschmetternden Schläge ausgeschlagen werden würde.“

Die Verfallingererei war also einer dieser „allerhand Pläne“. Aber doch nur ein Gewitzlerleuchten. Bald folgte der zweite Akt der von Peulert gepredigten „Propaganda der Tat“. Ende 1883 zogen die „Anarchisten“ Kammerer aus Bern, Stellmacher aus Zürich und Kunitz aus St. Gallen nach Deutschland. In Stroßburg erschossen sie einen Soldaten, der auf Polien stand. Warum? Das weiß heute noch niemand. Sogar Peulert schreibt (S. 183) nach seiner Unterredung mit Kammerer, den er doch getroffen haben muß: „Ueber die Tat in Stroßburg wurde ich nicht recht klar. Nur soviel entnahm ich, daß sie verfehlt war.“ Nach dieser Sentenzial an dem armen unschuldigen Soldaten führen die drei „Revolutionäre“ nach Stuttgart, beraubten und ermordeten dort einen Bankier Heilbronner. Kunitz wurde gefaßt, Kammerer und Stellmacher entkommen. Einen Teil des geraubten Geldes soll Stellmacher nach Zürich gebracht haben, wo sein Freund, der „Anarchist“ und Spitzel Kaufmann, das Geld in Empfang nahm, es aber nicht in die anarchische Parteilasse abliefern, sondern für sich behielt. „Für Stuttgart“ — so berichtet Peulert — „hatte Stellmacher einen ganz anderen Plan zur Ausführung gehabt; derselbe sei jedoch nicht ausführbar gewesen.“ Kammerer floh nach Wien und erschloß dort einen Polizeisekretär Hubel. Dann suchte er Peulert auf, der ihm „begeistert zu machen suchte, wie bei solchen Akten unter den bestehenden Verhältnissen durch rohe brutale Gewalt der Propaganda eher geschadet, als genützt wird.“ Und notabene — hier handelt es sich um einen Belgier, dem er (Kammerer) schon immer für seine Schändlichkeit Rache gelobt. Der nächste Schuß aber würde höher gehen.“

Der „nächste Schuß“ war der Raubmord an dem Bankier Effer und seinen zwei Kindern!

„Die Tat war“ — so schreibt Peulert — „unter den gegebenen Verhältnissen geradezu mahnsinnig! ... Keine Stellung war hierbei eine fürdortbare. Eine Tat vertheidigen, die ich selbst verdamme, da sie gewissermaßen mit einem Schlag vernichten konnte, was ich mit dem Aufgebote meines ganzen Zuhlen und Denkens, mit meiner ganzen Energie und Aufopferung mühsam aufgebaut!“

Das schreibt der Mann, der diese „Propaganda der Tat“ gepredigt und die Sozialdemokratie beschimpft und verdächtigt hat, weil sie diese Taktik mit denselben Argumenten von Anfang an bekämpft hat.

Und nun hören wir, wie dieser selbe Peulert wenige Tage nach dem Wiener Raubmord und wenige Tage nach diesen angeblichen Ermordungen in Winterthur über diese selben Akte tatsächlich geredet hat.

Nach dem Stellmacher-Kammererischen Raubmorde wurde in Wien der „Kudnahmestand“ herabgesetzt. Massenauweisungen erfolgten — kurz der „keine Belagerungszustand“, wie wir ihn in Deutschland kennen lernten. Einen oder zwei Tage vor Verhängung dieses Kudnahmestandes konnte Peulert aus Wien abreisen. Das hat damals großen Verdacht gegen Peulert erregt und ich habe es ihm in Winterthur ins Gesicht gesagt, daß das höchst verdächtig sei. Aber man kann heute offen zugeben, die Darstellung, die Peulert in seinen „Erinnerungen“ gibt, daß er zu seiner Zeugenvernehmung nach Hanau in einem Prozesse gegen Rede vorgeladen war und dafür das Reisegeld durch Vermittlung des Wiener Ge-

der Truppe und die Schaffung geeigneter Offizierskader bezweckt. Da nun die Sozialdemokratie selbst nicht von sich behaupten werde, daß die sozialistische Weltanschauung mit der Pflege militärischen Geistes zu vereinigen sei, könne sie auch kein Recht beanspruchen, von dem Privileg des Einjährigendienstes Gebrauch machen zu dürfen.

Diese Theorie des Agrarierblattes ist innerlich unwahr und gewaltig gekünstelt. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ selbst behauptet, daß der Einjährigendienst deshalb kein Klassenprivileg sei, da er „jedermann zugänglich“ sei, „sobald er nur bestimmte wissenschaftliche Anforderungen erfülle“, so schlägt sie damit ihrer Behauptung, daß der Einjährigendienst in erster Linie aus militärischen Gründen eingeführt sei, selbst ins Gesicht. Das Einjährigprivileg ist in Wirklichkeit nichts als ein Zugeständnis an die besserstehenden Schichten, die sich den vorgeschriebenen Reifegrad erwerben können. Weil man diesen Elementen nicht zumuten wollte und konnte, drei oder zwei Jahre zu dienen, hat man das Privileg eingeführt. Daß die Einjährigen an sich ein besonderes militärisches Element seien, kann im Ernst nicht behauptet werden. Daß aus den Einjährigen die Reserveoffiziere hervorgehen, ist nur ein neues Klassenprivileg der bestehenden Klassen, keineswegs aber ein Beweis dafür, daß der Einjährigendienst die geeignete Vorstufe des Offiziers sei. Betrachtete man nicht das Heer als das gegebene Mittel zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen, so würde man auch unter den nichtbestehenden Schichten, die kein Einjährigprivileg erworben haben, genug und übergenug tauglicher Personen für die Reserveoffiziersstellen finden. Aber die Rasse der „Gemeinen“ soll eben nur ein Werkzeug in der Hand der privilegierten Klassen eintunnenen Offiziere sein.

Wenn einmal jedermann, der das Einjährigexamen abzulegen vermag, das Anrecht auf den einjährigen Militärdienst besitzt, ist es ein beispielloses Willkürakt und nachste Rechtlosmachung mißliebiger Volkselemente, wenn man jungen Leuten, die sich zur Sozialdemokratie bekennen und für sie agitiert haben, das Recht zur Erwerbung des Einjährigzeugnisses rauben oder die bereits erworbene Qualifikation entziehen will. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Frage der Qualifikation zum Reserveoffizier mit der Frage des Einjährigendienstes verquilt, so beweist das nur ihr böses Gewissen. Sicherlich wird kein Sozialdemokrat den Vorzug besitzen, in einer Zeit, wo die Reiter und Jäger als Musteroffiziere gelten, Reserveoffizier werden zu wollen. Aber ebensowenig sind die Reize des Militärdienstes so verführerisch, um einen Soldaten zu bestimmen, daß er sich, obwohl er im Besitze des Einjährigzeugnisses ist, das Recht auf nur einjährigen Dienst durch große Willkürakte rauben lassen würde, die man nicht einmal früher anzuwenden wagte!

Die Sozialdemokratie wird diese neuesten militärischen Willkürakte gebührend brandmarken und die Volksvertretung vor die Entscheidung stellen, ob auch sie solche empörende Willkür gutheißt. Willigt die Mehrheit der Volksvertretung die unteren Genossen Steuererleichterungen zu, so stehen die dafür verantwortlichen Parteien wenigstens vor aller Öffentlichkeit da als Mitschuldige unerbittlicher Rechtsbeugung!

### Ein russischer Student als Denunziant.

Wie nicht anders zu erwarten war, nimmt sich ein Vertreter des Häufleins der russischen Studenten in Berlin, der in der Lützowstraße blamierten Berliner Polizei an. Herr Maximilian v. S. in m. verleiht in der „Deutschen Tageszeitung“ die größte Wärme dem brutalen Gewalttätigen der Polizei, den es als „nicht besonders aufregend“ erklärt. Nicht genug damit, benutzt er die Gelegenheit, um den Verein russischer Studenten, der durch die polizeilichen Ausschreitungen schon hinreichend geschädigt ist, zu verleumdern. „Gewiß — erklärt er — es sind russische Unterthanen, die in dem Verein sind, doch sind seine Tendenzen nicht immer so, wie sie wären, wenn sich der Verein aus Russen, worunter ich in diesem Fall in Rußland geborene Studenten verstehe, zusammensetzte.“ In aller Form also eine Denunziation, auf der Grundlage des echt russischen Nationalitätenhasses, die um so schmachvoller ist, als sie von einem Studenten selbst ausgeht. Wie halten es unter unserer

Habe. Wir haben wohl nicht nötig, ausdrücklich zu konstatieren, daß wir mit diesem Telegamm, das offenbar nur auf Hörensagen beruht, absolut nichts zu tun haben. Wohl aber hat Herr Reufert, als ihm die Verhallungerei und seine intellektuelle Ueberheberschaft daran auf den Jahn gelegt wurde, rühmlich zugestimmt, er habe tatsächlich dafür plädiert, daß für Parteizwecke Gelder „requisiriert“ werden; aber er habe da immer große Summen im Auge gehabt, nicht so Bagatellen wie bei Merkallinger, welche den Verlust von Menschenleben nicht rentieren. Darum dürfe man nicht zu Kleinräumern gehen, sondern in Bankgeschäfte, wo täglich große Summen ein- und auslaufen.

Auch der Befreiung von Polizisten und Beamten redete er ungeschminkt das Wort, weil die Gesellschaftsorganisation nur gestürzt werden kann, wenn die Träger derselben beseitigt sind, weshalb er auch lebhaft wünschte, daß der Schuß (auf Blisch) höher, viel höher gegangen wäre.“ Also: schon damals erfuhr Reufert, daß die Ueberheberschaft Reuferts an der Depesche an die „Frankfurter Zeitung“ energisch angelehnt wurde. — 30 Jahre später schreibt Reufert mit eiserner Strenge: „Wie ich erzählte, hatte Reufert diese Depesche an die „Frankfurter Zeitung“ geschickt.“ In Winterthur am 5. Februar 1888 bekannte er sich offen zur Raub- und Diebstahlsdiatribe, wozu er nur genügt einbringen, in seinen, ein Menschenalter später geschriebenen „Erinnerungen“ will er schon 1883 das Verderbliche dieser Taktik für die Arbeiterbewegung erkannt und sie bekämpft haben.

Diese Gegenüberstellung genügt.  
Es genügt auch, darauf hinzuweisen, daß Herr Reufert im ganzen Wache vor sich weigt, wie der edle Stellmacher in Gemeinschaft und unter der Regide seiner Genossen, der beiden Epichel Kaufmann und Schröder, sich der österreichischen Gesandtschaft und dem Wiltbauer Polizeikommissar Naitenbach als Epichel angeboten hatte, und daß in der Gerichtsverhandlung diese Briefe zerlesen wurden, wonach Stellmacher mitteilen wollte:  
1. wo die „Freiheit“ bis Nr. 39 hergestellt wurde und wer sie herstellte,  
2. wo sie jetzt hergestellt werde, sowie Name und Wohnort des Herausgebers.

\*) Wie erzählt es Reufert sogar in seinen „Erinnerungen“ mit der Ablehnung der „Propaganda der Tat“ 1883 gemeint hat, beweisen zwei andere Stellen. Seite 23 berichtet er, daß einer seiner Genossen (Kirchner) in London eine kleine fürchterliche Waffe erstanden, die wir den „Skorpion“ taufen. Ein winziges Instrument mit einer feinen hohlen Röhre, die, wenn mit einem starken Glase gefüllt, durch einen leichten Stich zu töten vermöge! Auch wegen dieser Röhre sollte er seine bekannte Reise zu New gemacht haben. Und Seite 25 konstatiert er mit Vergnügen, daß auch Schnaubelt (der angebliche Bombenwerfer in Chicago) an dem „Skorpion“ arbeiten half. — Zu welchem ritterlichen und der Partei nützlichen Zwecke mochte dieses nieblische Instrument dienen sollte! Hehe! also dieselbe Verlogenheit!

Würde, uns mit einem solchen Herrn öffentlich auseinander zu setzen. Zur Information unserer Leser sei lediglich folgendes gesagt: Der Verfasser der Denunziation, Maximilian von S. in m., ist der Sohn des hiesigen russischen Generalkonsuls, eines der Häupter der Landsmannschaft russischer Studenten, deren Charakter aus der Affäre des zum Selbstmord getriebenen Studenten Dubrowski hinreichend bekannt ist.

Die Berliner Polizei und das Bündlerorgan sind um ihre russischen Freunde wahrlich nicht zu beneiden.

### Bevorzugung der Offiziersaspiranten.

Wie wir erfahren, ist soeben eine Verfügung des preussischen Kultusministeriums an die höheren Schulen ergangen, nach der jungen Leuten, die die Seeoffizierslaufbahn ergreifen wollen, und die eine Befreiung über die erfolgte Anmeldung beibringen, gestattet werden soll, das Abiturientenexamen nach einem halbjährigen Besuche der Oberprima abzulegen. In diesem Fall sollen den Prüflingen entsprechend mildere Bedingungen gewährt werden, als sie bei dem eigentlichen Abiturientenexamen gelten.

Vom Standpunkte der Schlagfertigkeit der deutschen Marine mag es ja gleichgültig sein, ob der Offizier die oberste Gymnasialklasse ein ganzes oder nur ein halbes Jahr besucht hat. Aber dann mag sie eben den achteinhalbjährigen Besuch einer höheren Lehranstalt vorzuziehen. Jedenfalls ist es unter allen Umständen zu verwerfen, daß für junge Leute Ausnahmen von der allgemeinen Prüfungsordnung gemacht werden, wenn sie Offizier werden wollen.

### Der anhaltinische Landtag

trat am Donnerstag zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Unter den Vorlesungen befindet sich ein Gesetzentwurf, der die Geschäftsführung des Landtages revidieren will. Der Entwurf ist ein würdiges Pendant zu der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses, aus der der berühmte § 64 fast wörtlich übernommen worden ist. Durch die Verschlechterung der Geschäftsordnung will man die Opposition, die infolge des neuen Wahlgesetzes im nächsten Landtage eine wesentliche Verstärkung erfahren wird, von vornherein mundtot machen. Ferner kündigte die Regierung eine neue Gemeindeordnung an, die sicherlich eine Verschlechterung des Gemeindevortrechts bringen wird. Die Nationalliberalen und Konservativen, die die Mehrheit im Landtage haben, empfinden es als eine „nationale Schmach“, daß in verschiedenen Stadtparlamenten des anhaltinischen Ländchens die Sozialdemokraten die Mehrheit haben. Dieser Zustand soll durch die angekündigte neue Gemeindeordnung beseitigt werden.

### Angriff auf Militärpersonen im Elsaß.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet aus Straßburg: Von zufälliger Seite werden heute drei weitere Fälle von Angriffen auf Militärpersonen mitgeteilt: Am vergangenen Sonnabend wurde ein Unteroffizier des Feldartillerie-Regiments Nr. 51 von 8 Jüdischen, in der Nähe des Neher-Platzes auf das gemeinste beschimpft und dann zum Stehendbleiben aufgefordert. Der Unteroffizier erklärte, sie sollten ihm vom Leibe bleiben, sonst mache er von seiner Waffe Gebrauch. Als trotzdem einer mit offenem Messer auf ihn losging, zog er den Säbel und schlug, noch bevor der Messerheld zustoßen konnte, ihn so kräftig auf den Kopf, daß er blutend und schreiend Reißaus nahm. Seine Begleiter ergriffen gleichfalls die Flucht. — Am Montagabend wurde ein Sanitätsfeldarzt in der Nähe der Neuen Ortskrankenkasse von vier Jüdischen ohne jeden Anlaß angegriffen und geschlagen. — Am demselben Abend hörte der Posten vor dem Stallgeil auf dem Poligon auf seinem Patrouillengang vor seinem Heft die Worte: „Ich bringe den Posten heute Abend noch um“. Auf seinen Schreie erhielt er keine Antwort, wurde vielmehr von zwei Personen, die sich offenbar im Heft aufgehalten hatten, angefaßt und gefoltert. Der Versuch, während dieses Angriffes sein Gewehr zu laden, mißlang dem Posten, so daß die Angreifer ungeachtet entkamen.

Auf Grund der letztgenannten Vorzunahme ist nunmehr von dem Gouvernement angeordnet worden, daß alle außerhalb der Stadt stehenden Posten von jetzt ab mit geladenem Gewehr dort zu stehen haben.

3. „Ich kann mich anbeisich machen, jede Sendung des „Sozialdemokrat“, welcher hier in Zürich erscheint, in die Hände der Regierung zu liefern“ usw. Reufert versichert, daß der Druck der „Freiheit“ damals durch den Freund Stellmachers, den Spichel Schröder in Zürich, mit dem Gelde der preussischen Polizei bezahlt wurde. Reufert dramatisiert aber schäblich Reufert, daß Stellmacher, um die „Freiheit“ in Zürich drucken lassen zu können, „alles, bis auf sein Bettzeug, ins Pfandhaus brachte“. (Rechenbeil: Sie wurde nie in Zürich, sondern in Schaffhausen gedruckt und stets durch Schröder bezahlt, bei dem sich dann auch eine Riste preussisches Dynamit gefunden hatte!)

Noch ein Helldenstückchen des Landauerischen „Ehrenmannes“ sei hier charakterisiert: Reufert schreibt S. 103:

„Reufert die Wiener Polizei durch R. Fischer in Zürich erfahren hatte, daß der gefangene Attentäter Hermann Stellmacher von Zürich sei...“

Ich weiß nicht, wann und wie die Wiener Polizei die Identität Stellmachers feststellte; das steht aber fest, daß ich der Wiener Polizei keinerlei Mitteilung gegeben ließ, daß ich m. B. niemals von irgendeiner Behörde oder Privatperson befragt worden bin. Hätte aber die Behörde von jener Bemerkung in der Versammlung etwas erfahren (immer noch vorausgesetzt, daß sie überhaupt gefallen ist, wer soll sich nach 30 Jahren an so etwas erinnern!), so müßte sie es durch eine dritte Person erfahren haben. Aber es ist 10:1 zu wetten, daß auch diese Behauptung von Reufert zu dem nichtswürdigen Zwecke frech e. funden worden ist, einen Sozialdemokraten zu verdächtigen.

Dabei soll gar nicht verschwiegen werden: wäre ich damals befragt worden, ich hätte aus jener allgemein bekannten Tatsache wohl kaum ein Geheimnis gemacht. Denn es hat sich nicht um eine Photographie gehandelt, sondern um ein in einer Wiener Zeitung gedrucktes Bild des verhafteten Raubmörders an Eisert. Ich habe Stellmacher und seinen Charakter sehr genau gekannt und eben deshalb Stellmacher niemals als politischen Helden angesehen, sondern stets als einen beschränkten, rohen Patron, den nicht edle Motive zu einem politischen Attentate, sondern rohe Instinkte zur „Propaganda der Tat“ und damit zum Raubmord geführt haben.

Und gerade ich hätte auch am allerwenigsten Anlaß zum Verschweigen gehabt, hat doch der Komplize Stellmachers selbst in einem Briefe zugestanden — wie ich später erfahren habe — daß Stellmacher (bevor er zu jenem feigen Mord nach Straßburg abreiste) mehrere Abende am Hottinger Alpbühlchen in Zürich mit seinem Revolver aufgelaunt habe, um mich „abzuschießen“! Und warum wollte er diesen feigen heimtückischen Mordanschlag inszenieren? Weil ich in der Wirklichkeit der Züricher deutschen Sozialisten mit aller Energie darauf gedrungen war, daß die Kaufmann, Stellmacher und Konsorten aus der Wirklichkeit entfernt würden, weil sie als „Sozialrevolutionäre“ oder „Anarchisten“ bei den Sozialdemokraten nichts zu tun hätten.

Richard Fischer.

### Sächsische Eisenbahnen.

Dresden, 27. Februar. Die Zweite Kammer bewilligte heute als erste Rate zur Erweiterung des Bahnhofes Altenburg 800 000 M. Dabei kam der Finanzminister v. Schadow auf die Anmerkungen des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes zu sprechen, die dieser gelesen und vorgelesen im Reichstagsgeheim hat, wonach die sächsische Linie Leipzig—Hof für Luruszüge schwächer zu befahren sei, als die preussische Linie über Probstzella. Es könne keine Rede davon sein, daß die Leistungsfähigkeit der sächsischen Strecke geringer sei, als die der preussischen. Es sei allerdings richtig, daß die sächsische Linie eine größere Anzahl Stationen besitze, die keineswegs bei allen Schnellzügen ausgeschaltet werden könnten, indessen hielten die Luruszüge in Sachsen nur außerordentlich selten. Der Expresszug halte nur in Leipzig und Hof. Andererseits sei eine Steigung von 1:40, wie sie auf der preussischen Linie längere Zeit vorhanden sei, auf der sächsischen Strecke nicht zu verzeichnen. Hier beträgt die Steigung nur 1:100. Die sächsische Eisenbahnverwaltung tue alles, um die Linie Leipzig—Hof auf der Höhe zu halten.

### Auf Jagow's Spuren.

Verboten hat die Hamburger Polizei den Anschlag von Plakaten, auf welchen die am Sonntag stattfindenden Kirchenausdrücktsversammlungen angezeigt werden.

### Maffenerkrankungen von Soldaten.

Dem „Deutschen Kurier“ wird zu den Maffenerkrankungen im Trainbataillon Nr. 18 in Ludwigslburg gemeldet: In der Zeit vom 18.—19. Februar erkrankten 31 Mann des Bataillons an Darmkatarrh. Nach den ärztlichen Feststellungen ist die Erkrankung auf den Genuß von Leberwurst zurückzuführen, deren chemische Untersuchung bis jetzt aber noch nicht durchgeführt werden konnte. Die Erkrankten sind in einer Sonderbaracke abgetrennt und befinden sich den Umständen nach wohl. Ihre Entlassung ist für die nächste Zeit vorgezogen.

### Sieg des Kabinetts Doumergue.

Paris, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der Kammer unternahm die Triandisten einen entscheidenden Angriff auf das Ministerium, der aber glänzend abgeschlagen wurde. Die Regierung stellte für die Steuerreform, die endlich die Einkommensteuer bringen soll, die Vertrauensfrage und erhielt 115 Stimmen Mehrheit. Die Stellung des Kabinetts scheint jetzt gesichert und der Wunsch der Radikalen, daß ein Ministerium ihrer Partei die Wahlen leite, erfüllt zu sein.

### England.

#### Eine Wahlniederlage der englischen Regierung.

London, 26. Februar. Bei der Ersthwahl im Wahlkreis Leith wurde Currie (Unionist) mit 5159 Stimmen gewählt. Smith (Liberal) erhielt 5148 und Bell (Arbeiterpartei) 3346 Stimmen. Der Wahlkreis war bisher durch den Liberalen Munro-Ferguson, der zum Generalgouverneur von Australien ernannt worden ist, vertreten.

#### Militärische Agitation.

London, 27. Februar. Ministerpräsident Asquith empfing heute eine Abordnung von Vertretern verschiedener Parteien, darunter die Feldmarschälle Roberts, Grenfell und Wood, die Admirale Noel und Seymour, Vertreter der Kirche und verschiedener Berufsstände, die sich für eine allgemeine Wehrpflicht in England aussprachen. Der Ministerpräsident erklärte, das Unterkomitee des Reichsverteidigungsausschusses sei in dieser Frage einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß die Flotte wie bisher imstande sei, das Land gegen einen Einfall zu schützen. Er selbst glaube, daß im Hinblick auf den gegenwärtigen Zustand der Flotte und des Heeres die Befürchtungen vor einem Einfall grundlos seien. Er sei nicht für eine obligatorische Dienstpflicht und glaube nicht, daß diejenigen Länder, in denen sie seit ein oder zwei Generationen durchgeführt sei, prozentual körperlich oder geistig höher ständen als England.

### China.

#### Ein neuer politischer Mord?

Peking, 27. Februar. Chaopinachun, der Zulu von Tschili und frühere Ministerpräsident, der einer der treuesten Anhänger Juanschikais und dessen rechte Hand war, erkrankte gestern Abend und ist heute nachmittag gestorben. Es besteht Verdacht, daß er vergiftet worden ist.

## Letzte Nachrichten.

#### Ein Protest gegen das Frankfurter Urteil.

Stuttgart, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute Abend fanden im Zirkusbau zwei große Demonstrationsversammlungen mit der Genossin Luzemburg als Referentin statt. Der Zirkus war überfüllt. Lange vor Beginn der Versammlung wurde er polizeilich gesperrt. Tausende warteten geduldig auf der Straße. Die Versammlungsleitung behielt sich damit, daß sie nach einer Stunde den Zirkus räumen ließ und eine zweite Versammlung veranstaltete. Nach Schluß der Versammlung begleitete die Menge die Genossin Luzemburg unter dem Gesang der Marseillaise heim.

#### Der Protest gegen die Deportation.

London, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Protestbewegung gegen die Deportation der südafrikanischen Arbeiterführer wurde heute Abend mit einer nachvollenen Versammlung im Londoner Opernhaufe eingeleitet. Die Südafrikaner wurden mit minutenlangem Beifall begrüßt. Die Teilnehmer erhoben sich von den Sitzen und sangen: „For a jolly good fellow.“ Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung verpflichtete, den Südafrikanern mit allen Mitteln zu helfen, nach Südafrika zurückzuführen. Zahlreiche ähnliche Versammlungen werden in den nächsten Wochen in allen Teilen des Landes abgehalten werden.

#### Ein Demant.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Wie der Straßburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ nach Erkundigungen an zuständigen Stellen erfährt, ist dem Kreisdirektor Wahl bis jetzt noch kein Beschuldigung zugewandt. Die Meldung, daß Kreisdirektor Wahl von der elsaß-Lothringischen Regierung gerechtfertigt wurde, beruht auf einer glatten Erfindung.

# Knaben-Moden

Dauer vom 28. Februar bis 9. März

## Extra billige Ausnahme-Angebote!

**Manchester-Anzüge** verschiedene Farben, nur Größen 1 und 2... **Nur ein Preis 285**  
**Sport-Anzüge** in verschiedenen Stoffarten, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 365**  
**Sport-Anzüge** aus Resten hergestellt, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 435**  
**Manchester-Anzüge** gute Qualität, sehr haltbar, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 475**  
**Sport-Anzüge** gute haltbare Stoffe, verschied. Macharten, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 740**  
**Prinz-Heinrich-Anzüge** blau Kammgarn-Cheviot, Hose und Jacke gefüttert, Aermel mit Abzeichen, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 795**

**Frühjahrs- u. Herbst-Ulster** Große Auswahl  
**Frühjahrs- u. Herbst-Paletots** in den neuesten Formen, für d. Alter v. 3-15 Jahren  
**Frühjahrs- u. Herbst-Anzüge** im Preise herabgesetzt

### Besonders billige Ausnahme-Preise

für **Einsegnungs-Anzüge**  
 blau u. schwarz 9<sup>90</sup> 13<sup>50</sup> 15<sup>50</sup> 18<sup>00</sup> 27<sup>00</sup> 32<sup>50</sup>  
**Prüfungs-Anzüge**  
 moderne Stoffe, große Farben- u. Musterauswahl  
 9<sup>00</sup> 12<sup>50</sup> 16<sup>25</sup> 19<sup>00</sup> 23<sup>50</sup> 28<sup>00</sup> 31<sup>50</sup>

Hervorragend schöne **Modelle und Reismuster**  
 Sport-Anzüge u. Schlupfer-Anzüge u. Baby-Anzüge  
 Norfolk-Anzüge u. Paletots u. Pyjacks u. Ulster  
 für das Alter von 2 bis 15 Jahren  
**zu erstaunlich billigen Preisen**

**Schlupfer-Anzüge** neueste Formen, schön gemusterte Cheviots äußerst haltbar, aparte Garnierung, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 795**  
**Prinz-Heinrich-Anzüge** in apart gemustert. Stoffen, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 785**  
**Pyjacks** blau Cheviot, Aermel mit Abzeichen, ganz gefüttert, für 3-8 Jahre... **Nur ein Preis 365**  
**Pyjacks** marineblau Tuch, gut Sergefutter, Aermel mit Abzeichen, für 3-6 Jahre... **Nur ein Preis 695**  
**Jackett-Anzüge** aus verschiedenen Stoffen, nur für 8-11 Jahre... **Nur ein Preis 695**  
**Pelerinen** für Knaben und Mädchen, 70, 80, 90 cm lang... **Nur ein Preis 410**

**Große Auswahl in Knaben-Hosen**  
 Manchester, Buckskin und blau Kammgarn-Cheviot für das Alter von 3-14 Jahren, je nach Alter und Stoffart... von **50 Pf.** an

Zur Einsegnung: Hüte, Wäsche, Krawatten, Handschuhe, Unterwäsche usw. zu bekannt billigen Preisen

**Berufskleidung für Lehrlinge**  
 in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen!

# BAER SOHN

An Wiederverkäufer werden oben angeführte Artikel während der Knabenwoche nicht abgegeben.

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
 Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Sonntag nur von 12-2 geöffnet!

Versand nach außerhalb sofort nach Empfang der Bestellung. Von 20 Mark an franko!

## Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

**Zentrum:** Albert Hahnisch, Adlerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**1. Wahlkreis:** W.: Gust Schmidt, Kirchbäckstr. 14, hochparterre. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**2. Wahlkreis:** S. und SW.: Gustav Schmidt, Gneisenaustr. 72. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**3. Wahlkreis:** St. Friedrich, Brunsenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**4. Wahlkreis:** Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Richard Gadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**4. Wahlkreis:** Südosten: Emil Böhm, Lantierplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**5. Wahlkreis:** Leo Buchst, Jannaschstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**6. Wahlkreis (Noabit):** Salomon Joseph, Wilhelmshabener Straße 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Wedding:** F. Hönisch, Müllerstr. 34a Ecke Ulmerstr. Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** H. Bolgast, Wallstraße 9. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Gesundbrunnen:** Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Grefenstügener Str. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Adlershof:** Carl Schmarzlose, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Alt-Gliencke:** Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.  
**Baumgartenweg:** H. Dornig, Marienbader Str. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch:** Heinrich Bröde, Mühlentstr. 5, Laden.  
**Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst:** Paul Genzsch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg:** Gustav Schwarberg, Seifensteiner Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Eichwalde, Schmückwitz:** Oskar Raske, Stubenrauchstr. 99.  
**Erkner, Neu-Zittau:** Emil Zwang, Schrammstraße 10.  
**Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf:** E. Hölzbarth, Petershagen.  
**Friedenau, Steglitz, Süden, Groß-Lichterfelde, Lankwitz:** H. Bernice, Allee 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck:** Ernst Berkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.  
**Grünau:** Arany Klein, Friedrichstr. 10.  
**Johannisthal, Rudow:** Ray Gonschar, Parstr. 6.  
**Karlshorst:** Richard Riller, Mühlstr. 9, II.

**Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme:** Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 8.  
**Köpenick:** Emil Döhler, Kleberstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:** Otto Seidel, Gartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 8<sup>1/2</sup>-2 und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf:** F. Heßberg, Kaulsdorf, Herdmandstraße 17.  
**Mariendorf:** August Leib, Chausseestr. 296, Hof.  
**Marienfelde:** Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.  
**Neuenhagen, Hoppegarten:** Gustav Ley, Wallerstraße.  
**Neukölln:** H. Reintsch, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-11 und von 4-7 Uhr; Reintsch, Str. Köpfer, Siegfriedstraße 24/25. Geöffnet von 7-11 und von 4-7 Uhr.  
**Nieder-Schöneweide:** Wilhelm Urruth, Bräudenstr. 10, II.  
**Nowawes:** Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.  
**Ober-Schöneweide:** Alfred Daber, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg:** Rhythm, Mühlentstr. 30. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:** F. Gurrich, Provinzstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> u. 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Rummelsburg, Boxhagen, Stralau:** H. Kolenkrantz, Mühlentstr. 56. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Schenkendorf d. Königs-Wusterhausen:** Chr. Hantzsche, Dorfstr. 10.  
**Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Martin-Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen:** Röhpen, Breitenstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West:** Paul Riens u. Borsigwalde, Kämpfstraße 10. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> u. von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Teltow:** Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.  
**Tempelhof:** Rob. Krohn, Dorfstr. 62.  
**Treptow:** Rob. Gromenz, Reichstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Weißensee, Heinersdorf:** H. Juchmann, Sedanstr. 105, part. Geöffnet von 11-12<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Wilmsdorf, Halensee, Schmargendorf:** Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.  
**Zeuthen, Niedersdorf:** Ernst Hüttig, Zeuthen, Niedersdorfer Str. 14

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Videlswerder**, an der neuen beim Alten Freund. Heerstraße

## Salem Aleikum Salem Gold Cigaretten

(Goldmündstück) Cigaretten  
*Etwas für Sie!*

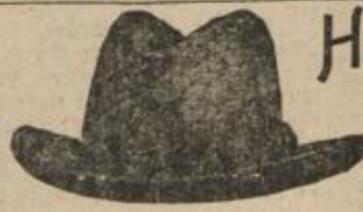


Preis Nr. 3 4 5 6 8 10  
 3 4 5 6 8 10 Pf. d. Stck.

**Trustfrei!**  
 Oriental. Tabak- und Cigaretten-Fabrik  
 Yenidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden

### Spezialarzt

**Dr. med. Wockenfuß**, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Far (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11



Welche Herrenhüte von Mk. 1,50-6,--  
 Steife Herrenhüte von Mk. 2,00-7,00

### Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz  
 Sehr grosse Auswahl in Strohhüte u. Mützen  
 Ausserordentlich niedrige Preise!

### Erstklassige Briketts

**Michel**  
 1000 Stück M. 7.50  
 Riesenformat 7",  
 Halbstone M. 0.75, Gaskoks M. 1.75, Steinkohlen M. 1.75, Brennholz  
**Michel-Brikett-Vertrieb**  
 Neukölln, Telephon 1610  
 Knebeckstr. 148.

# Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- u. Rock-anzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtentheils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher 150, jetzt 20-35 M. Große Posten Pelz-stolias in Skunks, Nerz, Fuchsen, früher bis 200, jetzt 20-75 M. Große Auswahl in Herren-Gehpelsen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsler erhalten 10% extra.

Gewerkschaftliches.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise und die Scharfmacher.

Das Sammelbeden der extremen Scharfmacherelemente in Hamburg, die jugendliche Hamburgisch-konservative Vereinigung, ließ sich am 26. Februar von einem namhaften Vertreter des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Raumann einen Vortrag über „Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweise und Arbeitslosenversicherung“ halten. Dr. Raumann betrachtet das ganze Problem aus dem Gesichtswinkel der Arbeitsvermittlung. Die wirkliche Arbeitslosigkeit werde lediglich durch Krisen hervorgerufen. Die Volkswirtschaft sei auf dem besten Wege, durch eine umfassende Warenverteilung die Krisen zu überwinden. Eine Arbeitslosenversicherung sei zurzeit nicht überflüssig. In Deutschland herrsche vorläufig noch ein — Arbeitermangel! Das beweise die große Zahl der ausländischen Arbeiter, zumal in der Landwirtschaft. Das Ziel einer ausgedehnten Arbeitsnachweisorganisation müßte sein, diesen Arbeitermangel durch eine zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte zu beheben. Die beste Form der Organisation sei der öffentlich-rechtliche Arbeitsnachweis, getragen von Selbstverwaltungskörpern. Darunter versteht Dr. Raumann ein Ausschalten sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber und die Uebernahme der Verwaltung durch eine — selbstverständlich kapitalistisch orientierte — „gemeinnützige Gesellschaft“. Der paritätische Nachweis habe den Unwillen der Unternehmer hervorgerufen, die klagen, er arbeite im Interesse der Gewerkschaft. Er könne das „nicht widerlegen“! Mit solchen Formen des Arbeitsnachweises habe der Verband deutscher Arbeitsnachweise nichts zu schaffen. Einer Verstaatlichung der Arbeitsnachweise könne er auch nicht das Wort reden. Kein Wort gegen die Unternehmernachweise, obwohl die skandalösen Ereignisse nach dem letzten Wertarbeiterstreik noch in aller Erinnerung sind und selbst von Dr. Raumann ein Wort des Bedauerns hätten erwarten lassen.

So konnte denn auch Herr v. Reischwig, der bekannte Sekretär des Arbeitgeberverbandes, in der Debatte die Erklärung abgeben, daß er dem Vortragenden „von Herzen dankbar“ sei. Er zog dann über die Gewerkschaften und insbesondere die Gewerkschaftsführer her und pries den Unternehmernachweis als die Ursache der hohen Löhne und guten Arbeitsverhältnisse im Hamburger Wirtschaftslieben. In der Landwirtschaft müßte den ausländischen Arbeitskräften ein Gegengewicht geschaffen werden. In der Industrie seien die Ausländer nicht zu entbehren. Eine Verstaatlichung und etwaige Auflösung der Unternehmernachweise sei eine große Gefahr, deren Konsequenzen nicht abzusehen seien. Ein Dr. Nagel forderte eine Einschränkung oder Aufhebung der Freizügigkeit. Es genüge vielleicht auch, wenn die Regierung das Recht habe, zeitweise für einzelne Gebiete die Freizügigkeit aufzuheben. Dr. Raumann kam sich für solche Maßregeln nicht erwärmen; sie erzeugten das Gefühl der Unfreiheit. Mit anderen Mitteln werde dasselbe Ziel erreicht, wenn nämlich die Arbeitsnachweise den Zutrom zur Stadt dadurch aufhalten, daß sie die Zuziehenden nicht vermitteln. Herr v. Reischwig versicherte er, daß keineswegs die Absicht bestehe, „bewährte“ Einrichtungen, also die Unternehmernachweise, in andere Hände zu bringen.

Wehr werden auch die Scharfmacher nicht verlangen. Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise wird ihnen mit solchen Wortführern nicht gefährlich werden!

Berlin und Umgegend.

Zivilmusiker und Beamtenkonkurrenz.

Der Verein Berliner Musiker verleiht an die Presse eine eigenartige Mitteilung. Im Theater des Westens sollen danach sechs Musiker, alte Familienväter, die bisher dort in der Operette „Polenblut“ als Bauernmusikanten verkleidet tätig waren, ab 1. März nicht weiter engagiert werden. An ihre Stelle treten angeblich Reichsbeamte, Mitglieder des Patentamtes. Diese Beamten, für welche die Direktion des Theaters keine Versicherungsbeiträge zu zahlen braucht, und die außerdem noch weniger Gage beziehen als die Zivilmusiker, sollen von nun an im Bühnendienst die lustigen Bauernweisen im letzten Akt von „Polenblut“ ertönen lassen. Die Direktion des Theaters des Westens wird gut tun, sich öffentlich dazu zu äußern, was an dieser Mitteilung richtig ist und was eventuell Veranlassung zu dieser unverständlichen Maßnahme gab. Aufgabe der Behörden aber ist es, ihre Angestellten so zu entlohnen, daß diese nicht nebenberuflich anderen das Brot nehmen müssen, um selbst leben zu können.

Deutsches Reich.

Ausperrung in der Rheinschiffahrt?

Köln, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Aus Anlaß der Tarifänderung seitens des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer haben die Reederei den gesamten im Hafen tätigen zweiten Maschinisten und Heizern mitgeteilt, daß sie — falls sie nicht zu dem alten Sage weiterarbeiten wollen — mit morgen entlassen seien. Die Kölner Direktion ist in einigen Punkten bereit, in Verhandlungen mit den Leuten einzutreten; nur in puncto Lohnhöhung steht sie auf einem verneinenden Standpunkte.

Das Koalitionsrecht der Straßenbahner.

Die Straßenbahngesellschaft in Hamburg verweigert ihren Angestellten seit jeher das Koalitionsrecht. Das konnte nicht hindern, daß Lohnbewegungen trotzdem stattfanden, die sich zwar nicht streng durchzuführen ließen, aber die Straßenbahngesellschaft doch zu „freiwilligen“ Zugeständnissen zwangen. Den Straßenbahner wird das Koalitionsrecht unter Berufung auf das Kleinbahngesetz verweigert. Der Straßenbahner, so heißt es, unterstehe nicht der Gewerbeordnung. Doch beschäftigt die Hamburger Straßenbahngesellschaft auch Straßenbauarbeiter und in ihrer Wagenbauanstalt Arbeiter aller Berufe. Auch dort waren Maßregelungen eine Seltenheit. Nun geht die Gesellschaft in jüngster Zeit einen Schritt weiter und legt jedem Arbeiter folgenden Revers zur Unterschrift vor:

„Unterzeichner erklärt hiernit durch Namensunterschrift, daß er weder dem Transportarbeiterverbande oder dem Zentralverbande der Steinleger (Plasterer und Berufsgenossen), noch dem Holzarbeiter- oder Metallarbeiterverband angehört, auch während seiner Tätigkeit bei der Straßen-Eisenbahngesellschaft in Hamburg diesem oder einem gleichartigen Verbände nicht beitreten wird. Derjenige, welcher bezüglich vorliegender Erklärung unwahre Angaben macht, wird auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung ohne Kündigung und ohne Entschädigung entlassen.“

Sich bei den Werkstättenarbeitern auf das Kleinbahngesetz zu berufen, ging wohl doch nicht an, deshalb der Raub des Koalitionsrechts auf diesem nicht sehr ungewöhnlichem Wege.

Blutapfelstein.

Bei der Firma Krupp haben die Wahlen zur Betriebskrankenkasse stattgefunden. Für die Wahl hatte die Firma fünf Wahlabteilungen eingerichtet, deren Repräsentanten nachzuprüfen sein wird. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 11 395 (1910: 11 089), Christliche 9260 (1910: 8670), Weiße 5320 (1910: 5042), Dirich-Dunderjohde 390 (1910: 244), Polen 682 (1910: 0).

Der Verlust der Freien Gewerkschaften erklärt sich aus dem separaten Vorgehen der Polen, das vornehmlich auf Verreiben der S. P. S.-Kreise zurückzuführen ist. In den Stimmen der Weißen sind circa 1500 Beamtenstimmen enthalten, die 1910 auf die Weiblichen Kreidirektoren die meisten den Weißen zugefallen, da man den Frauen Kuberts mit Stimmzettel in die Hand steckte und sie bei der Stimmabgabe kontrollierte. Von den angeblich über

7000 Mitgliedern des Werkvereins haben also nicht die Hälfte die gelbe Karte gewählt. Bemerkenswert bleibt der Zuwachs der Christlichen, ein Beweis, daß unter dem Ansdruck der Integrität sich ihre Reihen dichter schließen, als sich zu lösen.

Die Freien Gewerkschaften erhalten 20, die Christlichen 18, die Weißen 11 und die Polen 1 Vertreter. Der Wunsch der Firma, die Kasse völlig in ihre Gewalt zu bekommen, ist noch nicht in Erfüllung gegangen, da dazu mindestens 13 gelbe Vertreter gehörten.

Ausland.

Der Streik der Brüsseler Chauffeurs.

Man meldet uns aus Brüssel: In der Montagsfrühung beschäftigte sich der Brüsseler Gemeinderat mit der sozialistischen Interpellation über den Streik der Chauffeurs. Nach längerer Debatte wurde einstimmig der Antrag der Sozialisten angenommen, der die Gemeinde verpflichtet, die Einhaltung der im Pachtvertrag der Stadt vorgesehenen Bedingungen streng zu kontrollieren.

Bei der gestrigen Aussprache erklärte die Direktion der Mietautogewerkschaft sämtliche Streikende für entlassen.

Der Streik dauert unermindert weiter. Die Gesellschaft läßt ein Duzend Autos herumfahren, um den Anschein zu erwecken, als ob der Streik abbrodele. Die letzte Versammlung der Streikenden hat indes gezeigt, daß völlige Einigkeit herrscht. Es waren 182 Chauffeurs anwesend, also so viel ungefähr, als die Gesellschaft regulär beschäftigt. In dem Gemeindeforum ist es nun eingegriffen, zumal da ihm bestimmte Artikel des Vertrages unter den gegebenen Umständen — Entlassung von 100 Bediensteten — die Handhabe zu einem Einschreiten bieten.

Parlamentarisches.

Das Petroleum-Monopol.

Die Kommission des Reichstages führte in der Sitzung am Freitag die Beratung über die Versorgungsfrage weiter. Abg. Müller-Rudba (Z.) vertrat die Meinung, der Verbrauch von Leuchtöl werde infolge der Entwicklung der Elektrizität und durch die Verwendung des Sodaaugens stark zurückgehen. Sachverständige behaupten, in zehn Jahren werde in Deutschland nur halb so viel Leuchtöl gebraucht werden, wie heute. — Abg. Gothein (Sp.) bestreitet, daß der Verbrauch in einem solchen Maße zurückgehen wird. Durch das Einbringen der Monopolvorlage sei der Preis für das Petroleum gesunken, wir hätten gegenwärtig den billigsten Preis von allen Ländern. Scheitere das Gesetz, dann würden wir infolge der Verdrängung des Weltmarktes zu steigenden Preisen kommen. — Abg. v. Schulze-Gävernitz (Sp.) fragt an, wie es mit der Belegung des Bezuges von Petroleum auf der Donau stehe. Der bayerische Staatsrat Hobl erwidert, die Donaustraße sei für den Verkehr mit Osturopa von großer Bedeutung. Aus Rumänien könne Petroleum die Donau heraufgebracht werden, man rechne mit 150 000 bis 200 000 Tonnen jährlich. Die Verhältnisse seien nicht ungünstig und die Hafenanlagen, besonders die von Regensburg, ausreichend. — Abg. Erzberger (Z.) hält die durch die Kommissionsbeschlüsse vorgeschlagenen Weg, um ein Privatmonopol auszuschalten, für den denkbar ungünstigsten. Richtiger sei es, die Einfuhr von Leuchtöl, Treiböl, Schmieröl usw. zu kontingentieren. Er fürchtet, daß durch die Regierungsvorlage das Petroleum teurer wird. Er erwähnt dabei ein sozialdemokratisches Flugblatt aus dem Wahlkampf in Jerichow, das sagte, die Konjunktur seien für das Petroleummonopol und wolle damit dem armen Mann sein Lampenlicht verlieren. — Unterstaatssekretär Jahn billigt nach der erfolgten Aussprache die Versorgungsfrage für geklärt. — Antrich (Soz.) erinnert an die früheren Erklärungen seiner Parteigenossen, sie würden der Vorlage nur dann zustimmen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß keine Verteuerung des Petroleums eintritt. Er richtet an die Regierung die Frage, welche Preise für das Leuchtöl sie in das Gesetz einstellen wolle? — Regierungsrat Dr. Kestner erklärt, daß mit einem Preise von 17 1/2 Pf. pro Liter ab Tanianlage oder 18 Pf. pro Liter frei Haus des Detaillisten für die nächsten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zu rechnen sei. — Abg. v. Bismarck (L.) erklärt, für ihn und seine Freunde hänge alles davon ab, welche Preise für das Leuchtöl gesetzlich festgelegt werden und zwar müßten für alle Detaillisten im ganzen Reich dieselben Preise festgesetzt werden.

Kleines Feuilleton.

Das Buch des Tages. Diese neueste Kulturerrungenschaft gibt Paul Schölsinger Anlaß zu einigen Glossen, die er im Märzheft der Zeitschrift „Der Kreis“ veröffentlicht: Ein fortgeschrittener Verleger brachte es jüngst fertig, ein eben erschienenen Werk als „Das Buch des Tages“ anzupreisen. Man liest über solche Namen oft hinweg, ohne in ihnen die unbewußte und deshalb grimmigste Feindschaft zu ahnen, die in Wirklichkeit in ihnen hegt. Noch vor einiger Zeit pflegte man den „Schlager“ des Büchermarktes als das Buch des Jahres zu bezeichnen. Dann sagte man sich kürzer und sprach vom Buch der Saison. In den bibliographischen Notizen der Wochenzeitschriften findet man die Bücher der Woche, und nun wird man wohl vom Buch des Tages zu dem der Stunde geleitet werden. Schlägt man hundert Jahre zurück, so erinnert man sich, daß die Bücher für die Ewigkeit geschrieben wurden. Geht man den Ursachen dieser Entwicklung nach, so sieht man, daß das Publikum, Autoren und Verleger im Grunde vollkommen aufeinander gestimmt sind. Man darf die Zahl derer, die für ihre Lebensbedürfnisse nur noch den Aufenthalt in Straßen- und Eisenbahnen zur Verfügung halten, nach Tausenden normieren. Aber wie kann eine solche Lektüre beschaffen sein? Die meisten steht man in diesen Stunden noch der ständigen Unterhaltungslektüre greifen, nach einer Fortsetzung der Tageszeitung, mit der man eben rasch zu Ende gekommen ist. Nach Handlung schreitet die breite Lesewelt, und die Autoren, die bereit sind, solche Bedürfnisse zu erfüllen, bringen im Grunde nichts als den auf dreihundert Seiten verdünnten Inhalt einer Lokal- oder Gerichtsnotiz. Ein solches Buch will auch an einem Tage gelesen sein. Es verträgt durchaus nicht die Verteilung auf längere Zeitspannen. Das gute Buch läßt sich zumeist gar nicht in einem Zuge konsumieren, da es nicht zum Verschlingen, sondern zum Lesen geschaffen wurde. Es enthält sehr deutliche Abschnitte, über die der Verstehende nicht hinwegwischen kann; er wird, wenn ihm die Lektüre ernst ist, sie auch als eine Arbeit betrachten und von ihr ruhen müssen. Das Buch des Tages aber hat keinen lebhafteren Wunsch als den, sein Publikum für einige Stunden in irgendeine Bewußtlosigkeit zu versetzen, und dieses Publikum selbst greift nach dem Roman, wie nach einem Karottikum. Man bedient sich eigentlich seiner nur noch in den Rollen, da kein Kinematographentheater zur Hand ist. Denn dieses bietet die schnellstgültig geforderte Handlung ohne alles störende sprachliche Bewußt. Die oben landwirtschaftlichen Schilderungen sind durch ein paar mehr oder weniger gelungene Aufnahmen ertötet, an Stelle der gefährlichen Biologie tritt die Grimasse des Filmkassaplayers, die dazwischen geworfenen Texte geben das nötige für das Verständnis der Handlung, und die Gedanken — macht man sich vermittlungslos selbst.

Hier ist eigentlich schon das Buch der Stunde, und es ist im Grunde nur der verzweifelte Kampf einiger Verleger, wenn sie sich heute noch an den „Tag“ halten. Denn auch ihr verlogenes Geschäft rechnet ja nach Tagen. Sie denken nicht mehr daran, den Erfolg und die Bekanntheit des Buches nach Jahren

zu bemessen. Um die Produktionskosten auf ein Minimum zu reduzieren, wird es in einer ungeheuren Massenaufgabe auf den Markt geworfen; es wird durch Reklame und schreienden Umschlag acht oder vierzehn Tage lang, um einem neuen Erzeugnis Platz zu machen.

Kann man das menschliche Wachstum beeinflussen? Das Wachstum der Menschen und der Tiere ist ein verschiedenes je nach Rasse und Geschlecht. Die Erziehung der Tiergüter lehnen den Einfluß des Milieus. Krankheiten können Wachstumsveränderungen bewirken, es gibt ferner erbliche Wachstumsabweichungen, wie Krielen- und Mergelwuchs. Alles dies läßt erkennen, so führt Dr. Friedenthal-Berlin aus, daß die Konstant der Wachstumsform des Menschen in der Natur auch ohne bewußtes Eingreifen keine absolute ist und daran anknüpfend erörtert er das Problem, ob es nicht möglich ist, das Wachstum des Menschen willkürlich zu beeinflussen. Fragen wir uns, welche Wachstumsform für Erreichung des Menschheitsziels die geeignetste ist, so ist es erstaunlich zu sehen, mit wie sicherem Instinkt die griechischen Künstler im Altertum für die einzelnen Lebensalter des Menschen Vorbilder gegeben haben, deren Körper auch nach den Anforderungen der Physiologie zur Leistung der menschlichen Lebensarbeit am geeignetsten ist. Die griechischen Götterbilder werden noch lange hinaus als Vorbild zu dienen haben bei der Lösung der Aufgabe, die Wachstumsform des Menschen mit der menschlichen Arbeitsleistung in Einklang zu bringen, denn unabhängig von jeder ästhetischen Betrachtung bedeutet jeder Fehler im menschlichen Wuchs eine Erschwörung der Arbeitsleistung des Menschen. Der Physiologe und Hygieniker studiert den Einfluß der Funktion und des Milieus, namentlich der Ernährung auf das Wachstum und sucht durch Förderung der Lebensübungen Einfluß auf das Wachstum der jungen Generation zu gewinnen. Hat man bisher hauptsächlich nach der Geburt versucht, das Wachstum in bestimmte Bahnen zu lenken, so wird man in Zukunft der Frage nach der Wachstumsbeeinflussung der im Mutterleib liegenden Frucht auf künstlerischem Wege und dem Wege der Ernährung erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. — Die Beherrschung der Wachstumsvorgänge würde zugleich auch Befreiung von einer der schlimmsten Geißeln der Menschheit, nämlich den bösartigen Geschwülsten in Aussicht stellen.

Der Fünzigpfennigtag. Eine englische Tageszeitung, der „Daily Mirror“, hat dieser Tage in ein Wespennest gefochten, indem er in seiner Rubrik ein paar wunderhübsche und moderne Nüts abbildete, nach Photographien. — die wie der Text sagte, nicht mehr und nicht weniger als 40 bis 50 Pfennige das Stück kosteten. Die unmittelbare Folge war, daß aus dem Kreise der Leserinnen eine wahre Flut von Zuschriften über diesen Fünzigpfennigtag an die Redaktion gerichtet wurde. Für die Biologie der Damenwelt sind manche dieser Briefe recht interessant. Eine Dame war augenscheinlich vollständig aus dem Häuschen, als sie schrieb: „So glauben Sie das Wohlwollen Ihrer Leserinnen zu gewinnen? Mein Mann hätte kaum ihre indiskrete Photographien zu Gesicht bekommen, da hielt er mir eine lange Predigt über Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Hause, ja, er verlangte allen Ernstes, ich solle mir einen solchen Fünzigpfennigtag kaufen. In unzahligen Familien hat sich sicherlich das Gleiche abgespielt. So

für Sie Intimität zwischen Mann und Frau! Und da ich kein anderes Mittel habe, mich zu rächen, so bestelle ich von heute an Ihr Blatt ab!“ Eine andere Frau ging nicht ganz so weit. Sie schrieb: „Angenommen, es sei möglich (es ist aber nicht möglich), einen anständigen Hut für 50 Pfennige herzustellen, so wird sich keine einzige Frau finden, die es wagen würde, sich damit aus ihrem Hause zu begeben, wenn der Preis bekannt ist. Ueberdies ist es vollkommen absurd, zu behaupten, daß die Hüte, deren Abbildungen sie veröffentlicht, für alle Frauen passen, für schöne und häßliche, für magere und dicke, für blonde und braune. Augenscheinlich — mit diesen bitteren Worten schließt die erzürnte Leserin — wird Ihre ganze Zeitung von Männern geschrieben, einschließlich der Frauenbeilage!“ Eine Reihe „Anlagebriefe“ sind natürlich auch aus dem Kreise der Futuristinnen eingegangen, und auffälligerweise stimmen die Futuristinnen alle darin überein, daß eine Dame, die etwas auf sich hielt, keinen Hut tragen könne, der nicht wenigstens seine 20 Mark kostet! Die ganze Antwort des englischen Blattes auf alle Briefe bestand darin, daß es in einer der nächsten Nummern wieder die Abbildung eines Damenhutes brachte, der (nach männlichem Urteil) durchaus anmutig ist, dabei aber nur — 10 Pfennige kostet!

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater findet am 28. Februar die erste Aufführung von „Frau Warents Gewerbe“, Drama in 4 Aufzügen von Bernard Shaw statt.

Kunstchronik. Bei Paul Cassirer ist die Ausstellung „Reben und Äpfel“ geschlossen. Die neue Ausstellung, die mehr als dreißig Werke von Camille Pissarro, ferner Kollektionen von Vermeer, Verelst und Hans Rigaellon und neue Arbeiten von August Gaul enthält, wird Sonntag eröffnet.

150 000 Volt. In der Urania hat in den letzten Wochen ein vollständiger Umbau der Bühne des Wissenschaftlichen Theaters stattgefunden. Es ist u. a. eine Anlage geschaffen worden, die mit Hilfe eines großen Transformators Experimente mit Spannungen bis zu 150 000 Volt gestattet. Die höchste technisch bisher verwendete Spannung beträgt 110 000 Volt. Demut wird die Anlage zum ersten Male bei einem Vortrag von Arthur Hirt.

Einen städtischen Theaterzuschuß von 800 000 Mark erhalten die Leipziger städtischen Theater. Es waren 900 000 Mark beantragt, aber die Stadtverordneten stießen 100 000 Mark ab.

Die australische Südpolexpedition Rawson, die zur Erforschung des Kaiser-Wilhelm-Landes ausgezogen war, ist auf ihrem Schiffe „Aurora“ in Adelaide eingetroffen. Rawson erklärte, die Expedition sei sehr erfolgreich gewesen. Das Museum des Meeresgrundes habe eine außergewöhnliche biologische Sammlung von Fischen und See-tieren ergeben, von denen einige aus großer Tiefe erlangt worden seien. Viele dieser Fische seien für die Wissenschaft noch neu. Auch eine großartige Vogelammlung sei angelegt worden. Ferner seien reiche Lager von Kohlen und anderen Mineralien entdeckt worden. Ein Teil der Expedition hat furchtbar zu leiden gehabt. Zwei Mitglieder kamen um, Rawson selber hatte dreißig Tage allein ohne Hilfsmittel zurückzuwandern, dem Hungertode nahe.

Er wendet sich weiter gegen die von Erzberger erwähnte Behauptung in dem sozialdemokratischen Flugblatt, die es als unwohl bezeichnet. Der Irrtum des Reichstages Flugblattes ist erklärlich durch das wiederholte Bestreben der Konventionen, das Reichstags durch Brennstoffe zu verdrängen, auch durch Erhöhung des Petroleumpreises. So hat z. B. der konservativ-parlamentarische Ausschuss eine Resolution angenommen, in der es ausdrücklich heißt: „Eine stärkere Verwendung der Kartofoel für Brennstoffzwecke zur Herstellung von Spiritus für Beleuchtung und Kraftzeugung ist im Interesse der vaterländischen Landwirtschaft dringend anzustreben. Diefelbe wird erreicht durch einen hohen Preis auf Petroleum und wesentliche Verbilligung des Spiritus für technische Verwendung.“ — Die Beratungen werden am nächsten Freitag fortgesetzt.

### Schutz militärischer Geheimnisse.

Die 19. Kommission des Reichstages behandelte am Mittwoch zunächst die Frage der Nichtbestrafung dessen, der durch Anzeige bei der Behörde die Verhütung eines Verbrechens veranlaßt. Nach längerer Debatte wurde die betreffende Bestimmung der Regierungsvorlage (§ 6 Abs. 2) gemäß einem Zentrumsantrage wie folgt gefaßt: „Wegen der Vorbereitung eines Verbrechens militärischer Geheimnisse wird nicht bestraft, wer zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des vorbereiteten Verbrechens noch möglich ist, freiwillig Anzeige bei der Behörde erstattet. Dies gilt nicht für denjenigen Beteiligten, der den anderen zur Vorbereitung vorzüglich bestimmt hat.“ — § 7 der Vorlage wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen in folgender Fassung beschlossen: „Wer mit einer Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, Beziehungen anknüpft oder unterhält, welche die Mitteilung militärischer Geheimnisse oder solcher Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, zum Gegenstande haben, wird mit Gefängnis bestraft.“ — § 8 der Vorlage will denjenigen, der innerhalb einer militärischen Anlage unrichtige Angaben über seinen Namen, Stand, Gewerbe usw. macht, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis 1000 M. bestrafen, sofern nicht nach den Umständen die Annahme ausgeschlossen ist, daß die falsche Angabe mit landesverräterischen Zwecken zusammenhängt. Von sozialdemokratischer Seite wird eingewendet, daß durch diese Bestimmung Strafverfahren und Beurteilungen gegen harmlose Personen einzutreten würden; mindestens müsse der Nachweis verlangt werden, daß sich aus den Umständen ergibt, die falsche Angabe hänge mit landesverräterischen Absichten zusammen. Auch ein Zentrumsmitglied, desgleichen ein fortschrittlicher Redner äußerten starke Bedenken gegen diesen Paragraphen, der jedenfalls gründlich umgearbeitet werden müsse. Ein anderer fortschrittlicher Redner tritt im Gegenfatz zu seinem Fraktionskollegen für die Regierungsvorlage ein und erweist sich für möglichste Verschärfung und Ausdehnung des Spionagegesetzes. Die Debatte über diese Frage wurde noch nicht zu Ende geführt.

### Aus der Gewerbeordnungs-Kommission.

Die Regierung verlangt, den Handel mit Pfandscheinen samt Wandergewerbebetriebe auszuscheiden, obwohl sie gar nicht in der Lage war, den Nachweis zu erbringen, daß ein solcher besteht. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde trotzdem dem Verlangen zugestimmt. Die Regierung verlangt ferner auch das Verbot des Handels mit Gemüse- und Blumenstämmlen im Wandergewerbebetriebe. — Den Regierungsentwurf bekämpften scharf die Sozialdemokraten, ebenso die Freisinnigen, sowie der Zentrumsgewerbetreibende Poppe. Auch die Nationalliberalen heigten Bedenken, sie wollten der Regierung eine Blankobillmacht geben. Die Regierungsvorlage wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag Raumann angenommen, der bestimmt: „Gemüse- und Blumenstämmlen dürfen nur in geschlossenen Behältnissen selbsten abgegeben werden, auf denen die Art und Menge des Samens, das Jahr der Erzeugung und der Name und Wohnort des Wandergewerbetreibenden angegeben sind.“ Abgelehnt wurde ein Antrag Bredens, daß auch Gemüse-, Blumen- und Waldpflanzen im Wandergewerbebetriebe nicht selbsten abgegeben werden dürfen. In § 56 Abs. 11 der Gewerbeordnung ist es generell verboten, Schmutzfäden und Plouieren im Wandergewerbebetriebe zu verkaufen. König und Genossen beantragten, das Verbot nur bei solchen Gegenständen einzutreten zu lassen, deren Verkaufspreis 1 M. pro Stück übersteigt. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.

### Arbeiterfrage und Hausflaverei in Ostafrika.

Am Freitag kam in der Budgetkommission des Reichstages der Etat von Ostafrika an die Reihe. Im Vordergrund der Generaldebatte stand die Arbeiterfrage und das System der Hausflaverei. Von verschiedenen Seiten wurde Material beigebracht, das die raffinierte und brutale Ausbeutung der farbigen Bevölkerung durch Pflanzler unter Beihilfe der Kolonialbehörden und Polizeitruppen beleuchtete. Die Genossen Roske und Dittmann wandten sich scharf gegen die Denkschrift über die Hausflaverei, die dem Verlangen der Pflanzler nach Verlängerung der Sklaverei über 1920 hinaus Rechnung trägt und gegen die amtlichen Begünstigungen und Förderungen des Sklavenhandels; Roske verwies auf Loskaufschiffe vom Bezirksamt Tabora über 120 Rupien und Ankerate in der „Kambata-Volt“, in denen Pflanzungsarbeiter zum Kauf und Verkauf angeboten werden, und betonte, daß die Sozialdemokratie ihre Haltung in der Bahnfrage von Garantien abhängig mache, die sie dafür erhalte, daß Vorgehens, wie sie vor Jahren in Krundi vorgekommen sind (Holl Schein) nicht wiederkehren. — Abg. Erzberger (Ztr.) berichtet über wahre Menschenjagden, die veranstaltet worden sind, um Arbeitskräfte für die Pflanzungen zu gewinnen. — Der Staatssekretär mußte an der Hand amtlich angestellter Untersuchungen bestätigen, daß schwere Uebergriffe und Grausamkeiten von Unteroffizieren und farbigen Soldaten mit Wiffen und Duldung weißer Offiziere und Beamten vorgekommen sind, und daß man in mißverständlicher Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen bei Anwerbung von Eingeborenen für Arbeiten in Pflanzereien Zwangsmaßnahmen zur Anwendung gebracht hat. Der Forderung des Staatssekretärs, der Kolonialverwaltung Vertrauen zu schenken, da sie mit Energie gegen alle Verwicklungen und Uebergriffe einschreiten werde, trat Genosse Bedebout in scharfer Polemik entgegen. Er beklagte den weiteren Mangel sanitärer Einrichtungen in den Pflanzungen, der die Epidemien verschleudert, und wandte sich gegen die von der Regierung betriebene Auffassung, daß eine zu rasche Aufhebung der Sklaverei Zustände unter den Eingeborenen hervorufen werde. Als Staatssekretär Dr. Solf sich auf Artikel des Abg. Dr. Oussel in den „Sozial. Monatsheften“ bezog, um sie gegen die Sozialdemokraten in der Kommission auszuspielen, bedeutete ihm Roske, daß er mit diesem Text ebenfalls Glück haben werde, wie sie in früheren Jahren. Den Abg. Strabandl (Sp.), der sich zur Verteidigung der Regierung herausfuchte, legte Roske mit ziffernmäßigen Nachweisen über schamlose Eingeborenenausbeutung auf den Grund. — Genosse Dittmann forderte schließlich dem Reichstage vorzuliegende Ueberichten über den Mangel in den Besitz- und Nachverhältnissen der Pflanzungen in Ostafrika. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen, ebenso eine Resolution Raumann, die für nächstes Jahr Mittelungen verlangt über die Maßregeln, die zur Anbahnung voller Beseitigung der Hausflaverei bis 1920 getroffen werden müßten.

Nachdem noch beim Kapitel Militärverwaltung eine vom Abg. Waldlein (Sp.) angeregte Debatte über die Heranziehung des ostafrikanischen Schutzgebietes zur Erzeugung der Militärlieferanten, des Genosse Roske als Maßregel zur Wahrung der Reichsinteressen lebhaft begrüßt, geführt worden war, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

## Die Ankunft der Verbannten.

London, 24. Februar 1914. (Sig. Ber.)

Im Anschluß an unseren telegraphischen Bericht bringen wir noch folgende ausführliche Schilderung unseres Londoner Korrespondenten über das historische Ereignis, das sich am 24. Februar im Londoner Hafen zutrug.

Der 24. Februar wird ein Gedenktag in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung sein. Wohl noch nie ist ein Dampfer mit solcher Spannung erwartet worden wie die „Ungeni“, die heute morgen die neun verbannten Arbeiterführer aus Südafrika brachte. Die ganze vorhergehende Nacht hindurch herrschte auf der Themse ein ungewöhnliches Leben und Treiben. Jeder ankommende Dampfer wurde von neugierigen Booten umringt. In den letzten späten Laufenden in die Nacht hinaus. Niemand mußte, wo oder wann die „Ungeni“ ankommen würde; selbst die Regierung versicherte den Vertretern der britischen Arbeiter, von den Eigentümern nichts erfahren zu haben. Die Ursache dieser Geheimnisträumerei lag vielleicht lediglich in der Angst der Besitzer der „Ungeni“, die sich durch die Fortschaffung der neun Deportierten als Helfershelfer in dem südafrikanischen Gewaltakt schuldig gemacht haben und denen die Burtgewehre vor den britischen Gerichten wenig nützen werden. Wir waren so glücklich, uns mit den Vertretern des „Daily Citizen“ und der „Humanität“ dem Empfangskomitee anschließen zu können, das aus den Genossen Henderson, Anderson, Seddon, Appleton und Bowerman bestand und dem sich nach Middleton, der Sekretär der Arbeiterpartei und McKerrill, der Bruder eines der Deportierten angeschlossen.

Nach einer in Tilbury im Tilbury Hotel durchwachten Nacht, in der es nicht an falschen Meldungen und lächerlichen Streifzügen nach den Landungsstellen und den Docks fehlte, kam etwas vor 8 Uhr die Nachricht, daß die „Ungeni“ angekommen sei. Fast gerade gegenüber dem Hotel lag sie, von dem leichten Nebel eines schönen Februarvormorgens umhüllt, vor Anker. Wir bestiegen ein kleines Motorboot und fuhren auf den Dampfer zu, auf dem zuerst kein menschliches Wesen zu sehen war. Aber bald brachten unsere Durststiche die Passagiere aufs Deck. Der erste der verbannten Genossen, den wir sahen, war David McKerrill, ein Mitglied des Vorstandes der südafrikanischen Arbeiterpartei. Sein Bruder, der bei uns im Boot war, erkannte ihn sofort wieder. „David! David! David!“ rief er zu ihm hinauf. David blickte verduht auf das Anrufer von Booten, das sich inzwischen bei der „Ungeni“ angehalten hatte. Dann schallte es zurück: „Tom! Tom! bist du das?“ Nun kamen auch die anderen Südafrikaner herbei und Henderson nahm das Wort zur Begrüßung der Annehmungen.

Die Verbannten zogen sich zurück, erschienen aber bald wieder, und dann wandte sich der von ihnen zum Redner erlozene Genosse Bain an uns mit der Erklärung, daß sie gegen ihren Willen und ohne ihre Einwilligung an Bord des Schiffes geschafft worden seien und nicht beabsichtigen, es zu verlassen, ehe sie nicht nach Südafrika zurückgeschickt worden sind.

Hier befanden wir uns nun in einer seltsamen Situation. Was soll nun aus dem ganzen Feldzug werden, der in so großartiger Weise eingeleitet worden ist? Was aus dem Empfangsessen im Parlament, mit dem die britische Arbeiterklasse der Öffentlichkeit beweisen will, was sie von den gemeinen Verunglimpfungen, mit denen die kapitalistische Presse unsere südafrikanischen Genossen überschüttet hat, hält? Das waren die Gedanken, die uns alle beschäftigten. Henderson versuchte, die Südafrikaner von ihrem Entschluß abzubringen. Bain wies auf die Vorteile hin, die ihnen ihr Verhalten in dem kommenden gerichtlichen Verfahren bringen werde. Bain bat den Kapitän, den Genossen Henderson und ein oder zwei seiner Kollegen an Bord zu lassen; aber der Kapitän hatte strengen Befehl, dieses Verlangen abzuschlagen. Es blieb dem Komitee nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen und die Lage zu beraten. Vorher warfen die Afrikaner noch eine gemeinschaftliche Erklärung zu uns hinab, die der Presse mitgeteilt werden sollte. Wir geben ihren Wortlaut weiter unten. Wir erfahren von den Verbannten, daß sie nicht wüßten, wo man sie aufschiffen würde und daß sie auf der „Ungeni“ gut behandelt worden seien. Ehe wir von der „Ungeni“ abließen, rief Genosse Anderson den Verbannten zu: „Kannt Ihr noch die rote Flagge?“ Und bedort wir noch mit einstimmen konnten, hatten die neun die Hüte abgesetzt und begeistert und mit erhobenem Haupt das Kampfschild der englischen Sozialisten angeklammert.

Es war ein ergreifender und malerischer Anblick, der wohl bedient, von einem Meister im Wilde festgehalten zu werden. Wir konnten längs den Gang von der „Ungeni“ nicht mehr hören, als wir noch das Häuflein Soldaten der Internationale wahrnahmen. Sie standen in Reih und Glied, in der Mitte ihr Führer mit dem schneeweißen Haar, und sangen entblöden Hauptes und mit einem Ernste, der den Spöttern das Wort auf den Lippen erstarben ließ. Daran war nicht zu zweifeln: Sie meinten es mit ganzem Herzen, wenn sie sangen:

„Nügen auch die Freiglinge zurückzukehren und die Verräter können, wir wollen hier die rote Fahne doch im Winde flattern lassen.“

Nachdem das Empfangskomitee beraten hatte, fuhr es wiederum nach der „Ungeni“ hinaus. Nun machten die Deportierten den Vorschlag, die Besitzer des Schiffes telephonisch zu ersuchen, zwei Mitglieder des Komitees zu erlauben, an Bord zu kommen. Die Besitzer gaben die Erlaubnis und Henderson und Bowerman flüchteten, nachdem sie vorher ein juristisches Gutachten eingeholt hatten, nachmittags an Bord. Sie konferierten mit den Verbannten, die sich bereit erklärten, die „Ungeni“ zu verlassen. Ehe sie ans Land gingen, schickten sie einen schriftlichen Protest an den Kapitän und ließen sich von diesem eine Quittung darüber geben. Der Protest lautet:

„Werter Herr! Wir teilen Ihnen mit, daß alle Unterzeichneten bereit sind, unter Protest und ohne Verzichtserklärung irgendwelcher künftiger Schritte, die wir zu tun beschließen, zu landen.“

Gezeichnet ist der Brief von J. T. Bain (Sekretär des Transvaaler Gewerkschaftsbundes), J. Watson (Vorsitzender des Transvaaler Gewerkschaftsbundes), G. J. Bontama (Sekretär der Eisenbahner Südafrikas), K. B. Watson (Sekretär der südafrikanischen Arbeiterpartei), G. B. Watson (Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes), W. S. Morgan (Organisator der Transvaaler Bergarbeiter), A. Erasmus (Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes), W. Livingstone (Arbeiterunion), D. McKerrill (Vorstandsmitglied der südafrikanischen Arbeiterpartei).

Nachdem die neun Verbannten in dem Motorboot des Empfangskomitees ans Land gebracht worden waren, marschierten wir im Zuge nach der Station Gravesend. Auf der Station wurde Genosse Bontama gleich von den englischen Eisenbahnern umringt, die ihm herzlich die Hand schüttelten. Um 5 Uhr kam der

Zug in London an, wo die Verbannten im Grosvenor-Hotel in dem Tottenham Court Road Unterkunft fanden. Das Aussehen der Gänge verriet die Umstände ihrer Gefangennahme. Zwei hatten nicht einmal einen Hut auf. Einige kleine Handtaschen bildeten das ganze Gepäck. Einer hatte seine ganzen Habfeligkeiten in einer Zigarrerkiste untergebracht. Bontamas Gepäck bestand aus einer Handtasche, die er mit sich führte, als er auf dem Wege von einer Versammlung zur anderen verhaftet wurde, und ein Paket aus braunem Papier. Er lag in einem Sommeranzug im englischen Winter an. So wie man sie auf der Straße, in der Versammlung oder in der Wohnung ergreifen, hatte man sie bei Nacht und Nebel fortgeschafft. Nicht der Verbannten sind typische englische Gewerkschafter, die sich körperlich und geistig nicht von den sozialistisch denkenden Arbeitern dieses Landes unterscheiden. Der in Holland geborene sprachkundige Bontama verriet auf den ersten Blick den Kontinentalen; seine politischen und gewerkschaftlichen Ideen sind die der deutschen Sozialdemokratie. Der Sekretär der südafrikanischen Eisenbahner ist ein gebildeter, belehener und bedächtig urteilender Mann. Wer mit ihm in Berührung kommt, wird sich wundern, wie sich die kapitalistische Presse erdreisten konnte, ihm den Charakter anzudichten, der nach Smuts' Erklärung die Ursache seiner Verbannung ist. Der alte Bain sieht wie ein Patriarch aus, dessen gläubende Liebe zur sozialistischen Arbeiterbewegung den Jüngeren Mut und Vertrauen einflößt. Auf der Landungsbrücke in Gravesend gab es in warmen Worten seiner Freunde über die Anwesenheit der Vertreter der kontinentalen sozialistischen Presse Ausdruck.

Die Erklärung, die die neun Verbannten der Presse übergeben, lautet:

Die oben genannten Beamten wurden wegen ihrer Teilnahme an dem Eisenbahnerstreik vom 8. Januar und an dem Generalstreik, der von dem Transvaaler Gewerkschaftsbund am 13. Januar 1914 erklärt wurde, verhaftet und deportiert. Wir sind der Ansicht, daß der Inhalt dieser Mitteilung für jeden Bürger von solch hoher Wichtigkeit ist, daß wir jedermann, in dessen Hände sie fallen mag, ersuchen, sie in sorgfältiger Erwägung zu ziehen.

Es ist hier notwendig, zur Information des Publikums festzustellen, daß der Transvaaler Gewerkschaftsbund in den Eisenbahnerstreik vom 8. Januar verwickelt wurde und gemäß der Abstimmungsergebnisse aller angeschlossenen Gewerkschaften am Dienstagabend, den 13. Januar 1914, einen Generalstreik erklärte. Wegen der großen Zahl der in Betracht kommenden Bergarbeiter und der eigentümlichen Art ihrer Arbeit wurde beschlossen, daß diese am Abend des folgenden Tages, 14. Januar, die Arbeit einstellen sollten. Am selben Tage wurde von der Unionregierung das Kriegsrecht proklamiert. Zu gleicher Zeit wurde die Verteidigungsmacht mobilisiert und die Burenstreitmacht, die sich fast ganz aus Winterwäldern zusammensetzt, wurden zu den Waffen gerufen und dazu benutzt, um britische Arbeiter, die in Streik getreten waren, zu terrorisieren.

Zu dem Zeitpunkt, dem wir oben erwähnen, nahmen sich diese Leute wie waghalsige Kaskaden, ritten unbewaffnete Leute nieder, verhafteten wahllos Hunderte von Personen, drangen in Privathäuser ein und verhafteten die Bewohner und warfen sie ins Gefängnis, ohne daß diese ein Verbrechen begangen hätten; gegen 1000 Personen, die meist den verschiedenen Gewerkschaften der südafrikanischen Arbeiterpartei angehörten, wurden verhaftet. Der ganze Vorstand der Maschinenbauer wurde während einer Vorstandssitzung verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Viele der Verhafteten wurden auf 21 Tage, andere auf unbestimmte Zeit eingesperrt. Ganz Johannesburg und das Reef wurde von der bewaffneten Macht besetzt und am Donnerstag, den 18. Januar, wurde die Trödele Hall, die sich in einem inneren Teile Johannesburgs befindet und wo sich das Hauptquartier des Gewerkschaftsbundes, des Generalstreikkomitees und verschiedener anderer gewerkschaftlicher Organisationen befand, und wo das Streikkomitee ununterbrochen saß und von wo aus der Streik geleitet wurde, von 5000 bewaffneten Truppen umringelt und beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wurde auf das Gebäude gerichtet. Der Gewerkschaftsbund protestierte dagegen, daß man unbewaffnete Männer mit der bewaffneten Streitmacht der Regierung bedrohe. Trotz der Tatsache, daß weder von dem Militär noch von der Polizei vorher Einlass begehrt worden war, drohte der beschlagnahmende Offizier, Major Douglas, daß er, wenn sich das Streikkomitee nicht ergäbe, die unter seinem Kommando stehenden Streikkräfte gebrauchen würde, um das Gebäude anzugreifen. Um Blutvergießen zu vermeiden, ergab sich das Streikkomitee, das sofort von einem starken Aufgebot von Leuten mit aufgepflanztem Bajonett umringt wurde und mit anderen, die vorher verhaftet worden waren, ins Gefängnis im Fort geschickt wurde.

Eine Anzahl der bei der Trödele Hall Verhafteten wurden ein paar Tage später vor ein laiales Gericht gestellt und da man sie keines Verbrechens überführen konnte, wurden sie freigesetzt. Am Mittwoch am 23. Januar wurden die oben genannten Leute aus dem Schlafe gewacht, aus ihren Zellen geführt und im Glauben, daß man sie nach Pretoria bringen würde, aus dem Gefängnis genommen und unter harter militärischer Bewachung im Gefängniswagen nach dem Bahnhof eines Vororts gefahren, wo ein Sonderzug auf sie wartete. Während sie unter dem Einbruch standen, daß sie nach Pretoria verlegt wurden, fand sie der Morgen auf der Kotaler Eisenbahnlinie, nach Durban fahrend, wo der Zug am folgenden Tage (27. Januar) um Mitternacht eintraf. Hier wurden sie wieder von einer starken bewaffneten Begleitung in Empfang genommen und gewaltsam trotz ihrer Proteste an Bord des Dampfers „Ungeni“ geschafft, eines der Royal-Linie gehörenden Dampfschiffe, das von den Behörden zu dem Zweck zurückgehalten worden war, um die Gefangenen nach England zu schaffen. Trotz der Tatsache, daß der Offizier, der die Abstellung befehligte, versprochen hatte, daß ihnen nach der Ankunft in Durban gestattet werden würde, ihren Rechtsbeistand zu befragen, wurde ihnen nach der Ankunft dieses Rechts vorenthalten.

Nachdem sie an Bord der „Ungeni“ geschafft worden waren, wurde jeder von ihnen in seine Kajüte gebracht, in der und vor deren Tür ein bewaffneter Wache hielt, und dort gehalten, bis das Schiff die Dreimeilengrenze erreicht hatte. Erst als sie im Salon der „Ungeni“ dem Major Trew und anderen die Regierung beratenden Offizieren begegneten, wurden sie offiziell benachrichtigt, daß sie nach England deportiert werden. Die von dem Regierungsvertreter Major Trew den Gefangenen gemachte Erklärung lautete:

„Sie werden auf Befehl der Regierung nach England deportiert. Ich warne Sie, daß Sie, wenn Sie nach Südafrika zurückkehren sollten, verhaftet werden. Ich kann Ihnen den Grund Ihrer Deportation nicht angeben. Ich weiß nicht, wessen Sie angeklagt sind. Ich habe nur meine Befehle auszuführen. Wenn Sie es wünschen, wird Ihren Frauen und Familien freie Fahrt nach England gegeben werden und die Summe von drei Pfund für jeden Mann ist dem Kapitän des Schiffes eingehändigelt worden und wird Ihnen bei der Ankunft in England ausbezahlt werden. Sobald das Schiff die Dreimeilengrenze hinter sich hat, werden Sie freie Männer sein.“

Als der Major Trew fertig war, legten alle Gefangenen einen Protest gegen die ungesetzliche Handlungsweise der Regierung ein, die ihnen das Recht, sich an die Gerichtshöfe des Landes zu wenden, und das Recht, zu erfahren, wessen Verbrechen sie angeklagt seien, vorenthalten habe. Dann gab man den Gefangenen ein paar Minuten, in denen sie ihren Frauen und Verwandten scheidet konnten. Da nun die Dreimeilengrenze überschritten war, verließen der Major Trew und andere Offiziere den

Polizei und des Militärs das Schiff und die „Umgeni“ fehte ihre Reise nach England fort.

Alles wurde von den Behörden während der ganzen Zeit äußerst geheim gehalten; wäre die Absicht der Regierung einen Tag vorher bekannt geworden, so hätte man sich an die Gerichte gewandt, um die Regierung daran zu hindern, Personen zu deportieren, ehe diese eine Gelegenheit hatten, ihre Sache in den ordentlich zusammengefügten Gerichtshöfen des Landes zu verfechten.

Sieben von den deportierten Männern sind verheiratet und in dem Lande ansässig. Alle wohnen zwischen 12 und 25 Jahren in Südafrika; alle ihre Interessen sind dort konzentriert. Sie haben dort nach langen Jahren Arbeit und unter vielen Mühen, die das Leben des Arbeiters in allen neuen Ländern mit sich bringt, ihr Heim aufgeschlagen. Trotz der Tatsache, daß sie in den Personen ihrer Frauen und Familien und Heimstätten Südafrika Bürgerhaft genießen haben, werden sie jetzt nicht wie heimische Bürger und Ansiedler, sondern schlimmer wie verworfene Geschöpfe behandelt.

Was wir verlangen, ist das Recht, daß jeder britische Bürger, Anbieder und Arbeiter in Südafrika, der irgendeines Verstoßens gegen die Gesetze des Landes beschuldigt wird, berechtigt sein soll, in gebührender Weise aufgeföhrt zu werden, vor einem der anerkannten Gerichtshöfe des Landes zu erscheinen, um von diesen Gerichtshöfen entweder vernichtet oder entlassen zu werden.

Wegen der Tatsache, daß das Recht, uns an die Gerichtshöfe des Landes zu wenden, uns vorenthalten worden ist, wenden wir uns jetzt an das Volk Großbritanniens und an die Arbeiter der Welt mit der Bitte, uns beizustehen in dem Versuch, die jetzige Regierung daran zu hindern, die richterlichen Befugnisse der südafrikanischen Gerichtshöfe Südafrikas zu usurpieren und Südafrika, worauf man augenscheinlich bedacht ist, zu einer Burenkolonie anstatt zu einer britischen Niederlassung zu machen, die unter einer aufgeklärteren und gerechteren Regierung noch die Heimat vieler Tausender britischer Männer und Frauen werden wird.

Mit dieser Hoffnung übergeben wir diese Erklärung der Presse und mit dieser Hoffnung erwarten wir vertrauensvoll die Entscheidung zwischen der unmissenden Reaktion der Unionsregierung und dem Gerechtigkeitsinn des britischen Volkes. Angenommen am 28. Februar 1914.

### Die Rechtsfrage der Deportation.

London, 27. Februar. Heute fand im Unterhause eine Konferenz zwischen der englischen Arbeiterpartei und den Führern der südafrikanischen Arbeiter statt, in der beschlossen wurde, die Rechtsfrage der Deportation der südafrikanischen Arbeiterführer bis zur Entscheidung des höchsten Gerichts durchzuführen und den Deportierten in dieser Beziehung jede Unterstützung abzugeben zu lassen.

## Aus der Partei.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei fordert in einem in der Parteipresse veröffentlichten Aufruf die Organisationen auf, die die 5-jährige Waise zur Wahrung einer würdigen Form ohne Alkoholausschank zu begehren, wie dies bereits im vorigen Jahre die Arbeiterpartei in Basel und Burgdorf getan hat. Man hat die Delegiertenversammlung der Arbeiterpartei Zürich mit 110 gegen 26 Stimmen bereits beschlossen, die diesjährige Waise ohne Alkohol durchzuführen und vorzuschlagen werden zahlreiche andere Orte sich dem guten Beispiel anschließen. Der Aufruf schließt: „Die Waise kann dadurch nicht verlieren, sondern nur gewinnen. Fort mit dem Alkohol am 1. Mai, dem Tage der Erkenntnis, der Sammlung, des Fortschritts, der Forderungen und des Protestes der Arbeiter, fort mit ihm am Ehrenlage der Arbeit und der internationalen Sozialdemokratie!“

Die norwegische Sozialdemokratie im Jahre 1913.

Auch das vorige Jahr weist ein kräftiges Vorwärtsschreiten auf. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 43.000 auf rund 50.000. Trotz der schwierigen Verbindungen im Innern gibt es jetzt Parteiorganisationen in jedem Teile des Landes. Auch die Presse hat sich kräftig weiterentwickelt. Es gibt 32 Parteiblätter; 24, darunter 9 Tageszeitungen, sind Eigentum der Partei, 4 gehören Genossenschaften und 4 Privatpersonen. — Große Erfolge brachten die Gemeindevahlen. Die Zahl der Gemeindevorsteher stieg um die Hälfte: von 1200 auf 1800, worunter 45 Frauen. In 3 Städten und 21 Landbezirken hat die Partei die Mehrheit in den Kommunalvertretungen.

## Aus Industrie und Handel.

Leute Eier. Die Eier haben im Januar des laufenden Jahres einen in diesem Monat sonst nicht wahrgenommenen hohen Preis erreicht. Im Kleinhandel stellte sich nach den Berichten von fünfzig preussischen Städten nämlich der Durchschnittspreis für ein Dutzend auf 10,7 Pf., oder 0,9 Pf. höher als im Januar 1913. Im Monat Januar der Jahre 1910 und 1911 wurde das Ei im Kleinhandel für 9 Pf. verkauft. Seitdem ist also eine Verteuerung um 1,7 Pf. eingetreten. Die höchsten Preise wurden während des Berichtsmontats im Rheinland bezahlt, wo in einzelnen Städten sogar 15 Pf. pro Stück erzielt worden sind. Dagegen stellte sich der Durchschnittspreis für Berlin auf nicht mehr als 9 Pf. Der Bedarf an Eiern hat im Januar wieder eine größere Ausdehnung erreicht als im Vorjahre. Die Einfuhr entwickelte sich im ersten Monat der Jahre 1911 bis 1914 in nachstehender Weise:

Januar	1911	1912	1913	1914
Menge in Doppelzentner	104.703	118.288	102.015	120.088
Wert in Millionen Mark	11,31	12,23	11,03	13,79

Die diesjährigen Einfuhrziffern gehen also über diejenigen der Vorjahre ganz erheblich hinaus. Während bisher Oesterreich-Ungarn an erster Stelle die deutschen Märkte mit Eiern versorgte, hat diesmal Rußland die höchsten Einfuhrziffern aufzuweisen.

## Soziales.

Vom Glend der Händholzarbeiter.

Unter Mitwirkung des Fabrikarbeiterverbandes hat Dr. Jörn eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in den Händholzfabriken veranstaltet. Seine Darlegungen stützen sich auf 600 von Arbeitern ausgefüllte Fragebogen, der größte Teil der ausgegebenen Bogen kam nicht zurück. Daß die Unternehmer Grund haben, die Aufhebung der bei ihnen herrschenden ibrillischen Zustände zu verhindern, beweisen manche von ihnen, indem sie durch Anschläge in der Fabrik vor einem Ausfüllen der Fragebogen warnten. Die trotzdem bekannt gewordenen Zustände erklären die Angst vor Vicht. Nach Ermittlungen auf Grund des Händholzarbeitergesetzes waren am 1. April 1912 in 76 Händholzfabriken in Deutschland 8035 Personen beschäftigt, davon 1704 männlichen und 2171 weiblichen Geschlechts. Das Hebernwesen des weiblichen Geschlechts läßt schon darauf schließen, daß die Löhne mindestens nicht übermäßig hoch seien. Sie sind sogar übermäßig schlecht; in den letzten Jahren wurden die schlechten Löhne noch weiter verschlechtert. Durch eine Erhebung des Fabrikarbeiterverbandes im Jahre 1907 wurden folgende Durchschnittswohnlöhne ermittelt: für Arbeiter 17,80 M., für Arbeiterinnen 9,08 M. Nach den Befragungen von Dr. Jörn ist seitdem der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter auf 18,84 M., für Arbeiterinnen auf 8,69 M. gefallen. Die Schäden des Händwaren-

steuergesetzes haben die Unternehmer gründlich auf die Konsumenten und die armen Arbeiter abgewälzt. Dabei ist die „Vollpartei“ Zentrum noch stolz auf dieses ihr Machwerk.

Im einzelnen gehen die Löhne noch sehr weit auseinander. Die Wochenlöhne für Männer schwanken zwischen 20,44 M. in Aken (Prov. Sachsen) und 12,04 M. in Janow (Pommern). Den höchsten wöchentlichen Durchschnittslohn für Arbeiterinnen weist Schmieberg (Prov. Sachsen) mit 12 M. auf; mit dem niedrigsten Durchschnittslohn von 5,24 M. paradiert Königsberg (Preußen). Daß solche Zimmerlöhne in einer der geundheitschädlichsten Industrien gezahlt werden könnten, sollte man wirklich kaum für möglich halten. Dabei sind die Arbeitszeiten, die das Erlangen eines der angeführten Wochenlöhne voraussetzt, nicht etwa gering. Wie Dr. Jörn feststellt, betrug die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit für Arbeiter 9,7 Stunden, für Arbeiterinnen 8,4 Stunden. Diese Zahlen färben aber mit hellen Farben. Die Erhebung erfolgte nämlich zu einer Zeit, als infolge des Händwarensteuergesetzes die meisten Fabriken nur bei verkürzten Arbeitszeiten tätig waren. Eine Erhebung der preussischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1912 ergab, daß von 1493 Händholzarbeiterinnen fast 90 Prozent täglich 10 bis 11 Stunden arbeiteten.

Dr. Jörn hat einige der besser bezahlten, meist im Afford tätigen Arbeiter, deren Einkommen über den Durchschnittslohn hinausgeht, in ihren Heimen aufgesucht. Wie die besitzbesitzenden Arbeiter (Einleger) in Aken — nicht leben, sondern ihr Dasein verbringen, davon geben wir nach den Schilderungen von Dr. Jörn ein paar Proben:

Der Mann im Alter von 29 Jahren verdient wöchentlich 22 bis 23 M. Er ist erst ein halbes Jahr in der Händholzindustrie beschäftigt und hat während dieser Zeit bei dieser anstrengenden Einlegerarbeit schon 88 Pfund abgenommen. Er ist außerdem nervenleidend und will sobald als möglich wieder aus der Händholzfabrik. Die Wohnung besteht 3 Zimmer und Küche, wofür 350 M. jährlich Miete gezahlt werden müssen. Ein Zimmer davon ist für 6 M. pro Woche abvermietet. In den übrigen beiden Zimmern schlafen die Eltern mit ihren fünf Kindern. Sie verfügen über 3 Betten. Fleisch gibt es nur am Sonntag, in der Woche werden Pfirsichfrüchte gelocht.

Der Mann verdient zeitweilig im Winter 1910 während 14 Tagen 22 M. Jetzt steht er sich wieder auf 20 M. pro Woche. Seine Tätigkeit als Einleger wird im Nordlohn bezahlt, und zwar erhält er für einen Wagen mit 15 Pressen 8 Pf., während der Tag vor der Steuer 10 Pf. betrug. Die Frau arbeitet mit in der Händholzfabrik an der Nähmaschine. Für Stube, Kammer und Küche werden 120 M. jährlich bezahlt. In der Kammer schlafen die Eltern und zwei Kinder. Die Stube, die eine Treppe tiefer liegt, wird für 250 M. pro Woche abvermietet. Der Mann ist lungenkrank und fast nervös. Seine Hände zittern, außerdem sagt er, daß er schwer höre. Die Einleger müßten bei ihrer Arbeit laut schreien, um sich verständlich zu machen, und könnten, wenn sie aus der Fabrik herauskämen, infolgedessen nicht gut hören.

Der Mann ist 43 Jahre alt. Sein durchschnittlicher Wochenverdienst beträgt 18 M., während er vor der Steuer 20 M. verdient hat. Er hat ein Auge eingebüßt. Die Wohnung besteht aus Stube, Kammer und Küche, wofür 156 M. jährlich gezahlt werden. Es wohnen darin die Eltern mit drei Kindern. Sie ist sehr ungesund. Die Kammer sieht direkt an das Dach, durch dessen offene Fugen der Wind hereinbläst und im Winter die Kälte dringt. Die ganze Familie ist lungenkrank. Für die Woche bleiben ihnen nach Abzug der Miete 15 M. zum Unterhalt. Deshalb kann es täglich nur Suppe und höchstens einmal Sonntags Fleisch geben.

Wie mögen nun dort die armen Teufel haufen und sich der göttlichen, von Junkern und Pfaffen verteidigten Weltordnung erfreuen? Die nur halb so viel als die hier herausgestellten Arbeiter verdienen? Wie der Verfasser berichtet, haben die Leute den Glauben an eine bessere Zukunft verloren. Das Elend machte sie hoffnungslos. Den härtesten Schlag verleiht ihnen das Händwarensteuergesetz. Auch die Fabrikarbeiter wissen, daß die Guben der Junker und Ultramontanen Schmerz und Elend für die Arbeiter im Gefolge haben. Das Schwarzgesetz des schwarzblauen Bloß brachte über viele Arbeiter namenloses Weh.

## Gerichtszeitung.

Zum Prozeß Keiling.

Der telegraphische Bericht über das Urteil gegen Keiling enthält eine Unrichtigkeit bei der Uebersetzung des Wahrspruches der Geschworenen und des Urteils. Die Geschworenen verneinten die Fragen auf Mord, auf Todschlag und die Frage berechtigter Notwehr, und bejahten allein die Frage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens. Keiling wurde darauf zu acht Monaten schweren Arrest (nicht Kerker) auf Grund des § 335 des Strafgesetzbuchs verurteilt. Schwere Arrest entspricht ungefähr in der Art der Strafe dem deutschen Gefängnis.

Die von uns angestellten Recherchen haben ergeben, daß der durch Keiling auf eine Annonce in der „Morgenpost“ hin vermittelte Arbeitswille nicht Hinz sondern Richard Genz heißt und aus Dranienburg stammt. Er ist ein durch den Alkoholkonsum leider bis zum Streikbrecher gesunkener Mann. Seine sechs Brüder sind sämtlich gewerkschaftlich und politisch organisiert und bedauern lebhaft, daß ihr Bruder so aus der Art geschlagen ist.

Aufgehobenes Verbot der Abhaltung eines Vereinsvergügens.

In einem Verwaltungsakt, der am Freitag das Oberverwaltungsgericht beschäftigte, spielte auch die Frage hinein, inwiefern die Polizei von Vereinsvorsitzenden auf Grund allgemeiner polizeilicher Befugnisse Auskunft verlangen könne. An sich handelte es sich um die polizeiliche Verhinderung eines gewerkschaftlichen Vereinsvergügens.

Dege, der Vorsitzende des Zweigvereins Halle des Deutschen Banarbeiterverbandes, hatte der Ortsbehörde in Landsberg (Kreis Delitzsch) angezeigt, daß die Zahlstelle Delitzsch am 29. Juni 1913 im Ratsteller zu Landsberg ein geschlossenes Vereinsvergügens abhalten werde und daß die Vergügenssteuer von Schmitz in Landsberg entrichtet werden würde. Man hielt sich zu dieser Anzeige verpflichtet, mit Rücksicht auf den geplanten geschlossenen Charakter des Festes aber nicht zur Einholung einer Genehmigung. Bei Dege meldete sich nun die Polizeiverwaltung von Landsberg, indem sie anheim stellte, ihr die Statuten des Vereins und ein vollständiges Verzeichnis der Landsberger Mitglieder eingzureichen.

Die Behörde jede gesetzliche Verpflichtung dazu. Die Polizeiverwaltung erklärte darauf, daß sie bei ihrer Aufforderung verbleiben müsse, sonst dürfte das geplante Sommervergügens im Ratsteller nicht stattfinden. Es läge die Vermutung nahe, daß das beabsichtigte Sommervergügens nur unter dem Namen und Deckmantel eines Vereinsvergügens der Zahlstelle befristet werden, um die Vorschriften über öffentliche Tanzlustbarkeiten zu umgehen.

Dege beschwerte sich vergeblich beim Landesrat und beim Regierungspräsidenten in Merzburg. Dann legte er gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht ein beantragte die Aufhebung jener polizeilichen Verfügung. In der Klage schrift wurde geltend gemacht, es handle sich um einen geschlossenen Verein, dessen geschlossenes Vergügens keiner Genehmigung bedürfte; es dürfe nicht verhindert werden und die Polizei dürfe seine Zulassung auch an seine Bedingung knüpfen. Den Klager vertrat vor dem Oberverwaltungsgericht Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann. Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt und setzte die polizeiliche Verfügung außer Kraft. Gründe: Zunächst des Charakters der polizeilichen Verfügung sei der Senat zu der Ansicht gelangt, daß sie das Verbot der geplanten Lustbarkeit ausbreite

und nicht eine polizeiliche Auflage, Statuten und Mitgliederverzeichnis einzureichen. Das Verbot hätte aber nur ausgesprochen werden können, wenn die Polizei in der Lage gewesen wäre, Tatsachen festzustellen, woraus ein öffentlicher Charakter der Lustbarkeit zu entnehmen gewesen wäre. Die Polizeiverwaltung habe das aber nicht festgestellt, sondern sie habe gerade erklärt, daß sie das erst nachprüfen wolle und dazu Statuten und Mitgliederverzeichnis brauche. Das Verbot sei demnach als ungeschickfertig aufzuheben. Am allgemeinen wäre aber darauf hinzuweisen, daß nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die Polizeibehörden berechtigt wären, auch von Vereinen, die festliche Veranstaltungen anmelden, Auskunft zu verlangen, sowie daß es möglich sei, daß auch die Auskunft in Form von Einreichung von Statuten und eines Mitgliederverzeichnisses gefordert werde. Die Voraussetzung liege aber hier nicht vor, weil der Senat ja die Verfügung nicht als eine Verfügung in diesem Sinne, sondern als Verbot der Lustbarkeit auffasse.

### Ein Streifprozeß.

Fünf Kutscher der Firma Schmiediger in Berlin waren in den Streif eingetreten, weil die Firma einen Vertrauensmann entlassen hatte. An Stelle der Streifenden waren Arbeitswille getreten. Eines Nachmittags begegnete den Angeklagten der arbeitswille Kutscher Neumann. Als dieser den Streifenden höhnische Worte zuzief, fielen sie in großer Erregung dem Pferde in die Jügel, so daß der Wagen nicht weiter konnte. Die Angeklagten sollen die Reine des Wagens zertrümmert haben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte beantragte der Staatsanwalt je eine Woche Gefängnis mit Rücksicht darauf, daß Arbeitswille besonders zu schützen seien. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fren, suchte nachzuweisen, daß die Schuld der Angeklagten nicht voll erbracht sei, daß auch eine Rötigung nicht vorliege, wenn man dem Pferde in die Jügel falle. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht Bauer wegen Sachbeschädigung zu 50 M. Geld wegen verletzter Rötigung ebenfalls zu 50 M. Strafe und sprach die anderen drei Angeklagten frei, da ihre Schuld nicht genügend erwiesen sei. Erwiesen sei nur, daß Bauer die Reine zertrümmert habe und Hesel dem Pferde in die Jügel gefallen sei. Es liege nicht nur eine unmittelbare, sondern eine mittelbare Rötigung vor. Bei der Strafmaßung wurde erwogen, daß die Angeklagten wohl gereizt worden seien, es andererseits aber die Pflicht der Gerichte sei, die Arbeitswille zu schützen.

### Der Fodenprozeß vor dem Reichsgericht.

Das bereits gestern auf Grund eines Telegramms gemeldete Urteil des Reichsgerichts in der Strafsache gegen die Frankfurter Ärzte Dr. Spohr und Dr. Wag Bohem wurde wie folgt begründet: In der Revision der Staatsanwaltschaft spielt eine erhebliche Rolle die Ausführung, daß der Angeklagte Dr. Spohr seine Tochter so wohl wie seine Cousine Frau Dr. Strüdmann hätte impfen lassen müssen, bevor er, der selbst an den Foden erkrankt war, sie in seine Nähe kommen ließ. Ob diese Einwendungen gegenüber den Ausführungen der Strafkammer durchschlagen, kann dahingestellt bleiben, weil das Urteil auch sonst einen Rechtsirrtum erkennen lasse. Der Angeklagte Dr. Spohr hat bereits am 4. oder 5. Mai gewußt, daß er die eisten Foden habe. Gleichwohl hat er gebuhelt, daß seine Cousine Frau Dr. Strüdmann sein Krankenzimmer betrete und ihm die Hand reichte. Er hat zweifellos als Arzt gewußt, daß er dadurch eine Gefahr der Ansteckung herbeiführte und die Foden auf seine Cousine übertragen könne, was ja dann auch der Fall gewesen ist. Der ursprüngliche Zusammenhang und die Fahrlässigkeit scheinen demnach gegeben zu sein. Was die Ansteckung der Reinen Tochter des Dr. Spohr betrifft, so steht jedenfalls die Tatsache fest, daß er, bevor er nach der Schweiz reiste, das Kind nach Hause hat zurückkehren lassen, nachdem er es vorher, was durchaus angemessen war, daraus entfernt hatte, und daß diese Rückkehr zu einer Zeit erfolgte, als Frau Dr. Strüdmann noch im Hause war. Tatsächlich ist im Turnapparat zu Boden gefallen, von der Mutter aufgehoben worden ist, welche die Frau Dr. Strüdmann gepflegt hatte. Es wird Sache der tatsächlichen Feststellung sein, ob der Angeklagte Dr. Spohr diese Möglichkeit der Ansteckung voraussehen konnte.

### Ein Bücherrevisor wegen Verführung von Schulkindern verurteilt.

Das Landgericht in Hamburg verurteilte gestern den Bücherrevisor Schilles wegen Verführung von Schulkindern zu einem Jahre sechs Monaten und dessen Hausbälterin Schlimann wegen Beihilfe zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

## Versammlungen.

Staatskirche und Sozialdemokratie.

Der Wahlverein für den fünften Kreis veranstaltete am Dienstag eine Mitgliederversammlung, in der Genosse Unger über das Thema „Staatskirche und Sozialdemokratie“ sprach. Das Verhältnis unserer Partei zur Kirche begehrte der Redner dem Sinne nach so: Bei aller Toleranz, die wir der religiösen Empfindung jedes einzelnen schuldig sind, haben wir die Kirche, wo sie im Dienste der Herrschenden unseren Bestrebungen entgegentritt, entschieden zu bekämpfen. — Dem beifällig ausgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion, hervorgerufen durch die Ausführungen eines Redners, welcher verlangte, daß die Partei auch die Kirchenaustrittsbewegung propagieren müsse. Von diesem Standpunkt ausgehend, verurteilte dieser Redner den Aufstuf des Parteivorstandes, welcher besagt, daß die Partei mit der Propaganda des Austritts „Konfessionslos“ nichts zu tun hat. — Demgegenüber betonten andere Diskussionsredner sowie der Referent, daß die Parteibewegung mit der Bewegung für den Kirchenaustritt nicht verwechselt werden könne. Es sei nicht Sache der Partei, ihren Mitgliedern das Ausscheiden aus der Kirche zur Pflicht zu machen. Selbstverständlich bekämpfe die Partei die Kirche als eine staatsliche Einrichtung, welche den Interessen der Herrschenden dienl, und demgemäß fordere die Partei Trennung der Kirche vom Staat und Befreiung der Schule von der kirchlichen Bevormundung.

Marktbreise von Berlin am 26. Februar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volkseigenen Handelsrats. Reis (misch), gute Sorte 16,90—17,20, Danau 00,00—00,00, Reis (runder), gute Sorte 14,50—14,90, Nichtstrog 0,00 bis 0,00, Heu 0,00—0,00.

Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00, Bohnen, weiße 25,00—30,00, Linsen 40,00—50,00, Kartoffeln (Rheinl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,80—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00, Rindfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,20—6,00, 1 Kilogramm Karden 1,20—2,40, Kafe 1,60—3,20, Sander 1,20—3,20, Gete 1,40—2,20, Barche 0,80—2,20, Schale 1,60—3,20, Mele 0,80—1,60, 60 Stück Rechte 3,80—21,00.

### Witterungsbericht vom 27. Februar 1914.

Stationen	Temperatur hohes nachts	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Temperatur hohes nachts	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter
Zwettendorf	7,5	SW	1	Trüb	Dabrand	7,5	SW	2	bedeckt
Danzburg	7,5	SW	1	Trüb	Berlin	7,5	SW	1	bedeckt
Berlin	7,5	SW	1	Trüb	Wien	7,5	SW	1	bedeckt
Frankfurt	7,5	SW	1	Trüb	Wien	7,5	SW	1	bedeckt
München	7,5	SW	1	Trüb	Wien	7,5	SW	1	bedeckt
Wien	7,5	SW	1	Trüb	Wien	7,5	SW	1	bedeckt

### Wetterprognose für Sonnabend, den 28. Februar 1914.

Wenig trübe und neblig bei meist veränderter Temperatur und mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Kaffee**  
frisch gebrannt,  
1-Pfund-Paket

**1.10**

**Kakao**  
garantiert rein,  
Pfund

**68 Pf.**

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Lebensmittel

Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgenommen.

**Rückenfett**  
Pfund

**50 Pf.**

**Liesen**  
Pfund

**60 Pf.**

### Wurstwaren

Rot- od. Zwiebelwurst	Pfund	55 Pf.
Sülzwurst	Pfund	65 Pf.
Landleberwurst	Pfund	85 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund	1.05
Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund	1.00
Jagdwurst	Pfund	1.00
Teewurst	Pfund	1.10
Gervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Schinkenspeck	Pfund	1.05
Nusschinken	Pfund	1.35
Speck fett	Pfund	78 Pf.
Speck mager	Pfund	85 Pf.

### Kolonialwaren

Erbisen	Pfund	18, 20 Pf.
Erbisen geschält	Pfund	24 Pf.
Bohnen	Pfund	17, 20 Pf.
Linzen	Pfund	16, 20, 25 Pf.
Reis	Pfund	16, 20, 25 Pf.
Hartgries	Pfund	23 Pf.
Pflaumen getrocknet	Pfund	28 Pf.
Backobst	Pfund	38, 48 Pf.
Haushalt-Schokolade	Pfund	68 Pf.
Kaffee frisch gebrannt	1/2-Pfund-Paket	60, 65, 70 Pf.

### Konserven

Schnittbohnen	1/2 Dose	28 Pf.
Kohlrabi in Scheiben mit Grün	1/2 Dose	28 Pf.
Spinat	1/2 Dose	40 Pf.
Gemüse-Melange	1/2 Dose	43, 48 Pf.
Gemüse-Erbisen	1/2 Dose	38 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose	75 Pf.
Stangenspargel	1/2 Dose	1.10
Kirschen mit Stein	1/2 Dose	70 Pf.
Mirabellen	1/2 Dose	78 Pf.
Pflaumen mit Stein	1/2 Dose	42 Pf.

### \* Obst und Gemüse

Apfelsinen Dutzend	20, 30, 40 Pf.
Zitronen Dutzend	25, 35 Pf.
Mandarinen	Pfund 18, 28 Pf.
Essäpfel	Pfund 15 Pf.
Musäpfel	Pfund 18 Pf.
Blumenkohl	Kopf 10, 15 Pf.
Rosenkohl	Pfund 15 Pf.
Rot- oder Wirsingkohl	Pfund 6 Pf.
Weisskohl	Pfund 4 Pf.
Mohrrüben	3 Pfund 10 Pf.

* Hirschblatt	Pfund	60 Pf.
* Kaninchen gestreift	Stück	85, 1.10

* Frische Eier Mandel	90, 95 Pf.
* Kassler	Pfund 73, 78 Pf.

* Kühner	Stück	1.50, 2.25
* Kartoffeln	Zentner	1.95 frei Haus 2.35

### Butter und Käse

Molkereibutter	1/2 Pfund-Paket	63 Pf.
Schweizer Käse	Pfund	85, 95 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	68, 78 Pf.
Limburger Käse	Pfund	38 Pf.
Gamembert	Stück	18 Pf.
Harzer Käse	5 Stück	10 Pf.
Faust- od. Spitzkäse	3 Stück	20 Pf.

### \* Frisches Fleisch

Schweineschulterblatt i. Ganzen	Pfund	65 Pf.
Kotelettes	Pfund	85 Pf.
Schweinebauch	Pfund	65 Pf.
Schweineköpfe	Pfund	35 Pf.
Goulausch od. Gehacktes	Pfund	65 Pf.
Querrippe	Pfund	70 Pf.
Kalbskeule im Ganzen	Pfund	95 Pf.
Kalbskamm oder Bug	Pfund	75 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	85 Pf.
Hammelkeule im Ganzen	Pfund	90 Pf.

### Räucherwaren

Sprotten	Pfund	45 Pf.
Bücklinge	4 Stück	10 Pf.
Makrelen-Bücklinge	3 Stück	20 Pf.
Fludern	Pfund	38 Pf.
Lachs geräuchert	1/2 Pfund	30 Pf.
Sardellen	Pfund	58 Pf.
Matjes-Heringe	Stück	9, 12 Pf.

### Todes-Anzeigen

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Willi Muhme** St. 55 gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligengraben-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Kordens aus statt.

Dener starb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Bruno Ende** Gr. Str. 2 am 28. d. Mts.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligengraben-Kirchhofes in Nuthenbeck aus statt.

Dener starb unser Mitglied, der Schlichter **August Sonnenberg** Reutbahn, Ringbahnstr. 16 an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reutbäcker-Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.**  
Am Donnerstag, den 26. Febr., verstarb nach langen, schmerzhaften Leben im Städtischen Krankenhaus unser ehemaliger langjähriger Vorsitzender, der Kamerad **Karl Plötz** Samariter Str. 6 im 68. Lebensjahre.  
Ohne seinem Andenken! Bege Beteiligung erwartet 113/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler u. Portefeuller Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 25. Februar verstarb unser Mitglied der Militärbranche, **Karl Sitz** Berufstatt Guremann.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, aus dem Heiligengraben-Kirchhof, Mariendorf, Eisenhofer Straße, statt.  
156/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droßkoffenführer **Gustav Faustmann** am 25. d. Mts. im Alter von 62 Jahren verstorben ist.  
Ohne seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Heiligengraben aus statt.  
62/17 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Buchhändler-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Hugo Ahner** plötzlich gestorben ist.  
Ohne seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Simeons-Kirchhof in Britz, Tempelhofer Weg, statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet 23/9 Die Ortsverwaltung.

Am 26. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leben meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter **Martha Altmann** geb. Schrader im 50. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen: **Joseph Altmann** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Heiligengraben aus statt.

Am 26. Februar entfiel (nach) nach schwerem kurzen Leben mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder, der **Rudolf Roedel**.  
Dies zeigt tiefbetrubt an **Emma Roedel** und Kinder.  
Lichtenberg, Ladbörger Str. 37, den 27. Februar 1914.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes in Marijahn aus statt. 96/1

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen meinen herzlichsten Dank. 10815  
Fr. Hedwig Löwenhagen, Mariendorf.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

**Ortskrankenkasse**  
für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin.  
**Bekanntmachung**  
des Ergebnisses der Wahl des Ausschusses der Arbeitnehmer am 23. Februar 1914. Abgegeben waren 5027 Wahlstimmen, davon waren gültig 5004 Stimmen. Es erhielt Liste I 4313, Liste II 99, Liste III 533 und Liste IV 59 Stimmen. Es sind danach von Liste I die in derselben an erster Stelle benannten sechsunddreißig Arbeitnehmer als Ausschussmitglieder bis 31. Dezember 1917 und die in derselben Liste weiter benannten 72 Mitglieder als Gehilfen für die gleiche Zeit gewählt.  
Liste III erhält die in der Liste zuerst benannten vier Arbeitnehmer als Ausschussmitglieder und die in der Liste weiter benannten acht Arbeitnehmer als Gehilfen für die gleiche Zeit bis 31. Dezember 1917.  
Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Bezirksamt der Stadt Berlin angefochten werden. 269/11  
Der Vorstand.  
Emil Soelle, Vorsitzender.  
Dito Kube, Schriftführer.

**Frankfurter Herren-Moden**  
Gediegene  
**Mass-Anfertigung**  
guter Sitz garantiert. — Vernehmer  
**Anzug oder Paletot**  
zu 3 Einheitspreisen  
**35.- 42.- 48.-**  
am **Alexanderplatz**  
Eingang Prenzlauer Str. 32

**Hautleiden**  
Nicht bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbar heilende Medizin, die mich vollständig von dem schmerzhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. **Gustav Ziching, Wägelin** (Bez. Halle).  
Die patentamtlich in Berlin geschützten **Hautpillen** in allen Vororten in allen Apotheken zu haben.  
Bestand nach auswärts durch Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangelstraße 47. Selbstkosten gratis.

**Vornehme Herren-Kleidung**  
fertig und nach Mass  
Garant: Tadellos, Sitz, feinste Verarbeitung!  
Teilzahlung gestattet.  
**J. Kurzberg & Co.**  
Mass-Schneiderel  
Gegründet 1898  
Rosenthaler Str. 36  
I. Etage  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstraße  
Reinickendorfer St. 4  
Weddingplatz.

**Monats-Garderobe!**  
4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Bund- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Frühjahrs- und Sommer-Anzüge sowie v. Kavalieren getragene, fast neue Sachen (o. Zeile), 1. jed. Stück billiger in größter Auswahl g. unübertroffen billigen Preisen.  
1 St. des halbjährigen Mietens haben.  
**Hirsch Kieferbaum, Wasportstr. 13/13**

**Westmann**  
Mohrenstrasse 37a, nahe Jerusalemer Str.  
Gr. Frankfurter Str. 115, nahe Andreasstr.  
**Sonder-Angebot für 3 Tage!**  
**Mcde'l-Kostüme mit 25% Ermäßigung**

für 3 Tage	
24, 33, 48, 60-150 M.	(reg. 32 41 64 75 bis 200 M.)
für 3 Tage	
45, 58, 72-250 M.	(reg. 60 85 102 bis 325 M.)
für 3 Tage	
8, 12, 15, 18-33 M.	(regulär 25 1/2 teurer!)

**Konfirmanten-Kleider schon von 12 M. an!**  
Winter- (konfektion) Plüschmäntel, beste Qual., v. 33 100, sonst 70-120 M. Pelzmäntel, nur echte Felle, v. 100-600, sonst 220-1400 M. Ullster, mouleuse, weiche Stoffe, v. 8-30, sonst 24-60 M. Ullster, echt engl. Stoffe, von 35-75, sonst 75-160 M. Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

Zur Explosionskatastrophe in Lichtenberg-Kummelsburg.

Einsturz der Trümmerreste.

Die Aufräumungsarbeiten in der Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation...

Auch die Nebengebäude haben durch die furchtbare Explosion schwer gelitten.

Die Lichtenberger Feuerwehrt war gestern nachmittag noch mehrere Stunden auf der Unfallstätte tätig.

Im Laufe des gestrigen Spätnachmittags sind endlich auch die Leichen der beiden noch vermissten Arbeiter...

Die Leichen der zehn Todesopfer sind noch beschlagnahmt.

Die Schuldfrage

Bei der Explosion beschäftigt die Behörden sehr lebhaft. Wie festgestellt werden konnte...

Parteiangelegenheiten.

Bierler Wahlkreis. Am Sonntag, den 1. März, findet in den Union-Festlokalen...

An die westlichen Vororte!

Am Sonntag, den 1. März, mittags 12 Uhr, finden im „Albrechtshof“...

zwei öffentliche Versammlungen

statt in der Genossin Lugenburg und Genosse Rosenfeld über das Thema:

Militarismus, Krieg und Wir

sprechen werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der westlichen Vororte...

Niederbarnim.

Die Genossinnen, die an dem Kursus teilgenommen haben, treffen sich zur Besichtigung...

Lichterfelde. Am Sonntag findet zu den Gemeindevahlen eine allgemeine Flugblattverteilung statt.

Steglitz. Sonntagmorgen 8 Uhr findet im ersten Gemeindevahlbezirk...

Schmargendorf. Die Genossen werden ersucht, sich am Sonntag, mittags 12 Uhr...

Johannisdorf. Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, von den bekannten Stellen...

Dobendorf. Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, bei Wieje Außerordentliche Mitgliederversammlung...

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 1. März, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen...

Pankow. Morgen Sonntag, d. 1. März, früh 8 Uhr, Flugblattverteilung...

Nieder-Schönhausen. Morgen Sonntag öffentliche Gemeindevahlerversammlung...

Bernau. Die am heutigen Sonnabend fällige Mitgliederversammlung findet...

Mühlenbeck. Morgen, Sonntagmorgen 4 Uhr, im Gasthaus zur Sonne...

Berliner Nachrichten.

Mittagstisch für Ausländer.

Die rapide Entwicklung Berlins im letzten Vierteljahrhundert hat es mit sich gebracht...

Mitten im Herzen der Stadt, auch an ihrer nördlichen Peripherie, gibt es eine ganze Anzahl von Speisehäusern...

Wenn man in diese Gastwirtschaften als Fremder hineinschneit, umschwirren unbekannte Laute...

Aber nicht das Essen ist das Anziehende in diesen Lokalen; die Menschen interessieren sich mehr...

Die Karten kommen in folgenden Stellen zum Verkauf: Gustav Schmidt, Gneisenaustr. 72.

Zur Aufführung gelangt: Professor Bernhardt. Schauspiel von Artur Schnitzler.

Das Stück ist der Berliner Arbeiterschaft warm zu empfehlen. Es gibt ein Bild von dem Leben...

In Tempelhof sind Villen bei Irrgang, Dorfstr. 72, zu haben. Preis des Hauses 1,10 M. inkl. Zettel und Garderobe.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Westliche Berliner Vorortbahn muß wegen Gleisbaues...

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Ein sonderbarer Bescheid der Schuldeputation.

Zur Warnung für alle Erzieher in Schule und Familie teilten wir im Dezember 1913 ein Vorkommnis mit...

Inzwischen haben die weitestgehenden Judungen nachgelassen, und auch die Verschüchterung des Kindes ist geschwunden.

Auf Ihr Gesuch vom 28. Januar, die Umschulung Ihrer Tochter Nachhild betreffend...

Gegen Fräulein Baumann auch nur das Geringste zu beantragen, haben wir keinen Grund.

Was sollen die Eltern sich bei einer derartigen Antwort denken? Das mit den Gefahren der Erziehungsmethode...

Ganz rätselhaft ist der Beschluß des Bescheides. Der Wunsch eines Beschwerdeführers, ihm die etwa gegen die Lehrerin...

Auf die Eltern hat der Schuldeputationsbescheid mit seinem Schlußsatz wie eine Bräuterei gewirkt...

Der Geheimrevisor Professor Dr. Paul Wilhelm Magnus, hier selbst wohnhaft, hat zugunsten der Stadtgemeinde...

Eine nützliche Stiftung.

Der Geheimrevisor Professor Dr. Paul Wilhelm Magnus, hier selbst wohnhaft, hat zugunsten der Stadtgemeinde...

Elefantjagd in Berlin.

Auf dem Bahnhof Weihenstephan entpurrte gestern vormittag gegen 11 Uhr ein Elefant...

### Seltene Reklame.

Ein Leser sendet uns folgende Aufschrift: Als ich mit mehreren Kollegen am Montag, den 28. d. M., von der Arbeit kommend, die Wilhelmshofstraße in Ober-Schöneeweide entlang ging, begegnete uns ein kurioser Kutscher. Hinter einem Schlächterwagen wurde ein Pferd losgelassen nachgezogen.

Es war ein schwarzer Gaul, nur etwas schwach auf den Beinen. Leib und Hals bekränzt, zwischen den Kränzen, zu beiden Seiten des Pferdes, je ein großes Schild, worauf zu lesen stand:

„Heute wird dieses Pferd in der Mohlschlächtere von R. R., Nieder-Schöneeweide, Berliner Straße, geschlachtet.“

Dieser Aufzug erregte großes Aufsehen. Von mehreren Kollegen hörte ich am anderen Tage, daß der Mann mit seinem Gaul noch abends um 6 Uhr in Nieder-Schöneeweide herumgezogen ist, bis ein Gendarm der Sache ein Ende machte und ihn nach Hause schickte.

„Hoher“ Besuch überraschte uns gestern mittag in unseren Redaktionsräumen. Teddy Voss, ein erst 14 Jahre zählender, 2,07 Meter hoher englischer Riese meldete in Begleitung eines Führers, daß er sich im Passage-Kapitolium in seiner respektablen Erscheinung zeigen werde. Der junge Mann stammt aus London von normal großer Eltern. Auch seine Geschwister sind nicht über groß. Er war bisher als Farmarbeiter tätig. Den Riesen Maquonov übertrug Teddy um 16 Zentimeter.

### Zur Verstafflichung der V. G. W.

Der Berliner Stadtverordnete von Ipran am Donnerstagabend in einer vom liberalen kommunalen Verein Schöneberg einberufenen sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung, zu der auch Magistratsmitglieder und Stadtverordnete erschienen waren, über die Elektrizitätsversorgung der Kommunen. Der Vortragende stellte sich auf den Standpunkt, daß die Elektrizitätsversorgung eine noch viel größere Bedeutung erlangen würde wie heute. Neue Einnahmequellen müssen erschlossen und dazu die städtischen Werke leistungsfähiger und rentabler gemacht werden. Den oft erhobenen Einwand bürokratischer Verwaltung wies der Redner mit dem Hinweis auf die preussischen Eisenbahn- und Forstverwaltungen zurück. Der Charakter der Wohlfahrtseinrichtung sei mit Schuld an den geringen finanziellen Ergebnissen der städtischen Werke, die er im einzelnen beleuchtete. Falls es in Berlin zur Verstafflichung der V. G. W. kommen sollte, würden diese nicht schlechter gestellt sein als die Gaswerke mit ihren ansehnlichen Nebenprodukten. Das Risiko sei nicht bedeutend. Auch in Zukunft würden Gas und Elektrizität sich wie bisher ergänzen. Die V. G. W. hätten heute rund 45000 Abnehmer, darunter etwa 100 Großabnehmer, die städtischen Gaswerke dagegen je nach 1000. Der Konsum von Gas nehme zu und deshalb sei der Bau eines neuen Gaswerks an der Oberpyree schon geplant. Es sei angebracht, der Verstafflichung der V. G. W. ernstlich näher zu treten, um sie der Stadt zu sichern, ehe es zu spät sei.

Verschiedene Diskussionsredner stimmten der Ansicht des Redners zu.

### Das Ende des Maulkorbzwanges

für die „Groß-Berliner Hunde“ steht am nächsten Sonntag, den 1. März, bevor. Seit nächsten Montag ab können die Hunde wieder ihrer vollen Freiheit erfreuen, nachdem Ende Januar bereits der Keimzwang gefallen ist. Mit dem Aufheben des Maulkorbzwanges erreicht die längste Hundepetere, die Groß-Berlin überhaupt zu verzeichnen hatte, ihr Ende. Am 20. Februar v. J. wurde die Hundepetere verhängt; sie wird also am Sonntag genau ein Jahr und neun Tage gebauert haben.

„Die politische Korinthus“. Einen Lichtbildervortrag über dieses Thema hält der Genosse Robert Zsuzer am Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr, in den City-Festhallen, Dresdenstraße 22/23, im Auftrag des Arbeiter-Abteilens-Bundes. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf. Einladungen sind nur in der Bundesgeschäftsstelle, Engelstraße 19, und bei den Mitgliedern zu haben, da eine Abendkasse nicht stattfindet. Nach Beendigung des Vortrages: Gesellschaftliches Beisammeln.

### Schwerer Unfall eines Monteurs in Johannisthal.

Nachdem erst vor drei Tagen ein Arbeiter der Jeanmün-Werke lebensgefährlich verletzt worden ist, ist am gestrigen Freitagmittag wieder ein junger Monteur der Albatros-Werke von einem schweren Unfall betroffen worden. Der Schlosser Robert Lucas wollte den Motor einer Albatros-Maschine in Bewegung setzen. Die Maschine sprang jedoch nicht gleich an und so versuchte Lucas, ohne zu warten, ob die Maschinengänge richtig sind, die Hochspannungszugablen auszuwechseln, die die Schraube nochmals durchzubringen. Der Motor sprang nun unermittelt an und der Propeller brachte dem Monteur eine tiefe Kopfverletzung bei und riß am rechten Oberarm die Muskeln vom Knochen los. Lucas erhielt auf der Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann in das Priyer Kreiskrankenhaus gebracht.

„Straßenunfall“. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Donnerstagabend am Potsdamer Platz. Dort wollte ein Herr August Zeibler kurz vor dem Kriegerdenkmal 2781 der Linie 54 den Damm überqueren, wurde umgestoßen und erlitt einen Bruch des Rosenbeins und eine Gehirnerschütterung. Er erhielt auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann in seine Wohnung gebracht.

## Vorortnachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung verabschiedete am Donnerstag in einer Dauer Sitzung, die sich bis nach 1 Uhr nachts hingog, nicht nur die Inhabereitssteuerordnung und den ganzen Etat, sondern auch eine Reihe von Magistratsverordnungen, die fast ausschließlich Nachbewilligungen zu verschiedenen Etatspositionen betreffen.

Die Inhabereitssteuer wurde in der Gestalt, die sie im Ausschuss erfahren hatte und über die wir bereits berichtet haben, vom dem Referenten Stadtverordneten Reher empfohlen. Gleichzeitig beantragte der Referent namens der liberalen Fraktion eine Resolution, durch die der Magistrat ersucht wird, über die Ergebnisse der Steuer nach Ablauf des Kalenderjahres Bericht zu erstatten. Oberbürgermeister Dr. Scholz gab die Erklärung ab, daß der Magistrat den Änderungen des Ausschusses beistimmen werde; er würde es gern sehen, wenn die Stadtverordnetenversammlung die Stammphosphorsteuer wieder herstellen würde, aber auch wenn das nicht geschehe, werde er sich der Annahme der veränderten Vorlage nicht widersetzen. Namens der Sozialdemokraten führte Genosse Hirsch aus, daß die Vorlage trotz der vom Ausschuss beschlossenen Änderungen für seine Freunde nach wie vor unannehmbar sei. Die Sozialdemokraten seien prinzipielle Gegner von Sondersteuern, sie hätten es für unbillig, das Geld zu nehmen, wo man es finde und dabei die Grundzüge der Gerechtigkeit außer acht zu lassen. Auch die Liberalen hätten in der ersten Sitzung prinzipielle Bedenken geäußert, aber sie hätten ihr Prinzip, wie es oft, auch diesmal wieder verraten. Erfürmlich sei die Eile und die Heimlichkeit, mit der man die Vorlage abgetan habe. Man laue offenbar das Licht der Öffentlichkeit. Zum mindesten hätte man doch den Interessierten Gelegenheit geben müssen, sich dazu einzurichten. Das sei nicht geschehen, und aus diesem Grunde beantrage er, daß die Steuer frühestens am 1. Januar 1913 in Kraft treten dürfe. Die verheerenden Wirkungen, die die Inhabereitssteuer in anderen Städten angerichtet habe, hätte die städtischen Körperschaften abhalten müssen, die gleichen Wege zu beschreiten.

Es unterliege gar keinem Zweifel, daß zahlreiche Existenzen dadurch vernichtet werden. Nicht nur Besitzer von Kinematographentheatern, sondern auch viele Angestellte würden schwer geschädigt werden. Den größten Schaden hätten die Gastwirte, die nicht nur vom Reich und vom Staat, sondern auch von den Gemeinden fort und fort belastet würden. Ob die veranschlagte Summe einkommen werde, sei angesichts der Inflation auf anderen Gebieten zu erwartenden Ausfälle zweifelhaft. Nach der jetzigen Gestalt der Steuerordnung sei es nicht ausgeschlossen, daß auch die von Arbeiterorganisationen zu Bildungszwecken veranstalteten Lichtbildervorträge der Steuer unterliegen. Die Sozialdemokraten würden die Vorlage rundweg ablehnen, denn sie könnten es nicht verantworten, daß in so ungerechter Weise ein Teil unserer Bürger belastet und zahlreiche Genußbetreibende wirtschaftlich ruiniert werden.

Aus ähnlichen Gründen erklärte sich auch Stadtverordneter Jander für seine Person gegen die Steuer, während die Stadtverordneten Remann und Otto aus finanztechnischen Gründen dafür eintraten. Oberbürgermeister Scholz erklärte, daß nach der Auffassung des Magistrats Veranstaltungen von Vorträgen mit Lichtbildern, soweit sie nur Bildungszwecke dienen, steuerfrei bleiben sollen. Dieser Auffassung schlossen sich Vertreter aller Fraktionen an.

Genosse Sebert machte nochmals darauf aufmerksam, daß eine Abwälzung der Steuer gar nicht möglich sei. Der Magistrat berufe sich auf die Nachbargemeinden. Warum habe er denn das bei der Frage der Arbeitslosenversicherung nicht getan? Die ganze Vorlage sei Hals über Kopf gemacht, die Steuer werde uns keinen Segen bringen.

Darauf wurde zunächst mit 18 gegen 12 Stimmen der sozialdemokratische Antrag betreffend den Termin des Inkrafttretens der Steuer abgelehnt, und sodann mit 43 gegen 17 Stimmen die gesamte Steuerordnung angenommen. Die Resolution der Liberalen gelangte gleichfalls zur Annahme.

Den sozialdemokratischen Antrag betreffend Besoldungsaufbesserung der unteren Beamten und Arbeiter hatte der Staatsausschuss mit Rücksicht auf die finanzielle Tragweite abgelehnt. Genosse Dr. Vorchardt erklärte, daß seine Freunde den Antrag aufrecht erhalten, denn sie könnten in der Gestaltung des Etats keinen Grund sehen, die unzureichenden Bezüge gerade bei den schlechtesten entlohnten Angestellten nicht aufzubessern. Es sei sehr wohl möglich, der Stadt eine Reihe von Einnahmequellen zu eröffnen, so daß sowohl der Etat wesentliche vermindert werde, als auch die Bezüge der unteren Beamten und Angestellten erhöht werden könnten.

Aus der dann folgenden Etatsberatung heben wir folgende Einzelheiten hervor: Für die unteren Klassen der höheren Mädchenschulen hatte der Magistrat vorgeschlagen, das Schulgeld von 80 auf 100 M. zu erhöhen. Der Staatsausschuss hatte darüber hinaus ebenso wie bei den Vorjahren für Anaben eine Erhöhung auf 120 M. beschloffen. Gegen einen Antrag des Stadtverordneten Bollmann, es bei 100 M. zu belassen, wandte sich Genosse Vorchardt. Man könne sehr wohl von denen, die davon zurückstehen, ihre Töchter in dieselben Schulen zu schicken die die Kinder des Volkes brüchen, ein höheres Schulgeld erheben. Solche Personen könnten diese Steuer auf ihre Eitelkeit sehr wohl tragen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Ausschussantrages.

Für den Nachhilfeunterricht hat der Magistrat eine Summe von 50000 M. in den Etat eingestellt, der Ausschuss hat davon 10000 M. gestrichen. Genosse Dr. Vorchardt beantragte die Wiederherstellung dieser Position in der Höhe von 80000 M., wie sie auch der laufende Etat vorkäme. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen wurden die gestrichenen 10000 M. wieder eingestellt. Weiter hatte der Staatsausschuss entgegen dem Vorschlag des Magistrats eine Reihe neuer Lehrer- und Lehrereinnahmen bewilligt und sich dahin ausgesprochen, daß auch vorübergehend eine Erhöhung der Durchschnittsbesoldung der Grundklassen erfolgen darf, sondern daß im Bedarfsfalle neue Klassen errichtet werden sollen. Stadtverordneter Dr. Stadthagen befragte die bewilligten neuen Lehrstellen und gab der Ansicht Ausdruck, daß es gar nichts schade, wenn die Klassenfrequenz vorübergehend auch einmal erhöht wird. Nachdem Genosse Dr. Vorchardt und Stadtverordneter Otto diese bildungsförderlichen Tendenzen gebührend gekennzeichnet hatten, wurde der Antrag des Staatsausschusses angenommen.

In Armenetät hat der Ausschuss die Position bare Unterhaltungen um 100000 M. gekürzt und die Annahme einer Resolution empfohlen, durch die der Magistrat ersucht wird, auf die Armenkommissionvorscheher dahin einzuwirken, daß die zu gewöhnlichen Vorunterstützungen nicht über das Maß dessen hinausgehen, was zur Hebung einer dringenden Notlage erforderlich ist. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte Wiederherstellung der gekürzten Position. Oberbürgermeister Dr. Scholz bat dringend um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Er erklärte, daß der Magistrat entschlossen sei, größtmögliche Sparsamkeit walten zu lassen, er wolle auch auf den bisherigen Wege der Sozialpolitik weiter fortfahren, aber es gebe nicht an, daß man die Armut der Armen schädige. Der Magistrat werde es sich überlegen, ob es vielleicht durch Abänderung der jetzigen Bestimmungen auf organisatorischem Wege möglich sein werde, auf dem Gebiet der Armenpflege gewisse Ersparnisse zu erzielen, aber die Erfolge dieser Bestrebungen würden nicht von heute auf morgen eintreten. Genosse Hirsch konnte nach dieser Begründung des sozialdemokratischen Antrages durch den Oberbürgermeister sich zwar auf den Nachweis beschränken, daß die erhöhten Ausgaben im Armenetat nicht etwa auf eine verschwendische Wirtschaft, sondern auf Bedürfnisse zurückzuführen seien, denen die Stadt bis zu einem gewissen Grade machtlos gegenübersteht. Er erklärte sich gleichzeitig gegen die Resolution, die ein Nichttraudotum gegen bewährte Armenkommissionvorscheher bedeute. Nach längerer Debatte, in der sich die Stadtverordneten Dr. Reher und Dr. Landsberger den Ausführungen unseres Redners anschlossen, während Stadtverordneter Dr. Bales es so darzustellen suchte, als ob die Charlottenburger Armen noch weit wie hohe Unterhaltungen bekommen, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der äußersten Rechten angenommen. Die Liberalen stimmten zum größten Teil mit den Sozialdemokraten, der kleinere Teil von ihnen enthielt sich der Abstimmung. Die Resolution des Staatsausschusses gelangte gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zur Annahme.

Gegen den durch den Genossen Dr. Vorchardt geltend gemachten Widerspruch der Sozialdemokraten wurden auch die 5000 M. für den Deutschen Reichsausschuss für Olympische Spiele bewilligt.

Bei der Beratung des Kapitels „Gemeindesteuern“ entspann sich nochmals eine viel Generaldebatte, in der der national-liberale Landtagsabg. Stadtverordneter Dr. Klemm es für nötig hielt, den Liberalen und Sozialdemokraten die Schuld für die notwendige Steuererhöhung in die Schuhe zu schieben. Beide Parteien hätten sozial Geld für das Schulwesen, das Fortbildungsschulwesen, das Armenwesen und die Krankenhäuser bewilligt, daß eine Steuererhöhung notwendig geworden sei. Seine Freunde dagegen wägen ihre Hände in Unschuld. Diesen fernerbundenen Ausführungen traten die Genossen Dr. Vorchardt, Hirsch und namens der Liberalen Stadtverordneter Dr. Reher energisch entgegen. Insbesondere wurde von unserer Seite festgehalten, daß Herr Siepmann es fertig bekommen habe, Sparsamkeit auf allen Gebieten der Kultur zu predigen.

In einer öffentlichen Versammlung für Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren sprach Genosse Simon Rachenstein über die Aufgaben der Jugend im politischen Kampf. Der Referent verstand es vorzüglich, die heutigen Zustände zu schildern und zu zeigen, wie aus diesen heraus die Arbeiterbewegung geboren wurde. Er skizzierte dann den organisatorischen Aufbau der Arbeiterorganisationen und zeigte, welche Aufgaben dem Nachwuchs der Arbeiterklasse erwachsen, um den stolzen Bau zu vervollständigen und die Arbeiterklasse ihren Zielen näherzubringen. In der nach

dem Referat eingeleiteten Pause ließen sich 26 junge Genossen in dem Wahlverein aufmachen. Genosse Dammell wies in der Diskussion nach auf das ungeheuerliche Urteil gegen die Genossin Yuremburg hin und feuerte die jungen Genossen an, trotz aller Staatsanwaltschaft und sonstigen Helfeshelfer der Reaktion in dem Kampf einzutreten. Darauf schritt die Versammlung zur Bildung einer Sektion der 18 bis 21jährigen im Wahlverein und wählte eine fünfköpfige Leitung. Die nächste Zusammenkunft dieser Sektion findet am Mittwoch, den 4. März, im Volkshause statt.

### Neußölln.

#### Der Gemeindecetat.

In ihrer Sitzung vom Donnerstag nahm die Stadtverordnetenversammlung zu dem Gemeindecetat Stellung. Der Rammere, Stadtrat Klart, verbreitete sich eingehend über die Finanzlage der Stadt und die wachsenden Schwierigkeiten der Balanzierung aller Gemeindecetats Groß-Berlins. Im einzelnen ging er auf die Ursachen dieser Erschwerung ein und kam zu dem Ergebnis, daß, wenn nicht alle Anzeichen trügen, das deutsche Wirtschaftsleben einen baldigen Aufschwung erwarten läßt. Damit dürfe auch die Hoffnung verbunden werden, daß die Gemeinden wieder etwas froher in die Zukunft schauen dürfen. Wenn der diesjährige Etat mit einem Fehlbetrag von 227700 Mark abschliesse, so sei das allerdings durchaus unerfreulich, gebe aber zu besonderen Bedenken keinen Anlaß. Entstanden sei dieser Fehlbetrag hauptsächlich durch die wachsenden Schullasten. Sämtliche Einnahmen aus der Gemeinde-Einkommensteuer würden durch die Schullasten aufgezehrt. Aufgabe des Staates müsse es sein, eine Entlastung der Gemeinden herbeizuführen. An Neueinrichtungen seien vorgezogen: Die endliche Inbetriebnahme der Badeanstalt, bei der mit einem Jahresaufschlag von 110000 M. gerechnet werde, eine Schulzahnklinik, ein Altersheim, wenn auch zunächst in bescheidenem Umfang, die Verabreichung von Stillpräparaten usw. Man müsse die Frage aufwerfen, wie das Defizit in der Gemeindecasse am zweckmäßigsten zu decken sei. Drei Möglichkeiten seien gegeben. Erstens die Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer auf 110 Proz.; dagegen sprechen nach seiner Auffassung die immer noch schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und besonders auch die neue damit in Verbindung stehende Belastung des Mittelstandes; die zweite Möglichkeit sei gegeben durch vorzunehmende Ersparnisse und drittens durch Inanspruchnahme des Ausgleichsfonds. Allerdings würde dieser dann wesentlich gesenkt werden. Der Ausgleichsfonds betrug zurzeit 419000 M., so daß er auf 100000 M. reduziert würde. Diese dritte Möglichkeit erweise ihm immer noch als die abgeplattete. Das Budget unserer Finanzverwaltung bildeten die städtischen Werke, die in diesem Jahre einen Ueberschuß von 2800000 M. lieferten. Im laufenden Etatsjahr sei Sparsamkeit dringend geboten. Hoffentlich komme der Ausgleich der Schullasten bald zustande.

Während noch im vergangenen Jahre die Schlussworte des Rammere, die die Finanzlage im rosigsten Lichte erscheinen ließen, von lauten Beifall der Bürgerlichen begleitet waren, wurde diese Rede mit eisernem Schweigen entgegengenommen.

An diese Tatsache knüpfte der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Dr. Silberstein, an. Er bemerkte, daß die Stimmung vom Vorjahre sich in eine bedenkliche Katarrhierung umgewandelt habe. Der Fehlbetrag von 227700 M. erhalte erst dadurch noch eine besondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß noch viele und wichtige soziale Aufgaben in unserer Gemeinde ihrer Erfüllung harren. Die Hauptfrage muß sein, nicht nur wie dieser Fehlbetrag gedeckt werden könne, sondern auch wie Mittel beschafft werden können, um die notwendigen und nicht aufschreibbaren sozialen Aufgaben endlich lösen zu können. Auch dieser Etat zeige den unhaltbaren Zustand der kommunalen Verhältnisse Groß-Berlins. Neuzölln sei eine Arbeiterwohnungs-Gemeinde, die nur dazu dient, den Kapitalisten in anderen, den westlichen Gemeinden nachzusehen, müde zu werden zu verschaffen. Auf jeden Fall müsse versucht werden, einen billigen Ausgleich zu schaffen. Die noch in keinem Jahr zeige dieser Etat lächerlich geringe Summen für die verschiedensten sozialen Aufgaben auf allen Gebieten. Am wenigstens etwas zu bringen, das als positives Ergebnis aussehe, habe der Rammere als Neueinrichtung die Badeanstalt vorgeschlagen, mit deren Inbetriebnahme die Bevölkerung nun schon seit Jahren genarrt worden sei. Wenn diese nun endlich am 1. April der Öffentlichkeit zur Benutzung übergeben werden sollte, so habe er (Redner) den Glauben an solche Versprechungen verloren. Es sei endlich an der Zeit, daß sie als Arabeste verschwinde. In allen Gemeinden sei der Finanzabfall ein großer, in keiner aber so wie in Neuzölln. Während die viel reicheren westlichen Vorortgemeinden schon den Zuschlag zur Einkommensteuer auf 110 Proz. durchgehört haben, schreie Neuzölln davon zur. Zur Deckung des Fehlbetrages sei die Entnahme aus dem Ausgleichsfonds ein sehr bedenkliches Mittel. Wie der Magistrat Stimmung zu machen suche, zeige die Tatsache, daß schon vor einigen Tagen, zuerst in der „Deutschen Tageszeitung“ und im „Prepeter Anzeiger“, die Notiz lanciert wurde, daß das Jahr 1912/13 mit einem Ueberschuß von 346000 M. abgeschlossen habe. Diese Mitteilung sei offenbar dazu berechnet, eine falsche Auffassung über die Gestaltung der Gemeindefinanzen von Neuzölln hervorzurufen. Wenn aber schon der Magistrat auf die Mitteilungen der Presse einen so großen Wert legt, dann hätte er eine sehr wichtige, in der „Sozialen Praxis“ erscheinende Notiz nicht übersehen dürfen, die sich mit der sozialen Lage und den Schulspendungen in Neuzölln befaßt. Dieser instruktive Artikel weise auf eine Reihe von Schäden hin, und zwar mit einer unumwundenen Gemeinlichkeit, die dringend der Abhilfe bedürfe. Eine Rücksicht auf den Parteistandpunkt sollten sich alle Neuzöllner Freunde zu diesem Zweck zusammenfinden. Nach den amtlichen Feststellungen sei der Prozenzfuß der Kinder, die ohne Frühstück zur Schule gehen müssen, noch sehr hoch. Im Jahre 1911/12 waren es 1280 Kinder. Im vergangenen Jahre habe sich die Stadtverordnetenversammlung genötigt gesehen, als besondere Hilfsaktion für Schulspendungen 6000 M. mehr in den Etat einzustellen. Dieser Betrag müsse unter allen Umständen auch in diesem Jahre bewilligt werden. Statt dessen sei die Summe um 5000 M. vermindert worden. Eine dritte Kindervollstunde müsse errichtet werden. Für 36000 Volksschulkinder seien insgesamt 14000 M. für Schulspendungen, mit dem Frühstück 21000 M. auszugeben worden. Um die Beträge zu reduzieren, hat der Erziehungsbeirat beschlossen, zu den Frühstücksportionen die Schrippen nicht mehr zu verabfolgen, da seine Mittel unzureichend seien. Auf anderen Gebieten wird nicht so gespart. Die Zulastfrage zwischen der Kaiser-Friedrich- und Weierstraße wird aufhältet. Es liegt der Gedanke nahe, daß das nur demgegen geische, weil Kirche und Pfarrhaus in diesem Straßenteil liegen. Obgleich im Jahre nur etwa 6 bis 8 Personen nach einem Geistlichen im Krankenhaus verlangten, werden als Beihilfe für einen Hilfsprediger jährlich 2700 M. zu diesem Zweck bewilligt. Diese Mittel könnten zweckdienlicher angewandt werden. Die Herabsetzung der Klassenfrequenz in den Volksschulen, der Ausbau der Schulspendungen, die Ausgestaltung unseres Wohnungswesens und Errichtung eines Wohnungsamtes und ebenso die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung seien die wichtigsten und dringendsten Aufgaben, die in absehbarer Zeit zu erfüllen sind. Redner kam dann noch auf den Zweckerband und die Stellung Neuzöllns in demselben zu sprechen. Diese sei mehr denn merkwürdig. Unter der Leitung der Landräte habe sich eine Landratsfraktion gebildet, der auch die Neuzöllner Mitglieder angehören. Es sei unter allen Umständen zu berücksichtigen, wenn sich die Großstädte auf diese Weise zu Örtigen der Landräte machen und damit freiwillig auf das Selbstverwaltungsrecht verzichten. Auch die Tarifpolitik der Badeanstalt könne er und seine Fraktion nicht gutheißen. Neuzölln habe die höchsten Tarife in Groß-Berlin. Darunter leide nicht nur die Frequenz, sondern auch die Volksgerechtigkeit. Bauschönwert sei auch die Schaffung einer Stelle für einen Stadtschulrat, als schulpädagogischen Beirat. Wenn auch nur in diesem bescheidenen Rahmen die dringendsten Aufgaben der sozialen Fürsorge durchgeführt werden soll,

dann müsse der Zuschlag zu der Einkommensteuer auf 110 Proz. erhöht werden. Zum Schluss behandelte Redner noch die sehr ansehnliche Erledigung der Schnellbahnangelegenheit zwischen Berlin und Kehlau und sprach die Erwartung aus, daß es bald gelingen möge, diese zum Abschluß dringende Frage endlich so weit zu bringen, daß der erste Spatenstich getan werden kann.

Oberbürgermeister Kaiser entgegnete hierauf, daß er in manchen Punkten dem Stadtv. Dr. Silberstein zustimmen kann. Zu bemerken habe er jedoch, daß für ihn die Frage sei, wie man alle Aufgaben befriedigen könne, ohne die Steuern zu erhöhen. Der Grundbesitz könne steuerlich nicht mehr belastet werden. Er erlaube seine Aufgabe darin, um die Finanzkraft der Gemeinde zu heben, die gewinnbringenden städtischen Werke weiter auszubauen und neue Monumenten heranzuziehen, um den Absatz von elektrischer Energie für Licht und Kraft zu steigern. Damit müsse verfahren werden, eine andere Zusammensetzung der Verordnungen herbeizuführen. Wenn das geschehen sei, dann erst könne in dem Tempo, wie es die Sozialdemokraten wollen, vorwärts geschritten werden. Warnen müsse er jedoch vor der Absicht, 110 Proz. Steuerzuschlag erheben zu wollen. Das würde alle diejenigen treffen, die ein Einkommen von über 3000 M. haben. Diefen Teil der Bevölkerung sei das nicht zuzumuten. Der Ausgleichsfonds könne sehr wohl den Reibetrag decken, zu diesem Zweck sei er geschaffen. Außerdem werde auch die Zeit kommen, wo er wieder aufgefüllt werden könne.

Im übrigen bekannte sich der Oberbürgermeister als „Realpolitiker“. Nach seiner Meinung verbinden „in bezug auf Kehlau mit den städtischen Vorortgemeinden viele gemeinsame Interessen, die es auch gemeinsam zu erledigen gelte. Diesen Fragen bringe Berlin und andere Gemeinden nicht immer das richtige Verständnis entgegen. Die Forderungen der Stadt Berlin bezüglich der Schnellbahn seien bisher derartige gewesen, daß sie Kehlau nicht akzeptieren konnte.

Stadtv. Abraham (Altbürgerl.) meinte nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse seien an dem schlechten Etat schuld, sondern auch das Tempo, welches in vielen Dingen angehängelt wurde. So insbesondere die vielen Anläufe von Grundstücken, die den Etat in erheblicher Weise belasten. Der einzige Lichtpunkt in dem Etat bilden die städtischen Werke. Obgleich nach Meinung des Redners Kehlau über kurz oder lang den Zuschlag zu den Einkommensteuern auf 110 Proz. werde erhöhen müssen, halte er den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet.

Nachdem Stadtv. Rosenow (komm.-fortsch.) noch einen ethisch-ästhetischen Vortrag über den Etat gehalten, der mit vielen Beifall und Aber und Einerleits-Änderungen gespickt war, wurde der Etat an den Rechnungsausschuß verwiesen.

**Die schlechten Straßenbahnverbindungen Kehlau mit Berlin** bilden schon ständig eine Quelle des Vergers für die hiesige Arbeiterklasse. Nachdem im vergangenen Jahre zwischen Kaiser-Friedrich-Straße und Treptow ganze Straßenzüge bebaut wurden, ist die Kalamität für die Bewohner dieser Gegend aber geradezu unermesslich geworden. Es ist nachgerade fast unmöglich, in der Zeit von 7/8 bis 1/8 Uhr morgens von der Mitte der Kaiser-Friedrich-Straße aus, in der sich ein großer Teil des Verkehrs nach der Geschäftsgegend Berlin konzentriert, ohne Zeitverlust die Straßenbahn zu benutzen. Alle hier entweichenden Wagen der Linien 94, P, 20, R und V sind fast ständig überfüllt und die Haltestellen dicht belagert von „Habrgästen“, die abgewiesen werden müssen. Die Bewohner der Garzer, Eisen-, Jan-, Wildenbruch- usw. Straßen, welche auf die Linien R, K und V angewiesen sind, sind deshalb gezwungen, vorerst einen Weg von etwa 15 Minuten nach dem Hertzbergplatz zurückzulegen, um sich dort einen Platz zu erkämpfen, denn bereits an der zweiten Haltestelle von dort, der Kollagerstraße, gibt es sehr selten ein Mitkommen. Man muß hier gefahren haben, wie deshalb Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle pünktlich erreichen müssen, 20 bis 30 Meter vor den belagerten Haltestellen, der Lebensgefahr nicht achtend, auf die in voller Fahrt befindlichen Wagen aufzuspringen versuchen. Der erste Wagen der Linie R fährt 7.35 Uhr vom Wildenbruchplatz und ist stets schon vor der Abfahrt gefüllt. Würde dieser Wagen nur 1/4 Stunde früher abfahren, könnte er den Verkehr in der Kaiser-Friedrich-Straße schon entlasten, da dadurch die Möglichkeit gegeben wäre, bis 8 Uhr in der Mitte Berlin zu sein, was bei der Abfahrt 7.35 nicht möglich ist. Die Wagen der Linie 119, die die Garzer Straße durchfährt, sind morgens ständig überfüllt, 10-15 „Ueberzählige“ sind hier durchaus keine Seltenheit. Ein Anhänger oder 7-Minutenverkehr statt des 1/4 stündigen würde dem Uebel, das auch der Direktion der Straßenbahn nicht unbekannt sein kann, da oft höhere Beamte diese Verbindung benutzen, ganz bedeutend abhelfen. Während früher die Bewohner der neuen Straßenzüge nach einem Weg von 10 Minuten vom Ringbahnhof Treptow aus wenigstens die Linie 13 B benutzen konnten, ist ihnen seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres auch diese Verkehrsmöglichkeit erschwert worden, da seit dieser Zeit diese Wagen erst von der Schleifischen Straße abfahren. Wer trotzdem diese Linie benutzt, muß damit rechnen, daß an einzelnen Tagen, z. B. den 3. Feiertagen, überhaupt kein Wagen fährt. All diese miserablen Verkehrsverhältnisse müssen der Direktion der Großen Berliner bekannt sein. Die sie doch vor einiger Zeit einzelne Einseiwagen der Linie 94 vom Ringbahnhof Treptow durch die Eisen-, Garzer und Wildenbruchstraße direkt in die Kaiser-Friedrich-Straße einfahren und dann ihren fahplanmäßigen Weg durch die Kommissarstraße nehmen. Auch diese Wagen waren bereits in der Panierstraße überfüllt. So bilden heute die Verkehrsverhältnisse in der angelegenen Gegend eine einzige Verkehrs misere, trotz der Versprechungen der Großen Berliner, die sich beim Eingehen der städtischen Omnibuslinie Treptow-Erlstraße verpflichtete, für ausreichende Verkehrsverhältnisse in dieser Gegend Sorge zu tragen. Den einzigen Vorteil von der Schienenlegung in dieser Gegend haben tatsächlich die Hauswirte, welche in ihren diesem „Verkehr“ angeschlossenen Häusern sofort Mietssteigerungen vornahmen. Es ist dringender erforderlich geworden, daß die städtische Verkehrsdeputation mit Nachdruck der Großen Berliner klarmacht, daß derartig miserable Verkehrsverhältnisse unter allen Umständen aus der Welt zu schaffen sind.

### Lichtenberg.

Die **Stadtvorordnetenversammlung** wurde mit einem warmen Nachruf für die Opfer der schrecklichen Katastrophe in der Anienfabrik durch den Stadtvorordnetenbesucher Pflanz eröffnet. Wie so oft schon, standen auch in dieser Versammlung Schulfragen im Mittelpunkt der Debatten. Das Schreiben des Magistrats, worin er der Stadtvorordnetenversammlung die Absicht mitteilt, wegen Schullastenausgleichs eine gemeinsame Kommission der städtischen und niedlichen Vororte an das Abgeordnetenhaus abzuschicken, hat dem Stadtv. Wolfertz Anlaß, in längeren Ausführungen die ungleiche Belastung durch die Zuschläge für die Schulen darzulegen. Er war aber nicht gerade gemütschaftlich verfahren. Ramentlich hatte er die Zahlen für die höheren Schulen zu niedrig gegriffen. Dagegen wendete sich Genosse John durch Anführung der zutreffenden Angaben. Besonders Interesse verdienen auch die Ausführungen des Stadtv. Lindner. Aus ihnen war zu entnehmen, daß nicht nur die Lehrer gezwungen sind wöchentlich zwei bis vier Stunden mehr Unterricht zu erteilen, als üblich ist, sondern auch daß die Klassen höher besetzt werden mußten. Sollte die Frequenz ein zweidienliches Maß erhalten, sei die Errichtung von 40 weiteren Klassen nötig. Aber um 210 000 M. zu sparen, sei man mit den jetzigen Verhältnissen einverstanden.

Zu einer teilweise recht heftigen Debatte führte die Vorlage über die Errichtung einer Mädchenmittelschule als Verbindungsschule für das Oberholz. Die bürgerlichen Redner gaben sich alle Mühe unseren Vertretern die Vorlage so schmackhaft wie möglich erscheinen zu lassen, dadurch, daß sie in Aussicht stellten, man wolle für einen erheblichen Teil befähigter Schülerinnen der Volksschule Freistellen schaffen, um dadurch dem Charlottenburger System möglichst nahe zu kommen. Natürlich ließen sich unsere Vertreter nicht anziehen, sondern traten einer weiteren Zurückdrängung der Volksschulen zur völligen Armenerschule entschieden entgegen. Festgehalten zu werden verdient auch hier der Ausdruck eines Mannes, des Stadtv. Oberlehrers Karst, welcher sagte: „Wenn wir die Frage prinzipiell prüfen, dann haben die Sozialdemokraten recht!“ Die bürgerliche Mehrheit stimmte natürlich der Vorlage zu, obwohl sie früher dagegen war. Von Sparsamkeit war keine Rede mehr. Eine Vorlage, mit der sich unsere Vertreter einverstanden erklärten, betraf die Organisation der Hilfsschulen. Es soll das dreistufige System eingeführt werden. Die Unter- und Mittelschule werden nach Bedarf in je zwei aufsteigende Klassen geteilt. Die Frequenz ist auf 18 für die Unterstufe, 20 für die Mittelschule und 22 für die Oberstufe begrenzt. Diese Schulen sollen je eine in die Luf., Köllendorf-, Holte- und Appoldenstraße gelegt werden. Die Errichtung einer Schulaufhelfer- und Schulaufhelferinnen-Klasse auf den energischen Widerspruch unserer Genossen, weil die Magistratsvorlage eine Verzögerung für die Behandlung vorzieht. Die Vorlage wurde zur nochmaligen Beratung an die soziale Kommission verwiesen; hoffentlich bekommt sie dort eine annehmere Gestalt.

In der vorigen Sitzung hatte Direktor Tremus betont, von einem Beschluß, den Wasserwerksarbeiten eine Zulage zu gewähren, sei ihm nichts bekannt. In der gestrigen Sitzung konnte nun Genosse John aus der Gegenüberstellung des vorjährigen Etatsentwurfs und seiner endgültigen Fassung nachweisen, daß tatsächlich 1500 M. mehr bewilligt worden, aber nicht gezahlt sind. Unsere Genossen verlangten sofortige Nachzahlung. Gegenüber diesen Forderungen verlangten die Kräfte des Magistrats. Er wußte sich nicht mehr zu helfen. Zwar suchte der Vorsteher durch einen schloß angebrachten Witz und durch den Hinweis, daß der Magistrat erst Stellung nehmen müsse, über die Situation hinwegzukommen; peinlich blieb sie aber doch im höchsten Grade.

Zu einem erheiterten Intermezzo führte die Beratung über das Ortsstatut, die Reinigung der Bürgerzeitung von Eis und Schnee betreffend. Wie wurde da über das rigoreose Vorgehen und den barischen Ton der Polizei — die die Arbeiterschaft ja zur Genüge kennen — gelaßt. Was aber den Grund der Klagen bildet, zeigte der Strohhaufen eines Hausbesizers. „Warum sollen wir denn immer neue Kosten aufgebürdet bekommen?“ Die Stadt, die Allgemeinheit soll die Kosten tragen. Demgegenüber betrat ein anderer bürgerlicher Grundbesitzer den sehr vernünftigen Standpunkt, man solle nur die Hausreinigung ordentlich entlohnen, denn werden diese schon für die Schneebeseitigung sorgen. Zu fürchten hätten doch nur jene etwas, die ihre Schuldigkeit nicht tun wollen. Mit 30 gegen 22 Stimmen wurde das Ortsstatut beschlossen. — In den Magistrat zurückverwiesen wurde ein Ortsstatut, das den Beamten und Lehrpersonen für den Fall der Erkrankung auf die Dauer von 26 Wochen einen Anspruch auf Gehalt usw. im Hofachen Betrage des Krankengeldes gewährt. Es wurde verlangt, die Beamten und Lehrer nicht ungünstiger zu stellen wie die städtischen Arbeiter. Diesen steht neben freier ärztlicher Behandlung und Medizin die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn zu.

Zum Schluß wurde der Magistratsvorlage zugestimmt, sich an dem gemeinsamen Ankauf von Radiumbromid durch die Großberliner Gemeinden zu beteiligen. In der Mitteilung, daß die Regierung der Wahl unserer Genossen Grauer und John zu Stadträten die Beistätigung versagt, verzichteten unsere Vertreter auf das Wort, weil sie es unter ihrer Bürde hielten, sich über die bekannte ungefehlige Prozedur der Regierung zu äußern.

### Steglitz.

**Stimmloch!** Wenn dieses Wort jemals mit Recht Anwendung finden kann, so bei den diesmaligen Gemeindevorwahlen. Keiner der Kandidaten der Hausbesitzerpartei hat es der Mühe wert gehalten, in öffentlicher Versammlung zu seinen Wählern zu sprechen. Den bürgerlichen Wählern wird zwei Tage vor der Wahl durch ein Lokalblatt in einer gehässigen Notiz mitgeteilt, welche Kandidaten der Hausbesitzerverein genehmigt hat resp. empfiehlt und damit basta! Nun kann das Wählen losgehen. Welche Stellung die befohlenen Kandidaten zu der oder jener kommunalen Frage einnehmen und ob sie überhaupt eine eigene Meinung haben — das geht die Wähler nichts an, die Hauptsache ist, daß sie wählen. Man sollte meinen, das Bürgerium müßte es als eine Beleidigung empfinden, sich so offensichtlich zum Stimmloch in des Wortes verwegener Bedeutung degradiert zu sehen. Durch die Stimmabgabe für derartige Kandidaten wird es sich selbst das Urteil gesprochen. Ans kann es recht sein. Aus der Notiz interessiert uns nur, daß der bisherige „Mikrovertreter“ Korkhaus wegen seiner Verdienste um die Hausbesitzerinteressen gnädigst aus der dritten in die zweite Klasse aufgenommen worden ist, während Herr Winkler aus der ersten in die dritte Klasse strafversetzt wurde. Für den 1. Bezirk der dritten Klasse sind ein Obertelegraphenassistent und ein praktischer Arzt als Schlachtopfer ausserkoren. Der Medizinmann ist dadurch besonders interessant, daß er vor zwei Jahren als Gegner derselben Partei kandidierte, die ihn jetzt empfiehlt. — Die Wahl der Sozialdemokraten ist die einzige richtige Antwort auf die beleidigende Annäherung der Grundbesitzerpartei und ihren Kandidaten.

### Schöneberg.

Ein **schwerer Automobilunfall** ereignete sich am gestrigen Freitagvormittag in der Hauptstraße. Dort fuhr der 31jährige Tischler Fritz Zander aus Oranienburg mit seinem Zweirad, als plötzlich ein Droschkenautomobil in flotter Fahrt herannah. Der Chauffeur vermochte seinen Wagen nicht zum Halten zu bringen und so geriet Z. unter die Räder des Kraftwagens. Er erlitt einen Schädelbruch, Rippenquetsungen und eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte fand auf der Unfallstation in der Vorbergstraße die erste Hilfe und wurde dann in das Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

### Weißensee.

Eine **gut besuchte öffentliche Gemeindevorwahlenversammlung** nahm Stellung zu den bevorstehenden Gemeindevorwahlen. Der Referent, Genosse Dr. Bruno Barhardt-Charlottenburg, sprach über „Sozialdemokratische Kommunalpolitik“. Er gab in großen Zügen ein Bild von dem Wirken und Treiben der sogenannten „Fortschrittler“ in den Gemeinden, die sich gerade hier, wo sie die Macht haben, in trübseligem Gegensatz zur aufstrebenden Arbeiterschaft stellen. Redner schilderte die Sünden der Bürgerlichen besonders auf dem Gebiete der Armenpflege, der Schulverwaltung, der Arbeiterpolitik und schloß mit einem Appell an die Anwesenden, auch in Weißensee, wo uns die Bürgerlichen die 3. Klasse lamplos überlassen, alle Kräfte anzupacken, um durch eine imposante Stimmzahl gegen die kommunalpolitische Rumpfschicht der Bürgerlichen zu protestieren. Die Versammlung stellte sodann die turnusgemäß ausstehenden Gemeindevorwahlen, Genossen Kosselle für den zweiten und Seifert für den vierten Bezirk der 3. Klasse, wieder einstimmig als Kandidaten auf, während für die 2. Klasse die Genossen Kayßner, Grauer und Wähde und in dem Bezirk des durch Ungültigkeitserklärung ausfallenden bürgerlichen Vertreters Sawatz Genosse Sawatz kandidieren werden. Der Vorsitzende, Genosse Wünder, schloß die Versammlung mit der Aufforderung, bei der am Sonntag, den 15. März, stattfindenden Wahl ihre Schuligkeit voll und ganz zu tun.

### Reinickendorf-Orf.

Eine **Märchenvorlesung mit Lichtbildern** veranstaltete der Bildungsausschuß morgen Sonntag, den 1. März, nachmittags 1 Uhr, im „Schützenhaus“, Rehdengstr. 1/2. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. Karten sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorwahlen.

**Reinickendorf.** Montag, den 2. März, abends 7 Uhr, im Gemeindevorwahlsaal, Rehdengstr. 25. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevorwähler ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Die Spekulation auf das Knopfloch.

Einem Gauner, der seit Jahren mit Erfolg auf die Eitelkeit seiner lieben Mitmenschen spezialisiert, hat die Pariser Polizei das Handwerk gelegt. Es handelt sich vor allem um einen gewissen Moser aus Berlin, der in Begleitung einer Halbweildame in einem Hotel in der Rue d'Hauteville abgestiegen war, und zwar als Baron Moser und Frau, Kommerzherr des Papstes. In dieser Eigenschaft fand er eine Anzahl Leichtgläubiger, denen er für schweres Geld alle möglichen Orden und sonstigen Auszeichnungen verkaufte. Er sowie die Halbweildame wurden in aller Stille verhaftet. Mit ihnen wurde auch ein gewisser Branco verhaftet, eine in gewissen Berliner Kaffeehauskreisen wohlbekannte Persönlichkeit, der unter dem Verdacht der Mitternachtsthat steht.

Die Untersuchung der Polizei hat überraschende Resultate gezeigt. Moser und sein Helfershelfer Branco müßten den Ordensschwindel bereits seit länger als drei Jahren betrieben haben, denn aus Briefen, die man bei ihnen vorfand, ergab sich, daß sie bereits im Jahre 1910 mit dem Ordensschwinder Valenci in Korrespondenz gestanden haben, dessen Prozeß in Frankreich seinerzeit großes Aufsehen erregte. Weiter hat sich ergeben, daß Moser tatsächlich mit Vorkaufs- und Rangleimittelgliedern, darunter auch deutschen, in Verbindung gestanden hat, so daß die Verhaftung der Ordensschwinder vorausichtlich sensationelle Enthüllungen über einen weitverzweigten Ordenshandel zur Folge haben wird. In dem Hotelzimmer Mosers fand man nicht weniger als dreihundert verschiedene Dekorationen. Darunter befanden sich Medaillen des Roten und Schwarzen Adlerordens, Goldenen Fisches, Eisenbandordens, der Ehrenlegion und französischen Militärverdienstmedaillen. Der letztere Orden ist die seltenste Auszeichnung, die die französische Regierung zu vergeben hat und die augenblicklich nur von wenigen Generalen getragen wird. Auch ein genauer Tarif wurde vorgefunden, in dem die Preise der einzelnen Orden verzeichnet waren. Verhältnismäßig billig konnte man das Kreuz der Ehrenlegion erwerben, das für 30 000 Frank zu haben war; der türkische Nizamorden kostete nur 3000 Frank. Weiter wurde auch eine Liste gefunden, in der der Kundenkreis der Ordensschwinder genau verzeichnet war und die insbesondere auch angab, mit welchen Persönlichkeiten Moser und Branco bei ihrer Verhaftung in Korrespondenz standen.

### Geschäftliche Differenzen.

Im Keller eines Hauses in der Langestraße in Hamburg geriet am Freitag der Händler Pötschka mit dem Heizer Scharber während geschäftlicher Unterhandlungen in Streit, in dessen Verlauf Pötschka von seinem Gegner erstochen wurde. Scharber erlitt ebenfalls lebensgefährliche Verletzungen. Als Frau Pötschka ihrem Mann zu Hilfe kommen wollte, wurde sie von ihrem eigenen Hunde angefallen und schwer verletzt. Scharber und Frau Pötschka wurden ins Krankenhaus gebracht.

### Ein Riesenbergsturz.

Infolge der andauernden Regenfälle ist am Freitag in der Nähe der französischen Ortschaft Le Teil ein Bergsturz erfolgt, bei dem eine Million Kubikmeter Erdrich zu Tal gingen. Die Trümmer, die eine Barricade von 150 Meter Breite und 50 Meter Höhe bilden, haben einen Flußlauf gesperrt, so daß das Wasser am Abfließen verhindert ist. Zahlreiche Arbeiter sind damit beschäftigt, einen Durchbruch herbeizuführen, damit eine Ueberflutung der etwas aufwärts gelegenen Gehöfte verhindert wird. Man forschet danach, ob etwa Kinder, die sich im Augenblick des Bergsturzes auf dem Wege zur Schule befanden, verschüttet worden sind. Ein scheinbar gebliebener Teil des Berges hängt so über, daß man neue Absätze befürchtet.

### Der redliche Funder wird gebeten...

Man schreibt uns aus Brüssel: In dem belgischen Watt „Le Coir“ befand sich dieser Tage folgende Anzeige: „In Verlust geraten ist der am 29. Januar in Kinove expedierte Waggon Nr. 116 249 mit einer Fracht von 10 000 Kilo Holz. Der Funder erhält Belohnung Chauffee de Kinove Nr. 570, Brüssel.“ — Da in Verlust geratene Eisenbahnwaggons mit 10 000 Kilo Holz nicht so leicht in die Tasche zu stecken sind wie etwa verloren gegangene Briefschaften oder Brillantringe, ist immerhin Aussicht vorhanden, daß der also angeklündigte Verlustgegenstand schließlich gefunden wird. Der Verlustangeiger ist indes ein Mann von Humor, denn er wollte mit seiner Anzeige nicht allein zu seinen 10 000 Kilo Holz kommen, sondern auf diese sinnige Weise den seit Wochen andauernden belgischen Eisenbahnkandal charakterisieren. In Belgien hat alle Welt über diese Annonce gelacht, ausgenommen die Eisenbahnverwaltung natürlich, die nicht nur den Waggon, sondern längst den Humor verloren hat.

### Kleine Notizen.

Das Ende einer jungen Liebe. In Klein-Poritsch bei Jittau hat sich in der Domerdiagnacht ein Liebespaar von dem Turm nach 12 Uhr nachts in Jittau eintreffenden Reichenderger Zug überfahren lassen. Durch Bahnwärter wurden die Leichen der jungen Leute, den beiden der Kopf vom Rumpfe getrennt worden vor, neben dem Geleise aufgefunden. Bei dem jungen Mann handelt es sich um einen 16jährigen Färberlehrling aus Jittau. Die Personalien des Mädchens konnten nicht festgestellt werden.

### Jugendveranstaltungen.

**Friedrichshagen.** Sonntag, den 1. März: Auszug nach Waggelheim—Schmiedewitz—Wernsdorf—Reinickendorf—Erdner, eventuell bis Uffelen. See. Abmarsch früh 7 Uhr vom Jugendheim, Friedrichstr. 60. Nachmittags kommen bis 11 Uhr nach Schmiedewitz, Gasthof „Zur Palme“, am Seddinersee, bis 2 Uhr nach Wernsdorf, Sportplatz am Croßensee, Inhaber B. Schramm.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 1. März, vormittags 9 Uhr Pappell-Äcker 15/17; Reinickendorf, „Adelshagen“; Tegel, Pappell-Äcker 15, und Ober-Schöneberg, Märker 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franziskaner Straße 6; Vortrag von Herrn H. Neuh: „Das Evangelium und die Kirche.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag, den 2. März, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Gütige Fragen ergehen man in der Sprechstunde vor.

**G. G. 16.** Antrag beim Versicherungsamt unter Ueberreichung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Karte. — **N. 100.** Für die Zeit bis einschließlich Jahresende 1914. — **Geidenreich, Gropincher.** Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **C. G. 77.** Ja. — **W. R. 65.** Ein derartiger Ueberlassungsvertrag wäre unannehmbar, insbesondere dann, wenn dem Vater noch ein Anteil ausgesetzt wird. — **N. 84.** Nein, nur für das letzte Quartal. — **G. J. 25.** 1. Davon wäre nichts beizulagern. 2. Der Betrag der 28,85 M. in der Woche übersteigt. — **N. P. 63.** Das ist unzulässig. Es kann nur die Steuer für das letzte Quartal mit 1 M. gefügt werden. Wegen der übrigen Steuerpflicht ist nur Befragnahme zulässig, so weit Sie mehr als 28,85 M. wöchentlich verdienen. — **G. S. 765.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. 1878.** Ja. — **H. 2. 2.** 5 M. pro Tag. — **Witter.** 1. und 2. Der

Schiedsvertrag würde anfechtbar sein. — **W. R. 65.** wöchentlich. 4. In der Regel läßt sich das Gericht auf eine Eideszuschiebung nicht ein. Es müssen Zeugen benannt werden. 5. Nein. Vielleicht erfüllt das fragliche Polizeirevier die Aufgabe. — **S. W. 100.** Nein. — **N. M. 103.** 1. bis 3. Die Befragnahme ist zulässig. 4. Ja. 5. Nein, jedoch die Zwangsvollstreckung ist möglich. — **W. R. 65.** Nein. — **C. W. Rein.** — **N. 10.** 1. Die entbehrlichen Sachen können gepfändet werden. Ihre Frau kann sich dann intervenieren. 2. Die Frage kann erst beantwortet werden, wenn wir wissen, wie groß die Familie ist. 3. Auch in diesem Fall kann die Frau intervenieren. 4. Ja. — **W. R. 22.** Wir raten zu einer Beschwerde beim Versicherungsamt. — **G. S. 15.** Das können Sie nicht erzwingen. Sie können aber die Zeugen zum Termin mitbringen. 2. Ein solcher Antrag ist zulässig. 3. Nein. — **N. G. 100.** Nach den Buchstaben des Gesetzes und des Reglements ist die Kasse im Recht. Wir raten jedoch, da die rechtspflegerischen Instanzen möglicherweise einen anderen Standpunkt einnehmen, zur Beschwerde beim Versicherungsamt. — **W. G. 10.** Am 1. 4. abends. — **N. J. 100.** 1. Auf 100 M. 2. Schätzungsweise unter Zugrundelegung des Einkommens und eventuellen Vermögens der Parteien. — **G. S. 955.** Ja. — **Wetterstr. 57.** Welten entscheiden wir nicht. — **Germ. V., Rentier 99.** Nein. — **N. R. 72.** 1. Ja. 1. 1. war Ihre Frau krankensicherungsspflichtig. Gilt die Krankheit in die Zeit nach dem 1. Januar, so kann sie von der

Krankenkasse noch Ersatz verlangen. Diese läßt sich an den Wirt. 2. Eine besondere Entschädigung kann nicht beansprucht werden, wenn eine solche nicht vereinbart war. Die mit anderen Wirtinnen abgeschlossenen Mietverträge müssen Sie herausgeben. — **R. 89.** Es empfiehlt sich, das Gewerbe anzumelden. Steuerpflicht entsteht dadurch nicht. — **N. 100.** Die Kosten werden nicht terminsweise berechnet, sondern je nach den gebührenden Pflichten. Da nicht bekannt, wieviel solche Pächter haben, läßt sich die Frage nicht beantworten. — **Kiefholzstraße.** 1. Ja. 2. Ebenfalls 1 Monat. — **N. R. 77.** 1. In das Revier oder an das Polizeiamt. 2. Nicht nötig. 3. Nein. 4. Nein, aber Anmeldung bei der Polizei. — **Beierstr. 70.** Für Berlin an das Polizeiamt. — **C. R. 9.** Nein. — **S. C. 16.** Die Aufforderung des Magistrats zur Anmeldung schulpflichtiger Kinder ist erfolgt. Der Vorleser der Schulkommission Ihres Bezirks ist der Expediteur Silberstein, Köpenicker Straße 30a (Königlicher Charité, Schumannstraße). — **N. S. 100.** Kommen Sie in unsere Buchhandlung, Lindenstraße 60. Dort erhalten Sie das gewünschte Buch. — **N. R.** Die Behauptung ist eine starke Uebertreibung. — **N. G. 200.** Wissen wir nicht. Uebereinstimmen wir Ihnen in solchen Fällen, den Wirt zu fragen und nicht zum nächsten besten Mittel zu greifen. — **N. S. 50.** Beim Hund für Rattenfang, Rattenfänger: Frau Ledebur, Berlin N., Schönhauser Allee 164 (Sprechstunde 2-3 Uhr) können Sie dies erfahren.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Achtung! Westliche Vororte!**

Am Sonntag, den 1. März, mittags 12 Uhr, im „Albrechtshof“ in Steglitz, Albrechtstraße 1a:

**Zwei öffentl. Versammlungen.**

Thema:

**Militarismus, Krieg und Wir!**

Referenten:

**Dr. Rosa Luxemburg, Dr. Kurt Rosenfeld.**

Arbeiter und Arbeiterinnen der westlichen Vororte! Erscheint in großen Massen! Es gilt zu protestieren gegen das Frankfurter Tendenzurteil, gegen Militarismus und Rechtsräuberei! Demonstrieret für den Völkerverfrieden, für das Recht des Volkes, über Krieg und Frieden zu entscheiden!

Der Einberufer: K. Zachow, Sildende, Stephanstr. 8.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Lindenstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987, 1299, 9714, 185.

Montag, den 2. März, abends 6 Uhr, im Lokal „Südost“, Waldemarstraße 75:

**Versammlung**

der in Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über das Thema: Leben und Leiden im Strafgefängnis und Zuchthaus. 2. Teil: Das Elend im Strafvollzug. 3. Diskussion. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen des Ortes zur Kenntnis, daß die Zahlkarte von Kottbus, Blumenstr. 55, nach der Markusstr. 21, Ecke der Blumenstraße, bei Gorn, verlegt worden ist.

**Stenograf Prillwitz**

Berlin NW 21, Thurmstraße 34



**Centralhaus mod. Herrenbekleidung**

I: Neue Friedrichstr. 35 an der Central-Markthalle  
II: Turmstr. 67, I. Etage.

liefert an jedermann elegante

**Herren-Garderobe**

nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Qualitätsarbeiten. Werkstatt im Hause. Mit Wunsch Besuch des Kleiderens mit neuesten Stoffmustern. Sonntags 12-2 geöffnet.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.**

Geschäftsstelle Groß-Berlin, Engelauer 15. Tel.: Amt Moritzplatz 13261.

**Einladung**

zu der am Sonntag, den 1. März, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, stattfindenden

**Ordentlichen General-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Verwaltung und der Kommissionen. 2. Wahl eines Revisor. 3. Anträge. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen in der Versammlung zu erscheinen. Gerecht für guten Besuch.

Die Erörterung.

**MÖBEL-Kredithaus Luisenstadt**

Am Bahnhof Köpenicker Str. 77-78 Ecke Brückenstraße

Nah Untergrundbahnhaltestelle Insilbrücke

2 Bettstellen	Anzahl	2 Bettstellen	Anzahl
1 Kleiderschrank	15	2 Matratzen	25
1 Spiegel		1 Kleiderschrank	
1 Tisch	15	1 Wäscheschrank	25
2 Stühle		1 Trumeau	
1 Küchenschrank	15	1 Sofa	25
1 Küchentisch		1 Tisch	
1 Kübentisch	15	2 Stühle und	25
1 Küchenschrank		1 farbige Küche	

Wochenrate 1.50 Mark — Wochenrate 2.00 Mark —

Moderne Schiäl-, Herren- u. Speisezimmer

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 3 M. an. Wöchentlich 1 M. Grösste Kulanz

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet

**Möbel auf Teilzahlung**

liefert bei bequemster Anzahlung u. kleinster Anzahl, bei größt. Kulanz u. Rückzicht das seit 25 Jahren besteht.

**Möbelhaus „Frankfurter Tor“**

No. 1 Große Frankfurter Str. No. 1

(Bitte genau auf meine Hausnummer zu achten.)

Käufer einer Wohnungseinrichtung erhält 1 eleg. Teppich gratis

Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet.

Keine Filialen.

**1 Mark** wöchentliche Teilzahlung  
Hefere elegante

**Herren-Moden** fertig und nach Mass.  
Garantie für tadellosen Sitz.

**Jonas Kurzberg**  
Oranienstr. 160<sup>1</sup>  
zwischen Moritz- u. Oranienplatz

Bitte genau auf obere Hausnummer zu achten.

**Spezialarzt**  
f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitranke jeder Art, Ohrl. u. Hals-Kuren in u. a. fong. Laborat. Blut-untersuchung, haben f. Gornkur, gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum, Ept. 10-2, 3-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Dr. Homeyer**

Die Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies“

E. G. m. b. H. zu Berlin Kottbuser Ufer 44

stellt der Arbeiterschaft Groß-Berlins einige ihrer fertiggestellten

**Einfamilien-Reihenhaus-Wohnungen** zur Besichtigung frei.

Die Wohnungen sind vom Tischlermeister Karl Thomas, Berlin, Bernauer Str. 79, Lieferant der Konsumgenossenschaft, mit den besten und modernsten Arbeitermöbeln ausgestattet.

Die Besichtigung kann vom 1. März bis zum 29. März d. J. erfolgen.

Besichtigungsort: **Bohnsdorf** bei Grünau, vom Gürlitzer u. Schles. Bahnh. bequem zu erreichen.

**1 Mark** wöchentliche Teilzahlung  
Hefere elegante

**Herren-Moden** fertig und nach Maß

**Julius Fabian** Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II  
Turmstr. 18, I, kein Laden  
Kottbuser Strasse 14, nur 2. Etage.

Vorzeiger dieser Annoncen erhält 5 Prozent Rabatt!



unerreicht bei rauher oder ausgesprungen Haut.  
Dose 10 und 20 Pf. in Apotheken und Drogerien.

**Heideschloß Hohenbiade** zum „Gutenberg“

Schlösser Ausflugsort für Vereine usw.

Amt Erkner 293

Eigene Motorbootverbindung mit Erkner  
Besitzer **Alb. Lehmann.**  
Karfreitag: Fr. Blut- u. Leberwurst

Stat. Erkner Romantisch an Spree u. Wald geleg. Sommer-Wohnungen

**Achtung!**

6-700 Anzüge sowie getragene Sommerpaletots u. Mäntel

**Montagsgarderobe** in leinwand Bekleidungen Berlin gearbeitet, teils auf Seide für jede Figur passend, verkauft zu äußerst billigen Preisen

**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Hofbahnstation Kottbuser Tor.  
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Tel. II: Neue Garderobe.

**Blumen- und Franzbinderei** von Robert Meyer,  
Inh.: P. Gollitz  
Mariannenstr. 3. Tel. Mpt. 346

**Möbel-Kredit.**  
Beim Kauf hierfür 3 M. gut! Bis 30. März 5 Proz. Nach-lah bei jedem Kauf! Bevor Sie sich Möbel kaufen, sehen Sie sich unsere für **265** Mark zusammen-gestellte solide Wohnungs-einrichtung an. Anzahlung 20 Mark, Abzahlung ganz nach Uebereinstimmung.  
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 22.

Reichstag.

228. Sitzung. Freitag, den 27. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Breitenbach.

Präsident Kaempf teilt mit, daß die Anfrage des Abg. Reil (Soz.) betr. Erkrankungen beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigslust, nach Pressemitteilungen infolge Genusses gesundheits-schädlicher Wurst, von der Regierung heute noch nicht beantwortet werden könne.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats der

Verwaltung der Reichseisenbahnen

fortgesetzt.

Abg. Cofmann (Z.):

Die Steigerung der Einnahmen beruht im wesentlichen auf dem Güterverkehr. Die Ueberlässe sollten auch der effizienten Regierung zugute kommen durch eine Verbesserung des Verkehrs und eine Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die mittleren und unteren Beamten sollten nicht so lange auf etatsmäßige Anstellung zu warten brauchen. Auch ihr Einkommen könnte verbessert werden. Die Regierung bringt dieser Frage doch zu wenig Verständnis entgegen. Die Löhne der Arbeiter lassen noch vieles zu wünschen übrig. Wenn diese Löhne nicht in Einklang mit den Löhnen der Privatindustrie gebracht werden, wird die Staatsverwaltung keine zuverlässigen Arbeiter auf die Dauer erhalten können. Der Minister hat auf die bevorzugte Stellung der Staatsarbeiter hingewiesen. Der Titel allein macht es aber nicht, eine bevorzugte Stellung muß auch materiell ausgezeichnet sein. Aber die Privatindustrie zahlt vielfach bessere Löhne als die Staatswerkstätten. Eine Ueberbrückung derjenigen Löhne, die den Durchschnitt übersteigen, wäre sehr wichtig.

Abg. Röjer (Sp.)

wünscht möglichste Berücksichtigung der Wünsche der effizienten Bevölkerung auf Ausbau des Verkehrs. Der Minister sollte seinen Widerstand gegen die Schlafwagen III. Klasse aufgeben. Die Eisenbahnhandwerker verlangen Zulassung für Nacharbeit und Ueberstunden. Die Arbeiterauschüsse könnten ausgebaut werden.

Minister v. Breitenbach:

An eine Erhöhung der Gütertarife wird nicht gedacht, solange die Eisenbahnen eine angemessene Rente bringen. Die Verbesserung der Verhältnisse des Betriebspersonals ist im letzten Jahr ungeheuer groß gewesen und verursacht der Verwaltung jährlich 25 Millionen Mark Kosten. Die bevorzugte Stellung der Eisenbahnarbeiter besteht darin, daß bei niedergehenden Konjunktur kein Arbeiter entlassen oder im Lohn gekürzt wird. Dazu kommen die Klassen, die den Arbeitern zur Verfügung stehen. Die Folge ist denn auch ein dauerndes Ueberangebot von Arbeitskräften auch in der Hochkonjunktur. Eine Vorlage der Personalakten ist unmöglich. Die Folge wäre nur, daß sehr wenig mehr in den Personalakten drin stehen würde. (Sehr richtig! recht!)

Abg. Werner-Gießen (Antif.):

Die Geheimakten hängen wie ein Damoklesschwert über dem Leben der Beamten. Die kleinen Disziplinarstrafen sollten nach einer gewissen Frist aus den Akten verschwinden. — Auch nach dem neuen Dienstplan kommt es vor, daß ein Lokomotivbeamter nur alle sechs Wochen einen Sonntag frei hat. Unverantwortlich ist es auch, einem Lokomotivführer zuzumuten, sieben Nächte hintereinander Dienst zu tun. Bei größerer Anzahl sollte ein Erziehungszusatz gewährt werden, oder die Wohnungszuschüsse müssen anders bemessen werden. Die Ablehnung der Beamtenauschüsse verheißt ich nicht. Eine Ueberwachung der Arbeitervertretungen durch Beamte ist unerlässlich. Jedner äußert weiter einzelne Wünsche verschiedener Arbeiter- und Beamtenkategorien. Das „Berliner Tageblatt“, der größte Unruhestifter im Deutschen Reich (Heiterkeit), sollte von den Bahnhöfen in Elsass-Lothringen ausgeschlossen werden.

Abg. Haegy (Elf.):

Wenn der Minister v. Breitenbach auch sagt, wir würden mit der Uebernahme der Reichseisenbahnen in unsere Landesverwaltung ein schlechtes Geschäft machen, so würden wir es darauf ankommen lassen; wir würden vielleicht etwas sparsamer wirtschaften, und wir würden auch die Bahnen nicht lediglich nach strategischen Gesichtspunkten bauen. — Die Dienst- und Ruhezeit des Personals ist neu geregelt worden, aber doch nicht so, wie es den Wünschen des Personals entspricht, wenn auch einige Wünsche erfüllt sind. — Notwendig ist es, die Ueberstunden, die sich nicht ganz vermeiden lassen, extra zu bezahlen; auch die Nachtstunden müßten höher bewertet werden wie die Tagstunden. An dem Ausbau der Arbeiterauschüsse ist die Verwaltung auch sehr interessiert. Durch entgegenkommende Behandlung der Arbeiterauschüsse kann die Regierung die Arbeiter vor der Radikalisierung bewahren. Auch die Einrichtung von Beamtenauschüssen würde nur sehr legendhaft wirken. — In Strahburg sagt man, aus Gründen der Landesverteidigung wünsche man möglichst wenige Elsäfler in der Bahnverwaltung. Die darin liegende schwere Verdächtigung der Elsäfler muß ich entschieden zurückweisen. (Bravo! bei den Elsäflern.)

Minister v. Breitenbach:

Die Verwendung von Elsass-Lothringern in der Eisenbahnverwaltung hat beständig zugenommen, sie beträgt jetzt über 62 Proz. — Den Wünschen der Beamten und Arbeiter kann die Verwaltung nicht daselbst Wohlwollen entgegenbringen, wie die einzelnen Abgeordneten; diese überleben die Verhältnisse und ihre Schwierigkeiten nicht und können daher sehr leicht wohlwollend sein. (Heiterkeit.) Die Dienst- und Ruhezeit zu verbessern, ist die Verwaltung ständig bemüht. In einer geeigneten Regelung eignet sich diese Materie nicht. Die neue Lohnordnung bringt für die Arbeiter Verbesserungen, die von ihnen auch anerkannt werden; vor ihrer Einführung hat die Verwaltung sich mit hervorragenden Vertretern der Arbeiterschaft ins Benehmen gesetzt.

Abg. Peirates (Soz.):

Nach der gestrigen Antwort des Ministers an meinen Freund Fuchs hätte man von der Verwaltung meinen können: „Dies Kind, kein Engel ist so rein.“ Daß aber doch sehr viele Fehler und Mängel in der Verwaltung der Reichseisenbahnen vorhanden sind, hat die heutige Debatte ebenso wie die gestrige bewiesen. Fuchs hat sich nicht, wie der Minister meinte, gegen Reichseisenbahnen ausgesprochen, sondern gegen die Verwaltung der Bahnen in Elsass-Lothringen. Solange wir nicht allgemeine deutsche Reichseisenbahnen haben, wünschen die Elsass-Lothringern Anteil an ihren Bahnen zu haben. Daß durch die Personalunion der elsass-lothringischen Bahnen mit den preussischen die Ertragsfähigkeit der Bahnen gestiegen ist, verkennen und bestreiten wir keineswegs; aber auch Preußen gewinnt ungemein von diesem gemeinschaftlichen Betrieb. Der Minister hat sich bemüht nachzuweisen, daß von einem wirklichen Ueberfluß keine Rede sein könne, indem er uns geistlich gruppierte Zahlen vorführte. Aber er hat doch zugeben müssen, daß in den letzten zehn Jahren eine Verminderung von 4,1 Proz. stattgefunden hat. Rechnen wir die strategischen Bahnen ab, so stellt sich die Rentabilität noch besser. Elsass-Lothringen bekommt davon nichts; würden wir die Summen, die wir für die Eisenbahnen aufwenden haben, verzinst bekommen, so würden wir etwa zwei Milliarden Mark erhalten.

halten. Der Minister hat uns ja in der Kommission eine andere Art der Berechnung zugesagt. Wir wollten abwarten, wie wir dabei fahren. Daß uns geholfen werden muß und daß wir den Gewinn aus den Eisenbahnen bekommen müßten, hat sogar die sehr weit rechts stehende „Tägliche Rundschau“ anerkannt. Nun meinte der Minister, auf die Ausgestaltung des Verkehrs habe das Land großen Einfluß. Die Verträge der elssassischen Handelskammern aber beweisen, daß noch recht viele Wünsche unerfüllt sind; auch im elssassischen Landtag und in den Kreisversammlungen wird alljährlich eine Fülle solcher Wünsche vorgebracht, die noch immer der Erledigung harren. Der Eisenbahnrat ist lediglich ein Dekorationsstück.

Die Gründe, die in der Kommission aus militärischen Rücksichten gegen die Niedbahn vorgebracht sind, haben auch nicht überzeugt. Die 200 000 Interessenten an der Niedbahn haben jedenfalls einen berechtigten Anspruch auf bessere Bahnverbindungen in irgendeiner Weise. Auch die Frage des Vogesen-tunnels ist außerst wichtig sowie eine Gebirgsbahn längs der Vogesen und eine Bahn Virmajens-Strahburg. Volkswirtschaftliche Gründe sprechen dringend für den Bau dieser Bahnen. Der Wunsch nach Sonntagsfahrten vom Lande in die Stadt wird nicht verschwinden, bis er erfüllt ist. Die Interessen des Elsas sollten im Berliner Auskunfts-bureau durch einheimische Beamte, die die Verhältnisse bei uns genau kennen, vertreten werden. — Ein Vorrecht bei der Vergabe von Arbeiten wünschen wir Elsäfler nicht, aber wir protestieren gegen jede Zurücksetzung.

In der Grabenstadener Affäre hat sich inzwischen die Richtigkeit einer damals von uns aufgestellten Behauptung ergeben, daß nämlich der betreffende Buchdruckereibesitzer lediglich aus Rache gehandelt hat. Auf Grund seiner Denunziation ist die Sache damals in Fluß gekommen und jetzt ist festgestellt, daß er die Fabrikation nur denunziert hat, weil ihm die Druckaufträge von ihr entzogen waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt sind viele nationalistische Elemente im Elsas recht zweifelhaftes Element und die Eisenbahnverwaltung sollte ihren Denunziationen gegenüber vorsichtiger sein.

Das Prinzip des Ministers in Bezug auf die Arbeiterlöhne widerspricht der Ansicht seines kaiserlichen Herrn, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall müssen die tariflichen Löhne gezahlt werden. Für die Eisenbahnarbeiter soll so außerordentlich viel gegeben sein, sie sollen um 45 Proz. gestiegen sein. Aber diese Steigerung erstreckt sich auf 20 Jahre und während dieser Zeit ist der Geldwert so gesunken, daß die Steigerung in der Tat nur 10 Proz. höchstens 15 Proz. beträgt. Daß die Löhne unter unserem Druck gestiegen sind, kann der Minister natürlich nicht zugeben. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß die Löhne gestiegen sind, seitdem wir hier unsere Kritik an den Löhnen üben. — Warum ein Zentralarbeiterauschuß nicht im Interesse der Arbeiter liegen soll, hat uns der Minister nicht verraten. Jedenfalls wird er von den Arbeitern dringend verlangt. — Daß wir im Prinzip gegen die Akkordarbeit sind, ist nicht richtig, es gibt viele Sozialdemokraten die für Akkordarbeit sind, auch enthalten viele Tarife Akkordlöhne. Allerdings verkennen wir nicht die großen Schäden, die gerade bei der Herstellung des Wagenmaterials die Ueberlastung der Akkordarbeit haben kann, ganz abgesehen von der Schädigung der Gesundheit der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Vermehrung des Wagenmaterials sollte keine falsche Sparamkeit geübt werden. Alle Wünsche der Arbeiter und Beamten können wir unmöglich vorbringen, sonst müßten wir bis zum St. Nimmerleinstag reden. Bei der Erhöhung der Beamtenbeholdungen sollte man gleich

ordentliche Arbeit

machen. Bei Vergewaltungen wird auf die persönlichen Verhältnisse der Beamten, ob sie nebenbei kleine Landwirtschaft treiben usw. zu wenig Rücksicht genommen. Was die Stellung des Ministers zum Koalitionsrecht anbelangt, so lassen sich die Verbindungen, die er stellte, mit dem Koalitionsrecht nicht vereinbaren. Nach § 152 der Gewerbeordnung haben alle Arbeiter, also auch die sozialdemokratischen, das Koalitionsrecht. Fernhalten kann der Minister Sozialdemokraten ja doch nicht vom Betriebe, er wird höchstens erreichen, daß sie ihre Bestimmung verheimlichen. Aus Streiken denken die Arbeiter nicht, wenn die Verwaltung nur einigermassen ihre Wünsche erfüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Was soll es bedeuten, wenn der Minister verlangt, es soll in den Versammlungen nicht geheißt werden. Darf die Wahrheit über die bestehenden Verhältnisse nicht gesagt werden? Tatsächlich sind Arbeiter gemahregelt worden, die nichts getan haben, als Mißstände wahrheitsgemäß zu schildern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen an, daß manches besser geworden ist innerhalb der Eisenbahnverwaltung, wir wünschen aber, daß die Eisenbahnbetriebe Musterbetriebe sind. Bis wir dies Ziel erreicht haben und wirklich Sonnenschein für alle vorhanden ist, werden wir mit unserer Kritik nicht aufhören. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schirmer (Z.):

Das Jugendschicksal des Vordemers, daß manches besser geworden ist, wird der Minister jedenfalls freuen. Auch wir erkennen an, daß Anläge zu Lohn erhöhungen vorhanden sind. Die nationale und staatsstrenge Arbeiterschaft hat ein Anrecht auf anständige Löhne und anständige Behandlung. Den Streik lehnt diese nationale und staatsstrenge Arbeiterschaft ab. Daß die Eisenbahnarbeiter kein Streikrecht haben dürfen, darüber sind sich alle bürgerlichen Parteien einig. Auch in republikanischen Staaten, in Frankreich und in der Schweiz ist es so. Die Forderung eines Staatsarbeiterrechts, die wir erheben, wird nicht nur von den Staatsarbeitern, sondern von den gesamten christlichen Gewerkschaften vertreten. — Die Arbeiterauschüsse sollten in der Richtung ausgebaut werden, daß die Lohnämter in den einzelnen Verwaltungsstellen mehr wie bisher mit ihnen zusammenarbeiten.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Gegen ein besonderes Staatsarbeiterrecht hat schon der Staatssekretär des Innern schwerwiegende Bedenken geltend gemacht, denen ich mich anschließe. — Die Arbeiterauschüsse werden schon jetzt bei Fragen der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne gehört. Eine Ausdehnung der Funktion der Lohnämter ist dem Ermessen der einzelnen Verwaltungen überlassen. Im großen und ganzen haben die Arbeiterauschüsse nützliche Arbeit geleistet.

Abg. Jäler (natl.):

Für die Einführung der neuen Lohnordnung sage ich im Namen der Bahnarbeiter besten Dank; sie bringt ganz erhebliche Verbesserungen für die Arbeiter. Einzelne Wünsche sind allerdings noch unerfüllt geblieben. Namentlich stehen die Bahnunterhaltungsarbeiter schlecht. Man sollte ihnen die Wochenfeiertage bezahlen, ebenso die Regentage; ferner sollte man ihnen die Schaufeln liefern und Schulreinigung.

Auch für die Ausbildungsbeamten ist nicht genügend geforgt; denn sie nehmen nicht an den Vorteilen der neuen Ordnung für die Hilfsbeamten teil, obwohl sie Hilfsbeamtendienste leisten müssen. — Der Redner bringt dann noch Wünsche einzelner Arbeiterkategorien vor, so der Rangierer, der Schrankenwärter, der Maschinen- und Wagenpüper. — Die Einführung des Stützzeitensystems begrüßen wir als erhebliche Verbesserung und als Uebergang zum Lohnsystem. — Bei aller Kritik, die wir an den Verhältnissen üben, können wir doch dem Minister die Anerkennung nicht versagen, daß er ein warmes Herz für die Arbeiter hat. (Rachen bei den Sozialdemokraten.)

— Ueber das Staatsarbeiterrecht ist uns von dem Staatssekretär des Innern eine Denkschrift versprochen worden; ich gehe deshalb darauf nicht ein, zumal auch ich der Ueberzeugung bin, daß diese Frage noch sehr der Klärung bedarf.

Abg. Kiel (Vst.): Die elsass-lothringischen Bahnen werden gleichsam im Nebenamt vom preussischen Eisenbahnministerium mit verwaltet. Wohin nebenamtliche Verwaltung führt, sehen wir auch in Preußen. Der Eisenbahnminister ist ja im Nebenamt auch Minister der öffentlichen Arbeiten; aber als Chef dieses Nebenamtes wagt er nicht, den Mittellandkanal zu Ende zu bauen, von dem gesagt wurde, „gebaut wird er doch“, dessen Vollendung sich aber eine kleine mächtige Partei entgegenstellt. — Bei Anlage von Bahnen und Bahnhöfen sollte man sich stets das nötige Terrain für zweigleisigen Bau und für den späteren Ausbau der Bahnhöfe sichern. Der Staatsposten „für den Bau von Mietwohnungen“ wird hoffentlich nicht zum Bau von Mietkasernen verwendet. Die Durchgangswagen, die nur an den Enden Ausgänge haben, sind wahre Rentierschiffe. Man sollte eine Summe aussetzen als Prämie für eine Erfindung besserer Durchgangswagen. Schnellzüge ohne 3. Klasse sollte es überhaupt nicht mehr geben.

Abg. Winkler (Elf.)

wünscht bessere Zugverbindungen im Elsas. Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonnabend 12 Uhr (außerdem kleinere Vorlagen). Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung. Freitag, den 27. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die vom Herrenhaus bereits angenommenen Gekochwürste betreffend Aenderung der Grenzen gegen die bayerische Pfalz und gegen Rußland (am Remelsstrom) werden angenommen.

Der Bauetat.

Abg. v. Maljahn (f.)

weist u. a. auf die Notwendigkeit der Anlage von Fischereibahnen hin. Bei den Baggerungen muß auf die Fischerei mehr Rücksicht genommen werden. Bei allem Wohlwollen, das wir der Entwicklung des Verkehrswesens entgegenbringen, halten wir eine Herabsetzung der Tarife für die Kanäle des Großschiffahrtswesens nicht für angebracht. Arbeiterkontrollen im Baugewerbe wären nur sozialdemokratische Agitatoren. Wir wollen nur eine gesunde Sozialpolitik, wozu auch der Arbeiterkongreß gehört. Aber wir wollen keinen Einfluß der Sozialdemokratie, die das gute Einbernehmen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zerstört.

Abg. Geisler (Z.)

beklagt die schlechte Lage der Bayer Steinarbeiter, die gegenwärtig durch die Not gezwungen werden, auszuwandern oder sich der Webererei zuzuwenden. Hier muß die Regierung helfend eingreifen.

Minister v. Breitenbach:

Die Regierung wird diesem Wunsche so weit als möglich entgegenkommen.

Abg. Dr. Reil (natl.)

wendet sich gegen Uebertreibungen des Heimatschutzes, durch den namentlich auf dem Gebiete des Baugewerbes die wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Deswegen ist eine Revision der unklaren Bestimmungen des Heimatschutzgesetzes notwendig. (Beifall links.)

Abg. Flathmann (natl.)

Begründet den nationalliberalen Antrag, der die Regierung ersucht, mit dem Staate Bremen über den Staatsvertrag vom 21. Mai 1904 hinsichtlich von preussischen Gebietsabtretungen an Bremen zur Erweiterung der Hafenanlagen an der Wesermündung in Unterhandlung zu treten, damit die unerträglichen Folgen, die dieser Vertrag für die Stadt Lehe gehabt hat, noch für das laufende Jahr vermieden werden.

Unterstaatssekretär Coels v. d. Brüggen:

Der Regierungspräsident von Hannover ist beauftragt worden, mit Bremen Verhandlungen einzuleiten und die Interessen Lehes nachdrücklich zu vertreten. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird angenommen. — Das „Geheiß des Ministers“ wird bewilligt. Der nationalliberale Antrag wird der Unterrichtscommission überwiesen.

Beim Kapitel „Bauverwaltung“ spricht

Abg. Hue (Soz.)

über die Frage des Bauarbeiterchutzes. Der Abg. Maljahn hat sich heute mit großer Schärfe gegen die Einführung von Arbeiterkontrollen gewendet. Dabei hat er die gänzlich parteilose Frage des Arbeiterchutzes in eine völlig willkürliche Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei gebracht. Solche Fragen des Wohles und der Gesundheit von Tausenden von Menschen dürfen nicht vom Parteistandpunkt aus beantwortet werden. Daran sind vielmehr alle Parteien gleichmäßig interessiert. Die Ausführungen des Abg. Maljahn müßten der Eindruck erwecken, als ob es ihm weniger auf Arbeiterchutze als auf Parteipolitik ankam. Man hat gegen unsere Forderung nach Bauarbeiterkontrollen gesagt, daß in Bayern die Unfälle im Baugewerbe zahlreicher seien als bei uns in Preußen. Das ist richtig. Aber darauf kommt es nicht an, sondern vielmehr darauf, daß sich die Zahl der Unfälle in Bayern seit Einführung der Arbeiterkontrollen wesentlich verringert hat. Diese Verminderung der Unfälle ist direkt auf die Tätigkeit der Baukontrollen zurückzuführen. Auch eine wesentliche Verbesserung der hygienischen Einrichtungen ist dieser Wirksamkeit zu verdanken. Deswegen wünschen wir auch für Preußen Arbeiterkontrollen zur Verbesserung des Bauarbeiterchutzes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bülow-Homburg (natl.)

wünscht gesetzliche Maßnahmen, um das Ueberhandnehmen von Mietkasernen auch in kleineren Ortschaften zu verhindern.

Unterstaatssekretär Coels von der Brüggen:

Polizeivorarbeiten gegen Auswüchse des Mietkasernenwesens sind Sache der einzelnen Gemeinden. Den gestrigen Ausführungen des Ministers über den Bauarbeiterchutze habe ich nichts hinzuzufügen. Tatsache ist, daß die Unfälle in Bayern, wo es Arbeiterkontrollen gibt, zahlreicher sind als in Preußen. In Bayern kamen im Jahre 1902 auf 100 000 Arbeiter 1453 Unfälle, im Jahre 1912 1014 Unfälle, in Preußen im Jahre 1902 810, im Jahre 1912 664 Unfälle. (Beifall rechts.)

Abg. Hue (Soz.):

Ich will mich mit diesen Zahlen nicht näher beschäftigen, obwohl ich gerade an ihnen zeigen kann, daß die Verminderung der Unfälle in Bayern, wo die Arbeiterkontrollen wirken, 23 Proz. beträgt, in Preußen dagegen nur 18 Proz. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Rede meines so früh verstorbenen Vorfahren des Bismarck hin, der diese Fragen eingehend behandelt hat. Daß in Bayern trotz der Arbeiterkontrollen die absolute Zahl der Unfälle größer ist als bei uns in Preußen, das hat Bismarck zurecht auf gewisse Gemohnheiten der bayerischen Bevölkerung u. a. auf den stärkeren Alkoholgehalt, zurückgeführt.

Über gerade da, wo die Organisationen der Bauarbeiter besonders stark sind und freiwillige Kontrollen stellen, die in regelmäßigen, kurzen Abständen die Zustände untersuchen, da nähert sich auch in Bayern die Unfallzahl der preussischen. Wir lag vor allem daran, darauf hinzuweisen, daß die parteifanatische Weise, in der der Abg. v. Kallgahn die Frage des Bauarbeiterschutzes hier behandelte, unangehörig ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei ihm heißt es: Wären noch so viele Unfälle vorgekommen, wenn nur die Sozialdemokratie sich nicht entwickelt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer unbesessenen Debatte, in deren Verlauf mehrere Abgeordnete lokale Wünsche zur Sprache bringen, spricht

Abg. Schmidt-Gonz (S.)

über die Lage der staatlichen Arbeiter in der Wasserbauverwaltung. Die Eisenbahnarbeiter haben die Fürsorge der Regierung für sie als eine Wohltat und als einen Fortschritt empfunden. Es kommt nun noch darauf an, auch die von der Wasserbauverwaltung beschäftigten Handwerker und Arbeiter daran teilnehmen zu lassen. Es herrscht unter ihnen Unklarheit bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Es ist gesagt worden, daß zur Aufbesserung der Löhne dieser Arbeiterkategorie der Staat

kein Geld zur Verfügung

habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es werden wohl alle bedauern, daß nicht mehr Mittel zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Wasserbauarbeiter in den Etat eingestellt sind. Es ist ferner zu beklagen, daß es in der Wasserbauverwaltung keine einheitliche Regelung der Lohnzahlungstermine gibt. Es kommen oft erhebliche Verschiebungen der Lohnzahlungen vor. Das müßte in Staatsbetrieben gänzlich ausgeschlossen sein. Ebenfalls unzulässig ist es, daß diesen Arbeitern der Lohn in den Wintermonaten gekürzt wird. Wir fordern im Unterschied dazu einen einheitlichen Lohn für Sommer und Winter. Die Staatsarbeiter nehmen eine Sonderstellung gegenüber der übrigen Arbeiterschaft ein, besonders auch in Hinsicht auf die Sicherheit der Anstellungsverhältnisse. Eine Ausnahme bilden auch hier die Wasserbauarbeiter, die teilweise sofort entlassen werden können. Gewiß fordert die Art des Betriebes — Hochwasser, Fröste usw. — öfter Betriebsbeeinträchtigungen; aber dann sollten die überflüssigen Arbeiter, anstatt entlassen zu werden, anderweit in den Betrieben der Verwaltung beschäftigt werden. Ferner sollte die Verwaltung den Arbeitern die für den sozialen Frieden zwischen den Arbeitern der Verwaltung wirkende größere Aufmerksamkeit zuwenden und sie in allen Betrieben einrichten. — Der Redner fordert weiterhin für die Arbeiter der Wasserbauverwaltung die zehnstündige Arbeitszeit, eine allgemeine Regelung der Sonntagsruhe, Erholungsurlaub für ältere Arbeiter ohne Ausnahme, besondere Aufenthaltsräume für die Arbeiter, damit diese die Arbeitspausen nicht im Freien zubringen müssen, Zentralisierung der Betriebskrankenkassen zwecks erhöhter Leistungsfähigkeit und Vereinfachung auch der über 40 Jahre alten Arbeiter, in die Pensionsliste einzutreten. — Alle diese Forderungen einer durchgreifenden Prüfung durch die Regierung und wir wünschen, daß die Regierung die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Wasserbauarbeiter in einer besonderen Denkschrift behandeln möge. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Coels u. d. Brüggchen:

Der Minister hat ein ebenso warmes Herz für die Wasserbauarbeiter wie für die Eisenbahnarbeiter. Es ist auch das Bestreben der Verwaltung, eine feste Lohnordnung für eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu schaffen. Bis zur Verwirklichung dieses Strebens müssen die Löhne von Fall zu Fall festgesetzt werden. Wenn nicht in sämtlichen Betrieben der Wasserbauverwaltung Arbeiterausschüsse eingerichtet sind, so liegt das daran, daß es nicht eine genügend große Anzahl von Arbeitern vorhanden ist. Erholungsurlaub ohne Lohnabzug werden jetzt schon in großem Umfang gewährt. Den übrigen Wünschen wird der Minister nach Möglichkeit nachzukommen suchen. (Beifall.)

Es folgt wiederum eine unbesessene, mit lokalen Wünschen angefüllte Debatte.

Abg. Hue (Soz.):

Auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke ist ein Bild von den Verhältnissen in den Barackenbehausungen der Arbeiter am Rhein-Weiler-Kanal entworfen worden, das Aufmerksamkeit verdient. Die Kantinenwirte hatten Verträge geschlossen, wonach sie täglich

bis zu 3 M. Schnaps auf Kredit

jedem Arbeiter verabfolgen durften. Der Anblick dieser Trunkenheit war also häufig. Diese Ausbeutung der Arbeiter durch den Schnapsverkauf ist zwar durch ministerielle Vorschriften unzulässig, die Vorschriften stehen aber auf dem Papier. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des Zentrumredners Schmidt (Gonz) über die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt und der Strombauverwaltung entsprechen dem, was meine Freunde seit Jahren hier vorgebracht haben, deshalb hoffen auch wir, daß die Forderung der von ihm verlangten Denkschrift von der Regierung auch gehalten wird. In der Frage der Kanalarbeiter wünschen wir eine unverzügliche Nachprüfung, bevor die Verhältnisse sich wieder geändert haben. In den Körperkulturen zur Regelung der verkehrswirtschaftlichen Fragen werden Arbeiter niemals hinzugezogen. Und doch wäre das sehr wichtig. In den Wasserstraßenräten und in den Bezirks- und Landeswasserstraßenräten sitzen Vertreter der Landwirtschaft, der Handwerkskammern und Innungen. Bei den Verhandlungen über Tarifermäßigungen in Ober-Sachsen im Landeswasserstraßenrat beauftragte die Regierung die Ermäßigung, trotzdem konnten die landwirtschaftlichen Interessenten unter Vorantritt des Herrn v. Didenburg-Jamisch die absolut notwendige Tarifermäßigung für Niederachsen ablehnen. Arbeitervertreter müssen im Interesse der Verkehrswirtschaft in den Wasserstraßenräten und in den Bezirks- und Eisenbahnräten zugelassen werden. (Sehr richtig! links.)

Die Benutzung der Wasserstraßen als Verkehrsmittel verbilligt die Transporte, aber alle Tarifermäßigungen haben bisher eine Herabsetzung des Verkaufspreises der transportierten Produkte nicht zur Folge gehabt. Die Niederläufiger Driestler haben eine Begünstigung in den Eisenbahntarifen erfahren, trotzdem muß die Berliner Bevölkerung seit Jahr und Tag steigende Preise zahlen. Die Leistung eines sonstiger Driestlerarbeiters ist seit 1912 um 50 Proz. gestiegen, der Lohn nur um etwa 25 Proz. Trotz der Verbilligung der Selbstkosten und der Steigerung der Produktivität der Arbeit müssen die Armen in Berlin, die in elenden Wohnungen zusammenhocken, für den dreistündigen Driestler 20 Pfennige zahlen, nur um notwendig zu sein. Die Verbilligung der Wasserstraßen, Tarifermäßigungen kommen also vornehmlich den Unternehmerklassen zugute, wenn nicht die Bauverwaltung ihr Augenmerk auf die Interessen der Bevölkerung richtet. Deshalb verlangen wir auch ein staatliches Schlepplimonopol, weil sonst doch die Privatunternehmer auf den Kanälen und auf dem Rhein ein Monopol an sich ziehen werden. Die Lage der rheinischen Partikuliergüter zeigt, daß alle mittelständischen Erklärungen mit Vorsicht zu genießen sind. Es ist fraglich, ob die Kleinfahrer vor dem Untergang durch die Monopole der Schiffebaugesellschaften zu bewahren sind. Auf die Frage der Mosellkanalisierung kann ich ja nicht eingehen. Der Gütertransport auf der Mosel ist in den letzten Jahren eher zurückgegangen als vorwärts. Ich vermute, daß keine Mittel zur Regulierung in den gegenwärtigen Etat eingestellt sind. Jedenfalls ist nicht die ganze rheinisch-westfälische Industrie gegen die Schiffbauern, denn dem Verein zur Förderung der Kanalisierung der Mosel und Saar gehören auch die Handelskammern in Barmen, Dortmund und Düsseldorf an. Es ist bedauerlich, daß alle verkehrspolitischen Fragen hier vom Interessentenstandpunkt behandelt werden. Wir wollen einen

großzügigen Ausbau unserer Binnenschifffahrtsstraßen,

weil wir mit unserer Verkehrspolitik nicht auf ein mittelalterliches Niveau hinabsinken wollen, wo man an möglichst vielen Schlagbäumen möglichst oft Grenzzölle einheimsen wollte. (Beifall links.) Ich möchte bitten, daß die Regierung der Ruderschifffahrt größeres Interesse zuzuwende. Schon vor 120 Jahren war die Ruhr schiffbar und wurden Kohlen auf ihr in bedeutendem Maße verbracht bis vor wenigen Jahrzehnten. Durch die Verdrängung des Schwerkraftes der Industrie von Eld nach Nord und den Ausbau der Eisenbahnen ist das aber sehr zurückgegangen. Die südlichen Ruhrgegenden sind keineswegs so unrentabel, wie vielfach behauptet wird — allerdings immer erst, wenn diese Gebiete von den nördlicheren Werken angekauft sind. Dann werden sie stillgelegt und man hat dadurch für die nördlicheren Gebiete eine größere Vorkriegsziffer. Diese amerikanische Methode, Werke zu veräußern, erstreckt sich auch auf die Eisenindustrie und das herrliche Ruhrgebiet wird verödet. Durch Verbesserung der billigen Schifffahrt könnte dem entgegenzuwirken werden. Das Herrenhaus hat jetzt eine Vorlage zur Einschränkung der Erbschaften abgelehnt, es muß aber auf diesem Wege etwas geschehen und dazu gehört auch die Schiffbauern und die Ruhr, zu deren Förderung sich auch Vereinigungen gebildet haben. Dieses Gebiet beherbergt allein noch einen alten Stamm eingetragener Bergarbeiter. Wird hier nicht energisch eingegriffen, so wird dort dieselbe Verelendung einsetzen wie in den nördlichen Gebieten. Die Regierung zu Arnberg steht der Sache freundlich gegenüber, ich bitte, daß die Staatsregierung die gleiche Haltung einnehme. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar

erwidert, daß ein Teil der von dem Pastor berichteten Mißstände betreffend den Alkoholverbrauch an Arbeiter in den Barackenbehausungen sich als tatsächlich bestehend erwiesen haben, teilweise aber waren die diesbezüglichen Angaben unrichtig.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Vichnecht (Soz.) bedauert zur Geschäftsordnung, die Lage der Binnenschifffahrt jetzt nicht mehr besprechen zu können.

Das Haus vertagt sich.

Sonabend 11 Uhr: Weiterberatung und die vom Herrenhaus in letzter Zeit verabschiedeten Vorlagen.

Schluß 1/2 Uhr.

## Jugendbewegung.

Was soll der Junge werden?

Diese Frage beschäftigt in den Wochen vor Ostern, wo in weiten Gebieten Deutschlands die Schulentlassung bevorsteht, viele Eltern. Die bürgerliche Jugendpflege weiß das und benutzt daher die „Berufsberatung der schulentlassenen Jugend“ zu Werbezwecken für die bürgerliche Jugendbewegung. Die jungen Proletarier sollen sofort von der Schulbank unter sicherem Geleit in die bürgerlichen Jugendvereine geführt werden. In einer ganzen Reihe von Gemeinden haben sich schon die bekannten Jugend-Ortsausschüsse, die die Träger der staatlichen Jugendpflege sind, der Sache angenommen. Es tritt ein Kuratorium zusammen, das aus Vertretern der staatlichen und städtischen Verwaltungsbehörden, Geistlichen, Lehrern, Vertretern der Erwerbsstände und anderer Orts- und christlich-nationalen Arbeitervereine besteht. Sozialdemokraten, also die Vertreter der eigentlichen Arbeiterbewegung, werden ferngehalten. An einer Reihe von Orten stellen die Stadtverwaltungen für diese Arbeit nicht nur die Räume, sondern auch Beamte zur Verfügung. Selbstverständlich handelt es sich nicht um uneigennützig Arbeit im Interesse der beruflichen Förderung der Jugend, sondern der eigentliche Zweck der Berufsberatungsgesellschaften ist, wie erwähnt, die Werbearbeit für die nationale Jugendbewegung.

Deshalb beschränkt man sich auch nicht allein auf die „Beratung“, sondern kontrolliert die Lehrlinge auch dann noch, wenn sie sich schon in der Lehrstelle befinden. Recht deutlich spricht das ein Artikel aus, der zurzeit von der Zentrumspresse veröffentlicht wird:

„Die in Lehrstellen untergebrachten Kinder müssen auch nach der Unterbringung, die zumeist nur für eine Probezeit erfolgt, aufgesucht, der endgültige Abschluß des Lehrvertrages festgestellt werden. Für diese Aufgaben zieht das Kuratorium Mitglieder gemeinnütziger Organisationen heran, die zugleich auf die mannigfachen jugendpflegerischen Aufgaben hingewiesen werden können, die sie an den in der Ausbildung stehenden Kindern erfüllen können.“

Da liegt die Gefahr, denn es ist kinderleicht, unter dem Druck des Lehrherrn die jungen Leute für bürgerliche Jugendvereine zu pressen. Die Beratungsstellen verdienen daher das Mißtrauen der Arbeiterbewegung. Soweit proletarische Eltern sie in Anspruch nehmen, mögen sie darüber wachen, daß ihr Junge oder ihr Mädchen nicht zugleich in eine Bewegung gezogen werden, aus der die gelben und schwarzen Jesuiten der Arbeiterbewegung herauswachsen.

Ernüchterung.

Das liberale „Göttinger Tageblatt“ brachte diese Tage einen Artikel über „Die Rechte der öffentlichen Jugendpflege“, der für die lakonische Stimmung in gewissen bürgerlichen Kreisen charakteristisch ist. Die unter der Firma „Erziehung der Jugend“ betriebene öde nationale Versimpelung hat schon vielen nachdenklichen Leuten mit der Zeit die Augen für diese Art „Erziehung“ geöffnet, aber nur selten bringen die Enttäuschungen ihre Gedanken öffentlich zum Ausdruck — aus leicht erklärlichen Gründen. Auch der Artikelschreiber des „Göttinger Tageblattes“ ist sehr vorsichtig in seiner Kritik; nichtsdestoweniger verdienen seine Äußerungen Beachtung. Nachdem er dargelegt, daß die sittlich, national und körperlich gefährdete Jugend, womit er natürlich die Arbeiterjugend meint, von der öffentlichen Jugendpflege gar nicht gefaßt werde, was sicher ganz richtig ist, sagt er: ... mit dem Augenblick, wo die öffentliche Jugendpflege unterschiedslos auf Stadt und Land ausgedehnt und damit eine allgemeine Verantwältung wurde, hat sie einen Charakter erhalten, der in mancher Hinsicht nicht ganz unbedenklich erscheint.“ Dieses Eingeständnis wollen wir uns merken, noch mehr aber den Satz, daß die öffentliche Jugendpflege hier und da unter den Händen Unberufener eine Tendenz erhalten habe, die von Erziehung weit entfernt ist. Das ist nicht nur „hier und da“, sondern sicher überall dort der Fall, wo die Jugend nach den Grundsätzen des Jungdeutschlandbundes „erzogen“ wird, deren Ruder nach den Worten unseres Artikelschreibers sich nicht immer aus rein sachlichen Beweggründen in den Dienst der Bewegung stellen.

Der Mann kennt seine Pappenheimer. Immerhin scheint er reichlich naiv zu sein, daß er eine Zurückdrängung der öffentlichen Jugendpflege in gesunde und naturgemäße Bahnen erwartet. Er übersteht dabei, daß nicht die vielgerühmte körperliche und geistige Erziehung des Volkes der Zweck der bürgerlichen Jugendpflege ist, sondern die Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Und in der Verfolgung dieses Zweckes ist den Drahtziehern der „Jugendpflege“ jedes Mittel recht, mögen sie sittlich und pädagogisch noch so bedenklich sein.

Die Justiz gegen die Arbeiterjugend.

Genosse Kasparek aus Halle hatte im April vorigen Jahres in dem Städtchen Rehna bei Halle eine öffentliche Jugendversammlung einberufen und über das Thema: „Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend“ gesprochen. Die Polizei bezog die Referenten, der die unpolitische Versammlung selbst einberufen und geleitet hatte, mit einem Strafmandat über 20 M. wegen angeblicher Übertretung des Reichsvereinsgesetzes. Das Schöffengericht in Bitterfeld und die vom Amtsanwalt angeregte Strafkammer in Halle mußten jedoch auf Freisprechung erkennen, weil beim besten Willen absolut nichts Politisches an der gehaltenen Rede entdeckt werden konnte. Das Oberlandesgericht Raumburg hob auf die Revision des Staatsanwalts das freisprechende Urteil auf und wies es zur anderweitigen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Strafkammer hatte nämlich „festgestellt“, daß der Redner sozialdemokratischer Redakteur sei und als solcher zur Gründung von Jugendvereinen aufgefordert habe. Dadurch war nach Ansicht der Revisionsinstanz der politische Charakter der Versammlung ohne weiteres gegeben. Dieselben Richter, die vorher ein freisprechendes Urteil gefällt hatten, glaubten nunmehr dem deutlichen Willen des Obergerichts folgen zu müssen und verurteilten den Angeklagten in der zweiten Instanz zu 10 M. Geldstrafe. Nunmehr legte Genosse Kasparek wieder Revision ein, da die „Feststellungen“ zu einer Verurteilung niemals führen konnten. Hierauf hatte sich auch das Oberlandesgericht zum zweiten Male mit der Angelegenheit zu beschäftigen und derselbe Strafenat, der vorher das freisprechende Urteil der Strafkammer aufgehoben hatte, hob auch jetzt wieder das verurteilende Erkenntnis des Vorderrichters auf und erkannte sofort auf Freisprechung mit der Begründung, daß sich das Revisionsgericht den Revisionsausführungen des Angeklagten habe voll anfänglich müssen. — Für Gerichtsverhandlungen wurden inszeniert und Berge von Akten angelegt, weil Polizei, Richter und Staatsanwälte der Meinung sind, in unseren Jugendversammlungen würde ebenso wie in den natürlich unbedingten bürgerlichen Jugendvereinen Politik getrieben. Um so energischer muß der Ruf ertönen: Hinweg mit dem Politikparagrafen aus dem Vereinsgesetz!

# Die Vorzüge

des Verkaufssystems Selbstkostenpreis + 10 Prozent Nutzen bestehen darin, daß der Käufer dauerhaft und hochmodern gearbeitete Herren- und Knabengarderoben zu außergewöhnlich billigen Preisen erhält. Ueberzeugen Sie sich hiervon, bevor Sie Ihre Frühjahrsgarderobe wählen.

Laut unserer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten sind wir an diese Vertriebsart gebunden und machen uns strafbar, wenn wir mehr als 10 Prozent auf den Selbstkostenpreis schlagen würden. Im letzteren sind alle Geschäftskosten enthalten.

Herren-Anzüge :: Paletots  
 Neueste Moden — Anfertigung nach Maß — Vorzüglicher Sitz

Selbstkostenpreis	16.50	24.20	32.00	41.00
Verkaufspreis	18.15	26.62	35.20	45.10

**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.**

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe  
 Turmstraße 80 nahe Kl. Tiergarten  
 Große Frankfurter Straße 4 Ecke Fruchtstraße  
 Chausseestraße 27 nahe Invalidenstrasse  
 Neukölln Bergstr. 7-8, Ecke Prinz-Handjery-Str.



Amal Hausmittel

Allgemein-Verfichtenes

Alkoholfreie Getränke

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerhüte

Bade-Anstalten

Bad Alt-Moabit 104

Bad Central

Bad Frankfurt

Bad Hufeland

Bad Kurfürst

Bad National

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Baden, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditorien

C. Adamek

Landbrothier

Paul Dolly

Albert Donkewitz

Otto Donath

H. Donner

Paul Fuchs

O. Liedemil

Beleuchtungsgegenstände

Beitfedern, Betten

Blumen und Kränze

Brotbäcker, Bierhandlg.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditorien

Bäckerei Künscher

Bw. Liesegang

Carl Lindenberg

Carl Neundorff

Richard Raasch

Richard Richter

Richard Rieder

G. Riewe

Gust. Rautenberg

Kurt Reinecke

P. Reinhold

Richard Rieger

Otto Reutewich

R. Riebschen

R. Riemer

Willy Rohde

Hubert Rösner

Alfred Rost

S. Sandmann

Wilhelm Sauter

W. Schaaf

Emil Schaller

P. Schmalzer

P. Schmitt

W. Schmidt

Paul Schmitt

W. Schmitt

W. Schmitt

W. Schmitt

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bräuerei Königstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Verens-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

W. Aliner

K. Baumann

H. Böhler

E. Gliese

F. Jakob

G. Müller

H. Müller

M. Müller

O. Müller

P. Müller

R. Müller

S. Müller

T. Müller

U. Müller

V. Müller

W. Müller

X. Müller

Y. Müller

Z. Müller

A. Müller

B. Müller

C. Müller

D. Müller

E. Müller

F. Müller

G. Müller

H. Müller

I. Müller

J. Müller

K. Müller

L. Müller

M. Müller

N. Müller

Fleisch- u. Wurstwaren

Luecke, Joh.

Moors, Otto

G. A. Müller

A. Möbes Nchf.

Otto Müller

Jos. Otto

Carl Passow

Gustav Pfennig

M. Pietsch

H. Raubold

H. Reichelt

G. Rohloff

W. Rolf

Alfr. Richter

Jos. Ritzke

H. Schmidt

Leberecht Schröder

Seylert, Gr.

Hermann Schmidt

K. Scheffler

Paul Seidel

J. Suchorsky

Max Thumel

H. Thomas

G. Vettin

F. Wendt

W. Wiese

Paul Zwing

P. Zimmermann

Unterstehende Geschäfte

Kolonialwaren

G. Behrens

F. Belle

C. Böse

W. Bornfeld

A. Buchholz

A. Crone

G. Feist

Fr. Fischer

H. Fischer

Musikalien u. Instrumente

Möbelmagazin

P. Beck

Görz

Hoche & Co.

Pard. Joachim

Möbel-Kamerling

Lange, Max

C. Linkogel

H. Nolte

W. Nolte

Nähröfchen

Bellmann, E.

Ed. Bruda

Littauer

Fortsetzung s. nächste Seite.

Uhren und Goldwaren
Kesslersh.-Werkst. Reichend. - 31.107
Jonass & Co.
BERLIN S.W.309
Teilhaltung
Kataloge
gratis u. franko.

Unterrichtsinstitute
Maschinen- u. Holzerbauabtdg.
Lehrtr. Licht-Kraftl. Fahrstuhl.
Führer, Zentralheiz., Urbanstr. 54
Warenhäuser
Carl Hoffmann
Schöneberg
Herbertstr. 4.

Café Metropol
Köpenicker-,
Ecke Brückstr.
Tägl. gr. Künstler-Konzert
Grand-Café „Zepellin“
Frankfurterallee 76, Ecke Tülienstr.

Wild- u. Geflügel
Georg Riedl, Eisenstr. 57.
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
wirkt blutreinig. 100 Tass. M. 2.-

Adlershof
Frl. Al. R. Kletmann Eisenstr. 114
Kaufhaus Julius Well Nachf.
Briz
Emil Gold, Bäckerei, Germania-Trenen 5

Lichterfelde
Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1
Herrenartikel und Konfektion.
Mariendorf
A. Böckmann
Güterstr. 3, Samenhandlg.

Spandau
J. Bode, Fiebelsdorferstr. 96.
W. Lütke, Fahr., Fiebelsdorferstr. 98.
O. Bauer, Fiebelsdorferstr. 117. Mabelgasse.
O. Wenzel, Fiebelsdorfer Str. 2a.

O. Assmann, Tempelhof, Berlinstr. 121
A. Bartsch, Weissa, Gest.-Adolfstr. 157.
Bährmann, A., Spandauer Schloß 81.106
Max Eisermann, Charl. Neuhofstr. 16.

Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
F. M. Höpfer, Ritterstr. 95.
Conrad, Großdammstr. 207
Groß-Desfilat, Schiefe Haube
Frakf. Allee 122, Einzelr. u. ex. groß Preis.

Die erste selbstspiel. Doppelgeige
Patzenhofer
J. Guggenberger, Basaltstr. 54.
Patzenhofer-Aussch., Kolonnenstr. 16
Riebeck-Bier-Ausschank
Brunnenstr. 76, Ecke Lortzingstr.

Zahnteiler
Max Alm, Franseckstr. 15
F. Barel, Steinmetzstr. 30.
W. Best, Skalitzerstr. 42 & Wraselstr.
M. Dresler, Grätzstr. 701, Troptow.

Bohnsdorf
G. Schälerkind u. Schweinemetzger
Fredersdorf
H. Göh, Drogen und Farben.
Carischieser, Brot- u. Feinbäcker.
Gust. Schönfeld, Schuhw. u. Rep.

Mahlsdorf
Rud. Brunow
Bäck-, Conditorei,
Leibhardt, Bäck.-Conditorei Bahnhofsstr. 2.
Wobig, Eisenw., Werkzeuge, Bahnhofsstr. 44.

Weißensee
W. Koch, Schlichter, Lederstr. 3
Mehldig, Pastorin, Gust.-Ad.-Str. 17
Thobing's Drogerien Weißensee
E. Gleising, Plz. Warsiv, Langhausstr. 14.

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung - Straße 3
„Iduna“ zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82
Volks- und Lebensversicherung.

Kino-Variété
Sanasouci, Cottbusser Str. 6.
Erstklassiges Programm
Gut gekl. gelegte Biere
Dienst. Donnerst. Sonnt.
Volkstümliche Preise Ball.
Auerhof, Alto Jacobstr. 139.

Konzert-Café
Nord-Palast
Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr.
Riebeck-Ausschank, gr. Frkist. 34.
O. Rohloff, Uferstr. 1, Ecke.
Patzenhofer Ausschank, Robert
Balzer

W. Thiedt, Reinickendorferstr. 7.
Weiss, Max
Reinickendorferstr. 110
Teilg. 300. Bar. 10.
P. Schultze, v. W. Wiesstr. 1.
Musikantenstr. 15
Ecke Kantstr./Feldstr.
Zahngar. Norden, Metzstr. 42, Teilh.

Königs-Wulferhausen
Butterhandlung Monopol
G. Hübscher, Uhren, Goldw., Bahnhofsstr. 20
Kaufhaus Emil Bergmann
Otto Krasche, Fris., Kottbuser Str. 54
Max Leib
Herrnartikel, Gegr. 1867

Schöneberg
W. Hübner, Bölowstr. 61 Möbel.
O. Kurzweg, Schuhm., Fasrigstr. 37.
Tegel
E. Scheller, Arb.-Berf. Berlinstr. 54

Wilhelmsruh
Carl Gahl, Schleierstr. Edelweissstr. 26.
J. Laschinski, Bäck., Edelweissstr. 11.
P. Megow, Müllerei, Lindenallee 12
W. Sillack, Sargm., Hauptstr. 28
A. Trenner, Uhren u. Goldw., Hauptstr. 28
R. Wolzard, Kolonialw., Hauptstr. 18

Theater und Vergnügungen

Gonnabend, 28. Februar 1914.
Anfang 8 Uhr.
Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland

Schiller-Theater O.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.

URANIA Taubenstr.
48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.

Casino-Theater
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volkstück:
Die olle Webern.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Sonnabend, d. 28. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, d. 28. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Großer hippelantischer Abend.

Weißensee
An der Parkstraße
Ecke Pistoriusstraße.
Nur 4 Tage!
Zirkus
Barum-
Schau.
Heute
Sonnabend, 28. Febr.,
abends 8 1/2 Uhr:
Premiere
mit 22 Welt-Attraktionen.

Deutsches Künstler-Theater.
Wiederholend Wundfahrt.
Berliner. Die Braut von Messina.
Schiller-Charlottenburg. Stützen
der Gesellschaft.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Theater am Nollendorfsplatz.
Die Schiffbrüchigen.
Luffen. Frau Holle.
Hofe. Schneewittchen.
Anfang 6 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
4 Uhr: Frau Holle. Mädchen in
6 Bildern.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.

Wahalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Gr. Felle m. Gel. u. Tang in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Dieck.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 68. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
- Rauchen ohne Pause! -
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Humor-Quartett
W. Watzky
Oderberger Str. 36

Eines Palast am Zoo. Variété-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonnt. Am. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin.

Brauerei Friedrichshain
Sonntag, den 1. März 1914
Anfang 5 Uhr:
Jubiläumseier des bel. Festwirts
Schorsch Ehrenguber.
Das gr. bayr. Bockbierfest

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps des Königin-Elisabeth-Regiments, Dirigent: Oberm. Brinkmann
und Tegernseer und Zillerthaler, Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Theater am Nollendorfsplatz.
Die Schiffbrüchigen.
Luffen. Frau Holle.
Hofe. Schneewittchen.
Anfang 6 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
4 Uhr: Frau Holle. Mädchen in
6 Bildern.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.

Wahalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Gr. Felle m. Gel. u. Tang in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Dieck.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 68. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
- Rauchen ohne Pause! -
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Theater am Nollendorfsplatz.
Die Schiffbrüchigen.
Luffen. Frau Holle.
Hofe. Schneewittchen.
Anfang 6 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
4 Uhr: Frau Holle. Mädchen in
6 Bildern.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.

Wahalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Gr. Felle m. Gel. u. Tang in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Dieck.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 68. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
- Rauchen ohne Pause! -
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Theater am Nollendorfsplatz.
Die Schiffbrüchigen.
Luffen. Frau Holle.
Hofe. Schneewittchen.
Anfang 6 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
4 Uhr: Frau Holle. Mädchen in
6 Bildern.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.

Wahalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Gr. Felle m. Gel. u. Tang in 3 Akten
von G. Urban. Musik v. Hugo Dieck.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 68. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
- Rauchen ohne Pause! -
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Ein Blitzmädel.

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

Neues Operntheater (Kroß).
Vaterland
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkommische Barleske
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.

„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Sonntag, den 1. März:
2 große Novitätenvorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirfus Busch in 5 glänz. Akten.
Vorabend! Sonntag 3 1/2 Uhr ein
Kind frei. In beide Vorstellungen:
Kulturen der neuen großen Rürg-
Attraktionen.

WINTERGARTEN
Heute:
Letztes Auftreten
der
Februar-Attraktionen!
Ludwig Amann. Idette Bré-
monral. Mado Minty. Tho
Gaudsmiths. Vittorio u. Geor-
getto. Bowden u. Gardy. The
sunshine girls. Porezoff Tr.
Grock u. Lolé. Willi Pantzer Co.
Camille Trio. Kinematograph.
Sonntag, 1. März 2 Vorstellungen
Premiere! 2 Vorstellungen
Nachm. 3 1/2 Uhr, kleine Preise.
Abends 8 Uhr.
- Rauchen gestattet! -

### Eine ungehörige Einnischung.

Das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Krankenkassenversicherung für Dienstboten wird immer — besser. Wie bereits berichtet, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß die Oberversicherungsämter aufgefordert, mit den beteiligten Stadtgemeinden über die Errichtung solcher Krankenkassen zu verhandeln, die ausschließlich Dienstboten als Mitglieder haben.

Solche Dienstbotenkassen, bemerkt dabei der Minister, kennt die Reichsversicherungsordnung nicht. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Die Errichtung solcher Kassen ist sogar unvereinbar mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung läßt durchaus nicht jede beliebige alte oder jede neu zu erdenkende Krankenkasse als Krankenkasse im Sinne des Gesetzes zu. Vielmehr werden im § 225 ausdrücklich die Kassen aufgeführt, die einzig und allein als Krankenkassen nach diesem Gesetze gelten. Das sind Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Dass die Dienstbotenkassen weder Betriebs- noch Innungskrankenkassen sind, versteht sich von selbst. Ebenso wenig können sie als Landkrankenkassen gelten, da es nach dem Gesetz bloß allgemeine, für alle Landkassenpflichtige des Bezirkes bestimmte Landkrankenkassen gibt. Es fragt sich also nur, ob die Dienstbotenkassen als Ortskrankenkassen angesehen werden können, da es neben den allgemeinen Ortskrankenkassen auch besondere Ortskrankenkassen gibt. Besondere Ortskrankenkassen sind jedoch nur dann zugelassen, wenn sie bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung — also am 1. Januar d. J. — bestanden haben; neue derartige Kassen sind ausgeschlossen.

Wohin gehören die Dienstbotenkassen zu keiner jener Gruppen und sind deshalb als Zwangskrankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung nicht anzuerkennen.

Trotzdem behauptete der Minister in dem Erlaß, daß sich die Dienstbotenkassen auf Grund des § 226 „errichten lassen“. Nach dem 2. Absatz dieses Paragraphen kann die oberste Verwaltungsbehörde für ihr Gebiet oder für Teile davon einzelne Gruppen Landkassenpflichtiger den allgemeinen Ortskrankenkassen zuweisen. Auf Grund dieser Bestimmung stellt der Minister in Aussicht, daß er Landkrankenkassen dort, wo sie nicht bestehen, errichten lassen und dann alle Landkassenpflichtigen, die nicht zu den Dienstboten gehören, den allgemeinen Ortskrankenkassen zuweisen will, so daß in den Landkrankenkassen nur noch Dienstboten als Mitglieder bleiben.

Bei der Beratung des § 226 Abs. 2 hat aber kein Mensch an eine solche — Ausnutzung der Bestimmung denken können. Der Zweck der Vorschrift sollte nach ihrem klaren Wortlaut und Sinne sowie nach ihrer Begründung nur der sein, die Ueberweisung von Landkassenpflichtigen an die Ortskrankenkassen zu ermöglichen, nicht aber Landkrankenkassen nur für eine Gruppe der Versicherungspflichtigen zu schaffen. Eine solche Kasse wäre überdies eine besondere Landkassenkategorie, und eine solche führt die Reichsversicherungsordnung in ausdrücklicher Abweichung von den Bestimmungen für die Ortskrankenkassen gar nicht als Zwangskrankenkasse auf. Die Ausnutzung des § 226 so, wie es der Minister in seinem Erlaß empfiehlt, ist demnach unmöglich, wenn das Gesetz seinem Sinne und Wortlaut nach angewandt wird.

Der Minister begnügt sich vorläufig damit, mit der Errichtung der Dienstbotenkassen zu drohen. Er verlangt zunächst Bericht darüber, ob die Ortskrankenkassen die Beiträge für die Dienstboten ermäßigen wollen.

Ueber die Höhe der Beiträge haben die Ausschüsse der Krankenkassen allein mit einfacher Mehrheit zu entscheiden. Wir warnen dringend davor, daß sich etwa die Vertreter der Versicherten durch die Drohung des Ministers mit der Errichtung der Dienstbotenkassen einschüchtern lassen. Vielmehr müssen die Vertreter die Sache gewissenhaft prüfen und sie so entscheiden, wie es ihnen selbst am zweckmäßigsten erscheint.

Bei der Prüfung der Frage ist aber nicht nur das zu beachten, worauf der Minister in seinem Erlaß so nachdrücklich hinweist, daß nämlich die Dienstboten in der Regel den Krankenkassen verhältnismäßig geringe Ausgaben verursachen. Ebenso kommt in Betracht, daß viele Dienstmädchen später als Arbeiterinnen in den Krankenkassen Mitglied bleiben und dann um so größere

Ausgaben der Kasse erfordern. Demgemäß müssen die Beiträge für die Dienstboten so bemessen sein, daß sie den Ausgleich bilden nicht nur für die geringen Ausgaben der Kasse in der ersten Zeit der Mitgliedschaft, sondern auch für den über den Durchschnitt hinausgehenden Beitrag der Ausgaben in der späteren Zeit. Sonst werden sowohl die anderen Arbeiter als auch später die Dienstboten selbst um so härter belastet, damit die „Herrschaften“ um so weniger für ihre Dienstboten zu bezahlen haben. Deshalb ist hier gegenüber der ungehörigen Einnischung der preussischen Regierung Vorsicht dringend geboten.

### Ein Irrenhausprozeß.

Telegraphischer Bericht.

Thorn, 27. Februar 1914.

Das Thornener Landgericht hat sich heute mit dem Beleidigungsprozeß gegen den praktischen Arzt Dr. Schacht aus Kulm in Westpreußen zu beschäftigen. Dr. Schacht war mit dem Bürgermeister Liebetanz-Kulm aus politischen und zivilrechtlichen Gründen in Differenzen geraten, deren Folge eine Reihe von Prozessen und Strafverfahren gegen Dr. Schacht waren. Es wurden dabei Zweifel geäußert an der geistigen Zurechnungsfähigkeit Dr. Schachts und es kam schließlich dazu, daß Dr. Schacht auf Antrag des Thornener Kreisarztes nach der westpreussischen Provinzial-Irrenanstalt Konradstein gebracht und dort fünf Wochen lang auf seinen Geisteszustand beobachtet wurde. Ueber seine Erlebnisse in Konradstein hat Dr. Schacht dann eine Broschüre veröffentlicht unter dem Titel „Dreißig Jahre in Deutschland“. Diese Broschüre enthält Beschuldigungen gegen die Leitung der Irrenanstalt Konradstein und gegen die dort amtierenden Aerzte. Es war bereits einmal ein Termin auf den 22. Dezember vorigen Jahres angefiel worden. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, hatte damals die beiden Konradsteiner Aerzte wegen Befangenheit als Sachverständige abgelehnt. Die gegen die Zurückweisung des Ablehnungsgesuches gerichtete Beschwerde ist verworfen; darauf ist der heutige Termin anberaumt.

Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten Dr. Schacht, der ausführlich seinen Lebensgang erzählt und seine Niederlassung in Kulm als Arzt schildert. Ich handelte dort mit den Bürgern sehr gut, vermied aber die öffentlichen Gesellschaften, um mich ganz meiner ärztlichen Tätigkeit widmen zu können. Ich hielt dann einmal einen Vortrag im Hausbesitzerverein. Die Folge dieses Vortrages war die Gründung eines Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs. Dieser Verein schuf eine 13 Räume große Anlage, die heute allgemein im Volksmunde die „Schachtbühne“ genannt wird. Dadurch kam ich ins öffentliche Leben hinein. Schon im Hausbesitzerverein waren mir vielfach Scherzreden gegen katholische Familien aufgefallen und andere Leute sagten mir, daß derartige Scherzreden gegen Katholiken auch anderwärts vorhanden seien. So kamen die Landtagswahlen von 1908 heran. Damals erfolgte der bekannte Zentrumsstich in die Ostmark. Ich bekenne mich zur Zentrumspartei. Es fand in Danzig anlässlich der Landtagswahl eine Besprechung der Zentrumsanhänger in den Ostmarken statt. Bei dieser Verhandlung waren auch die Abgeordneten Müller-Zulda und Graf Oppersdorff anwesend. Es wurde dort beraten, welche Stellung das Zentrum bei den kommenden Wahlen einnehmen sollte. Es wurde der Antrag gestellt, mit den Polen ein Wahlbündnis einzugehen. Der Abg. Müller-Zulda erklärte, daß das gerade der Wunsch des Zentrums wäre. Das Zentrum hätte in Rheinland und Westfalen Schwierigkeiten mit den Polen. Wenn wir nun in den Ostmarken ein Bündnis mit den Polen eingehen würden, dann würden die Polen in Rheinland und Westfalen das Zentrum unterstützen. Ich war für ein Bündnis mit den Polen. Jedoch beantragte ich, daß die Wahlkreise aus dem Bündnis herausgelassen werden sollten, in denen die Katholiken nur eine Minderheit bildeten, denn ich befürchtete, daß diesen Katholiken aus ihrem Eintreten für die Polen wirtschaftliche Schwierigkeiten und Nachteile erwachsen würden. Mein Antrag wurde aber abgelehnt. In unserem Landtagswahlkreis Thorn-Kulm-Briesen sollte ich als Kandidat aufgestellt werden. Ich lehnte die Kandidatur aber ab und es wurde darauf der Abgeordnete Müller-Zulda als Kandidat aufgestellt. Während der Wahlbewegung kam auch der Abgeordnete Erzberger zu uns in die Ostmark und er sprach auch in Kulm. Nach der Versammlung erzählte man mir, daß unser Kulmer Bürgermeister Liebetanz in der Versammlung gewesen wäre und allerlei abfällige Bemerkungen über den Abgeordneten Erzberger gemacht hätte. So soll er unter anderem gesagt haben: „Der Kerl ist ja verrückt“. „Was redet der da alles zusammen“. Ich fiel als Wadlmann durch und den Wählern, die mich gewählt hatten, wurden wirtschaftliche Nachteile zugefügt. Von nun an datieren meine Zwistigkeiten mit den Behörden.

Zunächst wurde mir ein Darlehn bei der Kreisparlatasse ohne jeden Grund gekündigt. Ich beschwerte mich darüber beim Oberpräsidenten v. Jagow. Meine Beschwerde wurde aber zurückgewiesen. Weiter beschwerte ich mich auch über das Verhalten des Bürgermeisters Liebetanz in einer Entlohnungssache bei einem Gausseebau. Auch diese Beschwerde wies Oberpräsident v. Jagow scharf zurück. Aus der Antwort des Oberpräsidenten entnahm ich, daß Bürgermeister Liebetanz falsche Berichte über mich beim Oberpräsidenten erstattet haben mochte. Ich erblidte in meiner Behandlung die Verfolgung eines Katholiken, zumal ich Unterlagen dafür hatte, daß auch andere Katholiken in gleicher Weise behandelt worden waren. Deshalb machte ich eine zusammenhängende Eingabe über derartige Verfolgungen von Katholiken an das Oberpräsidium in Danzig. Da kam wieder eine scharfe Abfuhr. Wegen meiner Behauptungen über das Gymnasium in Kulm bekam ich vom Provinzialkollegium eine Anklage wegen Beleidigung. Dann wurde ich 1909 zum Stadtverordneten gewählt. Nach meiner Wahl teilte man mir mit, daß Bürgermeister Liebetanz gegen meine Wahl agitiert hätte. Er sollte gesagt haben: Lieber fünf Polen als den Dr. Schacht. Der Bürgermeister erließ auch in den Zeitungen geharnischte Erklärungen gegen mich. Als dann in jener Zeit auch der hiesige Artikel über händische Angelegenheiten erschienen waren, legte diese Bürgermeister Liebetanz in der Stadtverordnetenversammlung mir zur Last. Ich erklärte aber dazu: Ich habe diese Artikel nicht nur nicht verfaßt, sondern ich werde auch beweisen, daß Bürgermeister Liebetanz sie selbst verfaßt hat in der Absicht, sie mir in die Schuhe zu schieben. Die Verhältnisse verschlimmerten sich, als Landrat Höhne starb und der neue Landrat Lohe kam, der es mit Bürgermeister Liebetanz hielt. Es entstanden nun immer neue Zwistigkeiten zwischen Bürgern von Kulm auf der einen Seite und Landrat Lohe und Bürgermeister Liebetanz auf der anderen Seite. Es liegt mir daran festzustellen, daß nicht nur ich Zwistigkeiten hatte mit diesen Herren, sondern auch viele andere Personen in dieselbe Lage geraten sind. Es entsteht daher die Frage: sind alle diese Personen krank oder Landrat Lohe und Bürgermeister Liebetanz?

Es gelangen dann zahlreiche Eingaben und Beschwerden, die der Angeklagte an den Regierungspräsidenten in Marienwerder und an den Oberpräsidenten in Danzig gerichtet hat, zur Verlesung. Diese Schriftstücke enthalten die unter Anklage gestellten Behauptungen des Angeklagten über den Bürgermeister Liebetanz. So führt der Angeklagte u. a. Beschwerde darüber, daß Bürgermeister Liebetanz durch eine wesentlich falsche Auskunft über die angeblich polnische Gesinnung des Bauunternehmers Witt an die Anstaltungskommission in Posen es zuwege gebracht habe, daß Witt keine Aufträge mehr von der Anstaltungskommission bekommen hat. — Vorf.: Ferner werfen Sie dem Bürgermeister Willkürherrschaft vor. Womit wollen Sie das begründen? — Angekl.: Der Bürgermeister hat erklärt: ich pfeife auf die Gesetze, ich bin der Bürgermeister in Kulm und tue, was ich will. In meinem Hause in Kulm befindet sich eine Restauration. Plötzlich setzte Bürgermeister Liebetanz ohne jede äußere Veranlassung die Polizeistunde für dieses Restaurant auf 9 Uhr herab und zwei Polizisten mußten auf der Straße auf und abgehen, um dieses Lokal zu überwachen. Dieser Schloß war aber gegen mich gerichtet, denn natürlich kündigte der Restaurateur mir und ich hatte keinen Mieter mehr.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung führte der Angeklagte u. a. an: Bürgermeister Liebetanz beleidigte andere Hausbesitzer und mich. Der Landrat Lohe, bei dem ich mich beschwerte, meinte, als einziger Ausweg bliebe ein Duell zwischen dem Bürgermeister und mir. Das Duell lehnte ich selbstverständlich ab. Auf meine weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde mir mitgeteilt, der Bürgermeister habe nicht die Absicht gehabt, mich zu beleidigen. Wiederholt habe ich mich über ungerechte Behandlung der Katholiken in Kulm beschwert. So verlangte ich Parität in der Besetzung des Lehrkörpers der höheren händischen Mädchenschule. Die Schülerinnen sind zur Hälfte Katholiken, zur Hälfte Protestanten. Von den 11 Lehrkräften ist aber nur ein Lehrer Katholik. Der Bürgermeister sagte mir nach, ich wäre ein Heber und reizte die katholische Arbeiterbevölkerung unter Mißbrauch der Religion auf. Man ist mit Beleidigungsklagen gegen mich vorgegangen, hat meine Strafanträge aber zurückgewiesen. An Verfolgungswahn leide ich nicht, sondern werde tatsächlich, wie ich in einer Reihe von Fällen nachweise, verfolgt. In mir will man das Zentrum treffen.

In der Beweisaufnahme befandete der Bauunternehmer Witt aus Kulm, daß ihm auf Grund der Auskunft, die Bürgermeister Liebetanz der Anstaltungskommission gegeben hat, schwere wirtschaftliche Nachteile erwachsen seien. So habe er einen Auftrag von 66 000 M. verloren. — Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld: Haben Sie wenigstens jetzt wieder Aufträge bekommen, nachdem sich herausgestellt hat, daß Sie nicht für die Polen agitiert haben? — Zeuge: Nein, von diesem Verdacht bin ich nie wieder ganz losgekommen. Trotzdem meine zweite Frau eine Deutsche ist, hat Bürgermeister Liebetanz noch in letzter Zeit behauptet, daß ich eine Polin geheiratet habe und es mit den Polen hielte.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

**Stiller**  
Gegr. 1867

ZENTRALE BERLIN  
Zweig-Niederlassungen:  
Magdeburg - Halle - Cassel - Lübeck  
Rostock - Danzig - Königsberg i. Pr.  
Bromberg - Posen - Görlitz  
Allein-Verkaufsstellen in vielen Orten

**Einsegnungs - Stiefel**  
für Knaben und Mädchen!  
Elegant · Dauerhaft  
Preiswürdig!

**Orthopädische Dr. Lengfellner-Stiefel**  
Das Beste zur Beseitigung von Fußschmerzen jeglicher Art und zur Verhütung von Platt- und Senkfußbildung  
Vorrätig für Damen, Herren und Kinder

Reit - Stiefel  
Reit - Gamaschen

Jagd - Stiefel  
Uniform - Stiefel

Schaft - Stiefel  
Sport - Gamaschen

Zentrale: Berlin C., Jerusalemer Straße 32-35, am Dönhoff-Platz  
Potsdamer Straße Nr. 2 | Friedrich - Straße Nr. 75 | Oranien - Straße Nr. 101 | Schönebg., Haupt-Str. 146  
Tauerzilen - Straße 19 a | Rosenhaler Straße Nr. 5 | Gr. Frankfurter Str. 123 | Neukölln, Berg - Str. 25  
Tauerzilen - Straße 7 b | König - Straße Nr. 25-26 | Chaussee - Straße 114-115 | Charl., Wilmersdorfer Str. 45

erscheint eine illustrierte Agitationszeitung

Frauenwahlrecht!

Herausgegeben von Klara Zetkin.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Tag wird kommen... Gedicht von Ludw. Pfau... Was die Frauen Marx und Engels verdanken...

Von Bertha Selinger... Robert Owen... Charles Fourier... Was die Frauen Marx und Engels verdanken...

M. Sibout und Helen Anfermit... Unser Jahr in Großbritannien... Amazonen von Enailen... Der schwere Gang von Fr. v. Hilde...

Preis 10 Pf. Zu beziehen durch alle Zeitungsausgabestellen und durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Verkäufe.

Kunstgarden, prachtvolle Neuheiten... Teppiche mit Webeschildern... Gardinen, Teppiche, Möbel... Kleider, Schuhe, Accessoires...

100 Prozent Rabatt... Gardinen, Teppiche, Möbel... Kleider, Schuhe, Accessoires... Teppiche, Möbel, Kleider...

Wittgeheiß, gutgehendes, wohnungshalber... Möbel... Kleider, Schuhe, Accessoires... Teppiche, Möbel, Kleider...

Wäbel (Kleider) und Wäbel... Kleider, Schuhe, Accessoires... Teppiche, Möbel, Kleider... Kleider, Schuhe, Accessoires...

Platinabfälle, alte Goldschm... Kleider, Schuhe, Accessoires... Teppiche, Möbel, Kleider... Kleider, Schuhe, Accessoires...

Zimmer... Schlafstellen... Unterrichts... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Gefunden u. verloren... Vermietungen... Kaufgesuche... Betriebsleiter gesucht!... Deponomie... Achtung! Holzarbeiter.

Vorortnachrichten.

Sichterfelde.

Mit der Aufstellung der Kandidaten zu der am Mittwoch, den 11. März, stattfindenden Gemeindevahl beschäftigte sich die letzte Generalversammlung des Wahlvereins.

Treptow-Baumschulenweg.

Ein letzter Appell an die Gemeindevähler des dritten und vierten Wahlbezirks, waren die am Donnerstag abgehaltenen, gutbesuchten, in der Rembohr (Eisenstraße) und im Gesellschaftshaus (Baumschulenstraße) tagenden Wählerversammlungen.

Eine dringende Mahnung an die Genossen, die Tage bis zur Wahl zur regen Agitation zu benutzen, sowie am Wahltag selbst ihre Pflicht zu tun, bildet den Schluß beider Versammlungen.

Die Wahl findet am Sonntag, den 1. März, von 8-12 Uhr vormittags statt.

Es wählt der Ortsteil Treptow in der Turnhalle der Gemeindeverschule, Bouchéstraße; der Ortsteil Baumschulenweg in der Turnhalle, Riefholtsstraße.

Mariendorf.

Der Wahlkampf für die Gemeindevahl ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt. Die sonst feindlichen Brüder haben sich zu einem Nischmatsch zusammengesetzt, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen.

Rowahof.

Gemeindevorstellung. Die Gebühren für die Anschlüsse an die Regenrohrleitung sollen vom 1. April d. J. ab eine neue Regelung erfahren, die für einzelne größere Grundbesitzer eine Erhöhung bedeuten, im allgemeinen jedoch eine gerechtere Verteilung der Lasten bringen wird.

wennig, deren Kosten etwa 4000 M. betragen. — Bei Beratung der Vorlage über die Regelung der Angestellten- und Krankenversicherung der im Gemeinbedienst Beschäftigten forderte Genosse Jester, daß die Gemeinde auch die nicht dem Versicherungszwang unterliegenden Sekretäre, Assistenten, Supernumerare und Koloniate verfahren und die hieraus entstehenden Kosten übernehmen solle.

Spandau.

Ueber das Submissionswesen entspannen sich in jeder Stadtverordnetenversammlung lange und heftige Debatten. Die liberale Fraktion in Gemeinschaft mit der freien Vereinigung treten ständig dafür ein, daß hiesigen Unternehmern der Zuschlag auf städtische Arbeiten erteilt wird, wenn dieselben auch nicht Mindestfordernde sind.

Eingegangene Druckschriften.

- Radium und Melothorium, die neuen Hellmittel. Vortrag von H. Bruns. 40 Bl. — K. Lütjmann, Eldenburg i. Gr. Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Untersuchungsamtes für hygienische und gewerbliche Zwecke zu Berlin 1912-1913. 94 S. — Druck von H. u. S. Löwenbach, Berlin O.

Radjahrerarten Wanderkarten hält stets vorräthig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Coden)

Pa. Roß-Fleisch und -Wurst Gedachttes Pfund 40 Pfg., Schmorfleisch 45 Pfg. Schöneberg, Wein-/Georg-Str. 2 Schlachtpferde zahlt höchste Preise Julius Großmann.

Erfolge. Lebenserfahrungen eines alten Mannes. Herausgegeben von Chr. A. Böhmman, 188 S. — J. Schmidt, Röhndorf. Handbuch der Kunstgeschichte. Von H. Springer. 2 B. 4. Die Kunst der Renaissance im Norden, Barock und Rokoko. 10 B., geb. 12 M. H. Kröner, Leipzig.

Charlottenburg. S. Hoffmann, Wilmersdorfer Str. 12. Einsegnungs-Anzügen von 12 Mk. an. sowie Frühjahrs-Anzüge und Paletots für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen. Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 52 M. an in eigener Betriebswerkstätte. Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Zöpfe 850. Doppelzopf „Edith“ 90 cm lang nur 5.—M. Doppelzopf ohne Kord., 110 cm lg., nur 12.—M. Vorfahrung ohne Kaufzwang. — Weibl. Bedien. 5% vergütet bei Vorzug. Dieser Annonce. Haarhaus Richard Laub, Neukölln, Berlin-St.103, a. Harm.-Pl. Febr. Neok. 1761. Belle-Alliance-Str. 95. avianch. Baruther u. Genselmannstr. Fernspr. 1412. Separ. Salons für Haarfris., Kopfwaschen, Goudalieren usw. Man verlange direkt Zusendung der Illustr. Probestüte.

ENDLICH! kann ich Ihnen ein Kreditheum empfehlen, das bei Arbeitslosigkeit und Krankheit die größte Rücksicht walten lässt. Kommen Sie zu mir und besichtigen Sie ohne Kaufzwang meine vergrößerten Verkaufsräume. Sie finden ganz kolossale Auswahl Herren-Anzüge, Ulster, Paletots in allen Farben schon bei Anzahlung von 5 M. Damen-Kostüme, Kleider, Röcke und Blusen Anzahlung schon von 5 Mark an. Knaben- und Mädchenkleider schon von 3 Mark an. Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Gardinen, Stühle ohne Anzahlung!

In Extra-Abteilung: Möbel, Polsterwaren Spezialität. 1- u. 2-Zimmer-Einrichtung in farbiger Küche schon mit 10 Mark Anzahlung! Abzahlung bestimmt Käufer! Hugo Udo Cohn Kottbuser Damm 13. NB. Bitte genau auf meine Firma u. Hausnummer zu achten, nur Kottbuser Damm 13. Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk

Lachmann & Scholz Otto-Str. 1. Wer noch nicht bei uns war und sich von der Preiswürdigkeit unserer Artikel überzeugt hat, beeile sich. Nur noch bis Freitag, den 6. März findet dieser Verkauf statt! Billige Lebensmittel soweit der Vorrat reicht. Feinste Molkerei-Butter 1/2 Pfund 65 Pf., Schweizerkäse Pfund 98 Pf., Thaler Käse vollfett Pfund 75 Pf., Limburger Käse Pfund 39 Pf., Romatour-Käse Stück 28 Pf., Camembert-Käse Stück 25 Pf., Kohlrabi mit Grün 2-Pfd.-Dose 30 Pf., Brech- u. Schnittbohne 2-Pfd.-D. 30 Pf., Wirsingkohl 2-Pfd.-Dose 30 Pf., Carotten in Streifen 2-Pfd.-D. 30 Pf., Schoten u. Carotten 2-Pfd.-Dose 45 Pf., Spinat 2-Pfd.-Dose 43 Pf., Suppenschoten 2-Pfund-Dose 43 Pf., Junge Schoten 2-Pfund-Dose 53 Pf., Brechspargel Uniar 2-Pfd.-D. 78 Pf., Brechspargel o. K. 2-Pfd.-Dose 98 Pf., Stange asparagus 2-Pfund-Dose 1.25, Gem. Gemüse F. Minch 2-Pfd.-D. 68 Pf., Prima Rotwurst Pfund 55 Pf., Zwiebelwurst Pfund 45 Pf., Berliner Mettwurst Pfund 85 Pf., Knoblauchwurst Pfund 1.35, Hocht Zerkelat und Salami Pfund 1.35, Stettiner Teewurst Pfund 1.45, Büchsenfleisch 1-Pfd.-Ds. 98 Pf., Leipziger Allerlei loss, Pfd. 28 Pf., Kassler Pfund 80 Pf., Brüh-Polnische Pfund 75 Pf.



Kelheim prima blau Kammgarn 42.-

# Damen-Mäntel-Fabrik Paul Linck

Neukölln, Reuterstr. 63  
an der Kaiser-Friedrich-Straße

## Frühjahr 1914

### Meine Fabrikate

zeigen in der Richtung der Mode das Modernste und durchaus den Charakter der Solidität. In Verarbeitung, Sitz, Stoffen und Zutaten biete ich bekannte Reellität.

### Maß - Anfertigung

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind meine Preise außerordentlich billig

Kostüme, Paletots, Alpaka-Mäntel, Fracks, Röcke, Jacketts



Fritzi blau 34.-  
Wippkord 23.00, 19.50  
schwarz-weiß 29.-  
karriert 29.-

# Für die Konfirmation

### Prüfungs- und Einsegnungs-Stoffe

- Crepe-Ramagé in Schwarz und schönen Farben . . . Meter 2.65, **1.75**
- Eolienne-Ramagé in Schwarz und neuen Saisonfarben, Mtr. 3.90, **2.35**
- Baumrinde moderner reinwoll. Crepe, schwarz und farbig, ca. 110 cm breit, Meter 1.95, **1.95**
- Cotele und Crepe in aparten Saisonfarben . . . Meter 1.65, **1.25**
- Popeline reine Wolle, schwarz und farbig . . . Meter 1.95, **1.25**
- Kammgarn-Serge, Satintuch u. Cheviot Mtr. 2.25, 1.85, **1.10**
- Voile u. Marquissettes schwarz und neue Farben, Mtr. 2.75, **1.65**
- Satin-Grenadine reine Seide, ca. 100 cm breit . . . . . Meter 5.25, **5.25**

**Kleider-Samt-Körper** Mtr. 2.75, 2.25, **1.75**  
garantiert flordest . . . . . 70cm breit 4.50, **2.90**

### Konfirmanden-Wäsche

- Fantasihemden aus gutem Renforce mit Stick u. Bänderchz 1.95, **1.50**
- Knie-Beinkleider mit krauser Stickerei u. Fältchen 1.95, 1.65, **1.25**
- Knie-Beinkleider geschl. Form mit gediegener Stickerei 2.50, **1.95**
- Garnituren Hemd und Beinkleid, Backfischgrösse, reich garniert . . 4.50, **3.75**
- Promenaden-Röcke in hohem Stickerei-Volant 4.75, 3.75, **2.85**
- Prinzessröcke mit breitem Stickerei-Volant, Taille reich garniert 3.75, **3.75**
- Untertaille mit Stickerei reich garniert . . . . . 1.95, 1.25, **95 Pl.**

### Konfirmandenkleider

- Konfirmandenkleid aus gutem Wollstoff, auf Futter 22.50, 17.50, **13.50**
- Konfirmandenkleid weiss, reine Wolle neuest. Fassons, gute Verarbeitung 23.00, 19.50, **15.75**
- Konfirmanden-Paletots neue Fassons, Farben 14.50, **8.75**
- Unterröcke schwarz u. farbig aus Alpaka und Trikot mit Moiré-Volant . 3.85, **2.45**
- Blusen schwarz, reine Wolle, in den neuesten Fassons auf Futter . . . . . 5.90, **4.50**
- Blusen aus schwarzem Tüll, halsfrei und hochgeschlossen, zum Teil auf Seide 9.75, **4.50**
- Blusen aus gutem Tüll und Spachtelstoffen, weiss und ecru, neueste Fassons 4.90, **2.85**
- Röcke schwarz und dunkelblau Cheviot . . . . . 7.50, **3.90**

**Prüfungskleid** in jugendlichen Formen und neuesten Farben . . 18.75, **12.50**

Täglicher Eingang von Frühjahrs-Neuheiten, Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Damen-Konfektion und Putz.

Konfirmanden-Taschentücher in grosser Auswahl

# Wilhelm Joseph

Schöneberg, Hauptstr. 163  
Berlin, Großgörschenstr. 1

Hermannstraße 257 Neukölln  
am Hermannplatz

# Möbel-Rollkrug

Neukölln Berliner Straße 1  
am Hermannplatz

**Stube und Küche** Anzahlung

bestehend aus:  
2 Bettenstellen 1 Tisch  
2 Matratzen mit 2 Stühlen  
2 Kellkissen 1 Küchenschrank  
1 Kleiderschrank 1 Küchentisch  
1 Spiegel 1 Küchenstuhl  
1 Spiegelspind 1 Küchenrahmen

**20** Mark an

Wochenrate **1.50** Mark

**2 Stuben u. Küche** Anzahlung

bestehend aus:  
1 Kleiderschrank 1 Trumeau  
1 Wäschespind 1 Sofa  
1 Waschoilette 1 Tisch  
2 Bettenstellen 4 Stühlen und  
2 Matratzen mit 1 farbige komplett.  
Kissen Küche

**35** Mark an

Wochenrate **2.50** Mark

**2 Stuben und Küche** Anzahlung

in Nussbaum u. modern Ausführung

1 mod. Kleiderschrank 1 Plüschsofa  
1 modernes Vertiko 1 moderner Umbau  
2 engl. Bettenstellen 1 Tisch, 4 Stühle u  
2 Matratzen 1 moderns kom-  
1 Waschoilette platte farbige  
2 Nachtschränke Küche

**60** Mark an

Wochenrate **3.00** Mark

1 modernes Schlafzimmer  
1 modernes Speisezimmer  
1 modernes Wohnzimmer  
1 modernes Herrenzimmer

In allen Holz- und Stilarten

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren

Anzahlung

**40-60**

Mark an

Wochenrate **4 M.**

Anzahlung

**5 Mark**

Wochenrate **1 M.**

Sonntags von 12-3 Uhr geöffnet.

# Ein Warenlager im Werte von 100 000 M.

wird in

Jeder Artikel in dieser Reihe **28 Pf.**

**Prima-Räucherlachs** geschnitten 1/4 Pfund **28 Pf.**

- 1a Tafeläpfel . . . . . Pfund 28 Pf.
- Grosse Apfelsinen . . . . . Dutzend 28 Pf.
- Grosse Zitronen . . . . . Dutzend 28 Pf.
- Apfel-od. Pflaumen-Marmelade Pfd. 28 Pf.
- Makkaroni, lose . . . . . Pfund 28 Pf.
- Karotten, geschnitten . 2-Pfund-Dose 28 Pf.
- Wirsingkohl . . . . . 2-Pfund-Dose 28 Pf.
- Brech- und Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose 28 Pf.

**15 Stück Harz. Käse 28 Pf.**

- 1 Meter Waschmusseline, neueste Muster
- 1 Mtr. Hemdentuch od. Linon, gute Qualität
- 1 Paar la Damen-Gummi-Absätze
- 1 Röschen-Piket, viele Farben, mod. Hutg.
- 1 gestrickt Kinder-Jäckchen für 1/2-3 Jahr
- 1 Erstlingshemdchen
- 1 Leibchen
- 1 Paar Manschetten - Knöpfe, 1 Nadel, 2 Kragen-Knöpfe
- 1 Kragen, gar. 4 fach, alle Weiten u. Höhen
- 1 Wachstuch-Knaben- od. Mädchenschürze
- 2 Stück bunte Korsettschoner
- 1 gestricktes Herren-Chemiset
- 1 Emaille-Kaffeekanne oder Flasche
- 1 Spirituskocher
- 1 Glasbutteglöcke oder Kompotiere
- 1 gr. Obstteil od. 1 geschl. Weinglas m. Goldr.
- 3 Stück Martinstahl-Esslöffel
- 6 Stück Porzellan-Vorratsstollen
- 12 Stück Steingut-Näpfe
- 1 moderner Damen-Blusen-Kragen
- 2 Kinder-Lackgürtel oder 1 Samtgummigürtel mit Schloss
- 3 Stück Lavallieres od. 3 mod. Haarband.
- 1 modernes Tüll-Bäffchen
- 2 Stück vorgezeichnete Quadrate
- 1 Vorleger-Matte
- 3 Stück Tülldeckchen
- 7 Dutzend Wäscheknöpfe
- 6 Stück la. Leinenband
- 10 Meter weiss Wäschebürtchen
- 1 Paar Kinderhandschuhe
- 1 Paar Damen- oder Herrenstrümpfe
- 1 Reise-Handtasche
- 1 Halskette „Korallin“
- 1 Turban-Unterlage

Jeder Artikel in dieser Reihe **1.35**

- 1 Meter moderne Blusenstreifen
- 1/2 Dutzend Handtücher „Feste Qualität“
- 1 Paar Melton- u. 1 Paar Babyschuhe aus Elegante Hutblumen, reizend, Neuheiten“
- 1 seidener Damen-Reisehut
- 1 eleg. garniert Fassonhemd od. Beinkleid
- 1 Nachtjacke mit guter Stickerei
- 5 Stück Stehkragen, la, 4fach
- 1 Stück extra gute Servierschürze
- 1 farbiger Kinder-Hänger, Grösse 70/75 cm
- 1 amerikan. Korsettschoner, reine Wolle
- 1 gute Kaffeemühle
- 1 Emaille-Leitungsschoner
- 1 Emaille-Konsole mit Sand, Soda, Seife
- 1 Besen mit Stiel und 1 Handfeger, zus.
- 1 Satz (7 Stück) Schüsseln, bunt
- 1 Ringständer, 1 Schaufel, 1 Feuerhak, zus.
- 1 grosse Emailleschüssel
- 1 Kochtopf mit Ring
- 1 gutes Waschbrett
- 1 Meter kunstseid. Einsätze ca. 15-20 cm br.
- Glacékragen m. Spitzengarn. „Die Mode“
- Damen-Garnituren, Spachtel od. Stickerei
- 1 imitiertes Perser Vorleger
- 1 schwere Schlafdecke
- 1 Lammfell-Matinee, Geishaform
- 1 Schwarze Satin-Hemdbluse
- 2 Stück Russenkittel, zum Aussuchen
- 1 Karton französische Seife
- 1 Aktenmappe



Jeder Artikel in dieser Reihe **39 Pf.**

**1 Dose 2 Pfd. Spinnat 39 Pf.**

- Limburger Käse . . . . . Pfund 39 Pf.
- Camembert . . . . . 2 Stück 39 Pf.
- Romatour . . . . . 2 Stück 39 Pf.
- 1/2 Pfund Sardellen . . . . . 39 Pf.
- 1 Dose Mirabellen . . . . . 39 Pf.
- 1 Dose Stachelbeeren . . . . . 39 Pf.
- 1 Dose Birnen weiss . . . . . 39 Pf.
- 1 Dose (2 Pfd.) Suppenerbisen . . . . . 39 Pf.
- 1 Dose Pflaumen . . . . . 39 Pf.

## zu Schleuderpreisen verkauft

Jeder Artikel in dieser Reihe **68 Pf.**

**Kakao-Pulver** garantiert rein Pfund **68 Pf.**

- 1 Dose 2 Pfd. junge Erbsen fein . . . . . 68 Pf.
- 1 Dose 2 Pfd. saure Kirschen . . . . . 68 Pf.
- 1 Dose 2 Pfd. Birnen weiss . . . . . 68 Pf.
- 1 Dose 2 Pfd. Stachelbeeren . . . . . 68 Pf.
- 1 Dose Oelsardinen „Le Mercure“
- Inhalt 8—10 grosse Fische . . . . . 68 Pf.
- Edelsheimer Bowlenwein . . . . . 68 Pf.
- 1 Dose Bratheringe Inhalt 6 Stück . . . . . 68 Pf.

**Schokolad.-Pulv.** Pfd. **68 Pf.**

**Pflanzenbutter** Pfund **68 Pf.**

- 1 Meter hedr. Voile, Blumen- od. Streifen-Muster
- 4 Stück grosse Scheuertücher
- 3 grosse Dosen Prima-Schuhcreme
- 1 Rosshaar-Reiter, weiss oder schwarz
- 1 elegante Hutblume, grösste Auswahl
- 1 Mädchen-Knie-Beinkleid, 4-9 Jahr pass.
- 1 Untertaille mit Einsatz
- 1 Paar la Gummi-Hosenträger
- 1 St. Selbstbinder od. Regattes, mod. Must.
- 1 weisse Tändelschürze mit gut. Stickerei
- 1 Russenkittel, 3 Grössen, waschbar
- 1 farbige Kinderhänger, Grösse 45 x 50 cm
- 1 Kinder-Sweater, Grösse 0, 1, 2
- 1 wollener Korsettschoner
- 1 Emaille-Topf oder -Kasserolle
- 1 Petroleum-Kanne
- 1 Schrubber m. Stiel und 1 Scheuerbürste z.
- 6 Stück Bierseidel
- 1 Eisenpfanne oder Emaille-Schüssel
- 1 Küchenlampe, 1 Brielkasten, 1 Bierkrug
- 1 Kartoffelschüssel und 3 Teller zusam.
- 1 eleg. Samtgürtel mit Simili-Schloss
- 1 Pikee-Robespierre-Kragen
- 1 Mtr. Seidenband, ca. 15 cm breit
- 1 vorgezeichnetes Kissen, Decken etc
- 1 Kommoden-Decke, rot od. grün Filztuch
- 1 Meter Läuferstoff
- 1 Waschbluse mit Stehkragen
- Knaben-Bluse, blau od. farb. halb. Stoffe
- 1 Paar Damen-Florstrümpfe od. bedruckt
- 1 Paar Damenstrümpfe, englisch lang, reine Wolle
- 1 Paar Damen- oder Herren-Handschuhe, reine Wolle
- 1 Davidis-Kochbuch, ca. 200 Seiten stark

Jeder Artikel in dieser Reihe **95 Pf.**

**Malb u. Halb** Flasche **95 Pf.**

- Stonsdorfer Bitter . . . . . Jede Flasche
- Alpenkräuter . . . . .
- Taragona Port . . . . .
- Insel Samos . . . . .
- Tischwein weiss oder rot . . . . .
- Remicher . . . . .
- Oppenheimer . . . . .
- Zuckerhonig 2-Pfund-Gläser . . . . . Glas 95 Pf.

**1 Prachtvoller Apfel- od. Pflaumenkonfitüre** 2 Pfd. **95 Pf.**

**Savoni-Kakao** Pfund **95 Pf.**

- 1 Posten Crepe neigeux, moderne Muster
- 1/2 Dtzd. Taschentücher f. Herr od. Damen
- 1 Paar Damen-Cheviot-Schuhe m. Leder u. Sohle
- 1 Paar la Schuh-Hohlleisten
- 1 Rosshaar-Reiter, weiss oder schwarz
- 1 Damen-Südwester, Alpaka oder Leinen
- 1 Kinder-Südwester, Pikee oder Seide
- 1 Kissenbezug mit Stickerei-Einsatz
- 1 Damenhemd oder Kniebeinkleid
- 1 Anstandsrock oder Nachtjacke
- 1 Stück Selbstbinder od. Regattes
- 1 Herren- oder Knaben-Sportmütze
- 1 St. farb. od. weiss. Zier- u. Hausschürzen
- 1 farbiger Kinder-Hänger, Gr. 55/65 cm
- 1 Kinder-Trikot-Reformhose, Gr. 40/60 cm
- 1 gutes Directoire-Beinkleid in all. Farben
- 1 Küchenstuhl — der „Welschläger“
- 1 Brot-Schneidemaschine „Sensation“
- 1 Putz- und 1 Wichskasten zusammen
- 1 Kaffeemühle, 1 Reibemasch., 1 Brotdose
- 1 Kaffeeservice, Metall, 12 Bierbecher m. Goldr.
- 1 Satz — 6 Stück Milchtopfe zusammen
- 6 Stück Teller mit Goldrand
- 1 Waschbeck, 1 Wassereim, 1 Emaillewan.
- 1 Meter Chiné- od. Moireband ca. 15 cm breit
- 1 Damen- oder Kinder-Stickerei-Garnitur
- 1 Theater-Schal mit seidnen Fransen
- 1 Klöppelspitzen u. -Einsätze, Coupon bis 15 Mtr.
- 1 Meter Tüllstoffe für Blusen u. Einsätze
- Vorgezeichn. u. fertige Handarbeit all. Art
- 1 Store, weiss oder creme
- 1 Wachstuch-Decke, Grösse 85-115 cm
- Knaben-Kittelchen od. Stoffhosen m. Leinwand
- 2 Paar Damenstrümpfe, engl. lang
- 1 Paar Damenhandschuhe, reine Seide
- 1 Thermator-Flasche

**1 Dose Spargel** Ab-schnitte **39 Pf.**

- 1 Meter baumwoll. Blusenstoff gute Qual.
- 4 St. gebrauchsfert. weisse Taschentücher
- 1 P. Dam.-Plüschpantoff. m. Filz- u. Linnen-Sohle
- 1 Strausspompon, modernste Hutgarnier.
- 1 Kinder-Wasch-Südwester
- 1 Mädchenhemd oder Hose für 2 bis 3 Jahre
- 1 Knabenhemd, 2 bis 5 Jahre passend
- 1 geb. Herrenkrawatte, hübsche Muster
- 1 Serviteur od. 1 Paar Manschetten, 4fach
- 1 farbige Tändelschürze
- 1 wollener Damen Einsatzlatz
- 1 Stück la Korsettschoner
- 1 Stück reinwollene Kindermütze
- 3 Stück Emaille-Kaffeeteller
- 4 Paar weisse Porzellantassen
- 6 Stück Glasteller, Steinschliff
- 1 Paar Messer und Gabel
- 1 Möbel- od. Fensterbürste
- 1 Damen-Ledergürtel, moderne Farben
- 1 eleganter Baststkragen
- 1 Meter moderne Plissé-Rüschen
- 1 Meter Seidenband ca. 11 cm br., viele Farben
- 1 vorgezeichnete Staubtuch-Tasche
- 1 vorgezeichnetes Stuhlkissen
- 1 Meter Möbel-Kattun
- 1 Meter Scheiben-Gardinen
- 10 Meter weisse Wäschebürtchen
- 1 Armblatt-Taille
- 1 Wasch-Hängekleidchen schön verarbeitet
- 2 Paar Fusswärmer, zusammen
- 1 Paar Damenstrümpfe deutsch od. engl. lang
- 1 Posten Glacé-Handschuhe mit kl. Füllwerk
- 1 grosser Reisekarton
- 1 A. B. C. Kochbuch, 320 Seiten stark
- 1 Vorstecknadel (900 Silber)
- 1 dreiteilige Kamm-Garnitur

Jeder Artikel in dieser Reihe **1.85**

- 1 Mtr. Rockstoffe schw. weiss kariert od. gestreift
- 6 Mtr. buntes Bettzeug
- 1 Paar Dam.-Lacktuchschuhe m. od. o. Spange
- 2 Paar imit. Kameelh.-Kind.-Schuhe Gr. 11-15
- Elegantes Reiter-Phantasie, grosse Auswahl
- 1 Herrenhemd, richtig gross
- 1 Damen-Stick-Hemd od. eleg. Beinkleid
- 1 Binder, reine Seide, extra breite Form
- 1 Stck. la weisse oder farb. Hausschürze
- 1 Stck. la Einsatzhemd für Herren
- 1 Stck. extra la Unterhemd f. Damen u. Wolle
- 1 Prima Rosshaarbesen mit Stiel
- 1 Prima Wäscheleine
- 1 Kaffeeservice, 9 teilig
- 1 Waschgarnitur, 4 teilig
- 1 Kartoff.-Schüss. m. Deck. u. 6 Porz.-Teller zus.
- 1 Wasserkessel
- 1 Brotschneide-Maschine, sonst bläher Wert
- Halskrausen in Chiffon oder Tüll, schwarz u. weiss
- Mod. Tüllpassen, fertig, für Blusen
- 1 Meter Bajaderen-Band, Neuheit
- 1 elegante Filztuch-Tischdecke
- 1 engl. Tüll-Bettdecke, weiss oder creme
- 1 Knaben-Anzug aus blauem Cheviot
- 1 Damenbluse aus div. Stoff, mod. Fass
- 1 eleg. weisse u. farbige Zierschürze zus.
- 1 gutgehende Herren-Uhr
- 1 elegantes Gesangbuch mit Goldschnitt
- 1 Reisekarton mit Lederriemen
- 2 eleg. gebund. Romane, Ideal-Bibliothek
- 12 Weichert-Romane

Diese Artikel sind nur ein kleiner Auszug dessen, was wir in unserer „Rekord-Woche“ unübertreffliches bieten

Im renovierten Erfrischungsraum: Großes Schrammel- u. Bockbierfest-Konzert

**Hermann Herzfeld**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 55-56  
2 Minuten vom Charlottenburger Stadthababof.

**Möbel** Ganze Wohnungsanrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegender Arbeit empfiehlt  
**W. Lambrecht,**  
Berlin SW., Simeonstr. 19.  
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.



# M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4  
Hochbahn-Station Kottbuser Tor

## Einsegnungs-Anzüge

in schwarz M. 14.—, 16.—, 19.—, 21.—, 24.—, 27.—, 29.—

in Dunkelblau M. 14.—, 17.—, 20.—, 22.—, 24.—, 26.—, 29.—, 34.—, 36.—, 38.—, 40.—

## Prüfungs-Anzüge

in größter Auswahl von M. 12.— bis 36.—



Es kommen nur eigene Fabrikate zum Verkauf

# Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei  
Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.  
Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.  
Kul. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.  
Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestr. 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 195, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 49, Friedelstraße 34, Krossenbeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weiserstr. 16, Emsenstr. 16/17, Teupitzer Str. 106.  
Berlin S: Gräffstr. 82.  
Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akaazienstr. 6, Hauptstr. 108.

# Schnellsohlerei

Neukölln, Bismarckstr. 6, Ecke Hermannstr. F. Erichs.  
Herrensohlen u. Absatz . 2.80  
Damen . . . . . 1.80  
Kinder . . . . . 0.70-1.70  
Gummifläche von 25 % an.  
Belichtung in circa 30 Minuten.  
Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 1/2 Uhr abends.

# Uhren-, Gold- und Silberwaren-Geschäft, Optik

von **Julius Leimgruber**  
Bergmannstraße 26  
vis-à-vis der Markthalle.  
Sämtliche Reparaturen werden gewissenhaft und zu billigsten Preisen ausgeführt.

# Reuters Werte

3 Bände 4 Bände  
Buchhandlung Vorwärts

# Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich ein mal. Untenstehende Geschäfts empfehlen sich bei Einkäufen

**Badeanstalt.**  
Augusta-Bad, Cöpenick 84, 86  
Liedr. städt. Krankenkassen  
**Lindenbad,** Lindenstr. 109  
Liedr. städt. Krankenkassen  
**Jonasbad,** Zossen, 84, 84  
Liedr. städt. Krankenkassen

**Blumen und Kränze**  
W. Thiedtke Neukölln Hermannstr. 64  
E. Weber Kottbuserdamm 111  
Tel. Moritzpl. 5309.

**Fahrräder, Nähmasch.**  
Gust. Wolf, Britz  
Geschäft Chausseestr. 23  
Verk. erstkl. Mark., Teilzahl. post

**Herrenartikel**  
H. Krüger, Waldemarstr. 76  
Kaufhaus Mariendorf  
Er. Radau, Berlinstr. 109.

**Möbel-Fabrik u. -Magazine**  
Rich. Barasch  
Schlesische Str. 40 a.  
Verkauf an Fabrikpreisen.

**Schuhwaren u. Besohlenst.**  
J. Czapiewsky Neukölln Berlinstr. 59  
M. Getka Mariend. Chausseestr. 294  
Frit Hennig Tempelhofer Markt 109  
Kuntzsch Kottbuserdamm 7-35  
C. Kühn Neukölln, Bergstr. 52  
Wolkenstein's Schuhwarenhaus u. Rep.-Werkst., Graetzstr. 26  
Robert Nau Charlottenburg Tegelerweg 6.  
Eug. Schön Baumgartenweg  
Jul. Schölke Mariendorf Chausseestr. 300

**Cöpenick**  
**Gustav Richter**  
Cöpenick, u. Oberschönw. d. Elbe  
Eigene Werkstätten für mod. Wohnungsanrichtungen mit elektrischem Betrieb.  
Auf Wunsch sende Vertreter

**Bäcker- u. Konditoreien**  
**Bäckerei Nordstern**  
Inh. Gust. Möller  
Filialen in Steglitz, Britz u. Uppenberg  
G. Anders Galeschkestr. 11  
Joh. Bomhard Köpenickerstr. 22  
G. Bröge Leykostr. 18  
Arthur Friedrich, Nordsternstr. 3  
A. Gemeinhart Adalbertstr. 92  
H. Grundt, Neukölln, Siegr. Str. 27, 1861, 2mal fr. Backw.  
Herm. Harse, Thürlingerstr. 17  
Max Haslen Kaiser-Friedrich-Str. 102  
H. Ködmehl Waldemarstr. 46  
G. Kriechel Münchenerstr. 28  
R. Krüger Wilmannstr. 29  
G. Leuselair Kottbuserdamm 12  
W. Meinicke Lindenstr. 74  
Berth. Meyer Reichenberger Straße 79-80  
Felix Schmitz Nk. Sprembergerstr. 6  
K. Walter Köpenickerstr. 74  
H. Walter, Neukölln, Wiesstr. 59  
F. Wendt Schillerpromenade 25

**Butter, Eier, Käse**  
Kauft „Märkische Perle“  
Mecklenburger Perle Märkische Perle  
Märkische Perle  
E. Frenger  
W. Meizer

**Fischhandlungen u. Häuserwaren**  
C. Hoffmann  
Paul Franke  
W. Heppel  
M. Winkler

**Herrengard.**  
Fr. Kling  
Hüte und Herrenartikel  
Huthaus Norden

**Möbel-Storch**  
K. Bolmann  
A. Behrend  
P. Harbig  
Möbel-Aman  
A. Pfeiffer  
H. Stark

**Strumpfw. und Wäsche**  
C. Braun, Kottbuserdamm 5.  
**Uhren, Goldw.**  
Auerbach  
P. Bahl  
J. Bösenroth  
P. Borchardt  
S. Fenske  
Kleinschmidt  
W. Lehmann  
A. Löttringhaus  
A. Michaelis  
G. Schönmann  
H. Wegner  
G. Werner

**Brotfabrik Vorwärts**  
Hermann Ulrich  
m. Weinstock  
Bahnhof-Apotheke  
Evers, H.  
R. Hönig  
Fr. Herrmann  
L. Irmer  
G. Kirchhoff  
H. Körner  
A. Mager  
Musikhaus Otto Harnett  
Paul Nietner  
Nichter, Fr.  
G. Scriberius  
Schloß-Apotheke  
Hugo Schüssler  
Stern-Drogerie  
G. Wilhelm  
Winter

**Cigaretten-Fabrik**  
Frei Rauch  
Cigarren und Tabake  
H. Maas  
Johann Sauer

**Damen-Putz**  
F. Weidemann  
Oranienstrasse 30  
Maria Weibold

**Fleisch- und Wurstwaren**  
Wurst, Speck und Schinken  
Richard Grieger  
Mich. Deckert  
P. Dreger  
Edoard Farrenkopf  
G. Kehrberg  
Heinr. Matzker  
G. Rehber  
Gh. Riedel  
K. Rittermann  
H. Schmidt  
R. Sahib  
P. Schmidt

**Kolonialwar. Delikatessen**  
L. Andre  
Alwin Bogen  
Lange Nachl.  
E. Liebenau  
Gottl. Mühlhölzer  
A. Meißner  
K. Pickert  
E. Piltz  
O. Stoffen

**Möbel-Transport**  
W. Busse  
**Nähmasch.**  
Littauer Vertr. Wilke  
Neukölln  
**Papier- und Schreibwar.**  
H. Paschke  
**Patentanw.**  
Wessel, Gitschnerstr. 94 a  
A. Müller  
**Phot. Ateliers**  
H. Böbers  
K. Kloster  
**Roßschlacht.**  
Roßschlächtere R. Seeger  
**Restaurants**  
Gesellschaftshaus Britz  
G. Majer  
Ludwig Hirsch  
**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Seifen**  
Greffentius  
W. Schulze  
**Wäsch-, Kurz- Wollwaren**  
Kaufhaus des Südens  
**Wild und Geflügel**  
J. Lasnitzki  
A. Hannas  
M. Schönig  
Max Zobel  
**Wirtschaften Etablissemts.**  
Ost-Afrika Lichtspiele  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Ecedigungs-Anst.**  
Jul. Grieneisen  
Otto Rengers  
Max Fuchs  
Herrmann Besf.  
P. Hermann

**Drogen und Farben**  
Drogerie „Komet“  
Berthold Steuer  
Brandts Drogerie  
Drogenhaus R. Pasche  
Linden-Drog., Lindenstr. 10  
O. Olsen

**Galanterie- u. Lederwaren**  
J. Szobrys  
**Gummiwaren**  
Schulte N. F. Müller  
**Haus- und Küchengeräte**  
G. Achziger  
A. Gärtner  
Fr. Ravenstein  
A. Meyer

**Kurz-, Weiß-, Wollwaren**  
H. Hurwitz  
**Linoleum, Wachstuche**  
H. Schönwald  
**Maßgeschäfte für Herrenmoden**  
Albert Littin  
Rosenau  
**Mehlhandl., Kolonialwar.**  
Glode & Domschelt  
J. Hintz  
Bruno Maas  
A. Schleinitz  
W. Suckow

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar

**Beleuchtungsgegenstände**  
Beleuchtungshaus  
Neukölln Beleuchtungsanst.  
**Bettfedern**  
Berth. Pfeiffer  
**Dentist**  
Gasnow

**Eisen-, Stahl-, Waffen**  
O. Alin  
O. Anders  
Albert Klehase  
G. Mayer  
Fr. Paschke

**Kino-Theater**  
Kuckuck-Lichtspielhaus  
Großes Theater Neukölln  
Lichtbild-Theater  
Welt Biogr.-Theater

**Molkereien**  
Sanitäts-Molkerei  
H. Poppmann  
**Musikinstr.**  
O. Juhre

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Sattler- und Lederwaren**  
F. Steldinger  
**Wachstuch, Linoleum**  
Schulz & Kupfer

**Mariendorf**  
Hubertus-Drogerie  
Otto Ladwig  
K. Loose  
**Neukölln**  
Milch-Schmidt  
C. Dittmann  
F. Höchst  
W. Knüppel  
Gok. Paley  
Th. Sellach  
M. Zimdar